

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 50. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 10. September 2014

#### Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten <b>Karin Evers-Meyer, Dr. Angela Merkel, Günter Lach, Dr. Harald Terpe, Dr. Wilhelm Priesmeier, Jürgen Trittin, Max Straubinger, Norbert Brackmann, Dr. Axel Troost, Bartholomäus Kalb, Karsten Möring, Volker Kauder, Hans-Peter Uhl und Wolfgang Gehrcke</b> .....	4547 B	Aydan Özoğuz, Staatsministerin BK .....	4574 C
		Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU) .....	4577 A
		Bettina Hagedorn (SPD) .....	4579 C
		Harald Petzold (Havelland) (DIE LINKE) ..	4581 A
		Monika Grütters, Staatsministerin BK .....	4582 B
<b>Tagesordnungspunkt 1: (Fortsetzung)</b>		Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4584 A
a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines <b>Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)</b> Drucksache 18/2000 .....	4547 B	Hiltrud Lotze (SPD) .....	4585 A
		Rüdiger Kruse (CDU/CSU) .....	4586 C
b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: <b>Finanzplan des Bundes 2014 bis 2018</b> Drucksache 18/2001 .....	4547 C	Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4588 A
		Burkhard Blienert (SPD) .....	4588 D
Einzelplan 04		Einzelplan 09	
<b>Bundestkanzlerin und Bundestkanzleramt</b>		<b>Bundesministerium für Wirtschaft und Energie</b>	
Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) .....	4547 D	Sigmar Gabriel, Bundesminister BMW .....	4590 B
Dr. Angela Merkel, Bundestkanzlerin .....	4554 B	Roland Claus (DIE LINKE) .....	4594 B
Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4560 B	Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU) .....	4595 C
Thomas Oppermann (SPD) .....	4565 A	Dr. Barbara Hendricks (SPD) .....	4598 A
Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) .....	4566 A	Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4598 B
Herbert Behrens (DIE LINKE) .....	4568 A	Wolfgang Tiefensee (SPD) .....	4600 A
Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4570 A	Klaus Ernst (DIE LINKE) .....	4601 B
Volker Kauder (CDU/CSU) .....	4571 A	Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU) .....	4603 A
		Klaus Ernst (DIE LINKE) .....	4603 C

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4605 C	Bartholomäus Kalb (CDU/CSU) .....	4634 A
Sigmar Gabriel (SPD) .....	4606 C	Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD) .....	4635 C
Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4607 B	Einzelplan 23	
Thomas Jurk (SPD) .....	4607 D	<b>Bundesministerium für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit und Entwicklung</b>	
Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE) .....	4609 A	Dr. Gerd Müller, Bundesminister BMZ .....	4637 A
Karl Holmeier (CDU/CSU) .....	4610 A	Heike Hänsel (DIE LINKE) .....	4639 C
Dr. Julia Verlinden (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4612 A	Sonja Steffen (SPD) .....	4641 A
Andreas Mattfeldt (CDU/CSU) .....	4612 C	Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4642 C
Mark Hauptmann (CDU/CSU) .....	4613 C	Jürgen Klimke (CDU/CSU) .....	4644 A
Jan Metzler (CDU/CSU) .....	4615 A	Annette Groth (DIE LINKE) .....	4645 C
Andreas Mattfeldt (CDU/CSU) .....	4616 B	Dr. Bärbel Kofler (SPD) .....	4646 C
Einzelplan 14		Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4648 B
<b>Bundesministerium der Verteidigung</b>		Johannes Selle (CDU/CSU) .....	4649 C
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMVg .....	4618 B	Gabriela Heinrich (SPD) .....	4650 C
Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE) .....	4620 B	Tobias Zech (CDU/CSU) .....	4651 D
Rainer Arnold (SPD) .....	4621 D	Stefan Rebmann (SPD) .....	4652 D
Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4624 A	Volkmar Klein (CDU/CSU) .....	4654 C
Henning Otte (CDU/CSU) .....	4625 A	Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4655 A
Inge Höger (DIE LINKE) .....	4627 B	Nächste Sitzung .....	4656 C
Karin Evers-Meyer (SPD) .....	4628 C	<b>Anlage</b>	
Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	4629 D	Liste der entschuldigten Abgeordneten .....	4657 A
Ingo Gädechens (CDU/CSU) .....	4631 B		
Gabi Weber (SPD) .....	4633 A		

(A)

(C)

## 50. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 10. September 2014

Beginn: 10.31 Uhr

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Kollegin **Karin Evers-Meyer** herzlich zu ihrem heutigen 65. Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

- (B) Ich will die Gelegenheit auch gerne nutzen, all denjenigen zu gratulieren, die während der parlamentarischen Sommerpause beinahe unauffällig vergleichbare runde Geburtstage hinter sich gebracht haben – angeführt von unserer **Bundeskanzlerin**, die nicht ganz so unauffällig, aber auch ihren 60. Geburtstag in der Sommerpause gefeiert hat,

(Beifall)

ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen **Günter Lach, Dr. Harald Terpe, Dr. Wilhelm Priesmeier, Jürgen Trittin, Max Straubinger, Norbert Brackmann** und **Dr. Axel Troost**. Ihren 65. Geburtstag haben die Kollegen **Bartholomäus Kalb, Karsten Möring** und **Volker Kauder** begangen. Der Kollege **Dr. Hans-Peter Uhl** hat seinen 70. und der Kollege **Wolfgang Gehrcke** seinen 71. Geburtstag erfolgreich hinter sich gebracht. Allen Jubilaren möchte ich auch auf diesem Wege noch einmal herzlich alles Gute wünschen und die Gratulation des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Wir setzen nun die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt 1 – fort:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

**Drucksache 18/2000**

Überweisungsvorschlag:  
Haushaltsausschuss

- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Finanzplan des Bundes 2014 bis 2018**

**Drucksache 18/2001**

Überweisungsvorschlag:  
Haushaltsausschuss

Für die heutige Aussprache haben wir gestern eine Redezeit von insgesamt neun Stunden beschlossen.

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich der **Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes, Einzelplan 04**.

Ich eröffne die Aussprache dazu und erteile zunächst dem Kollegen Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben sich zu einem Haushalt entschlossen, mit dem Sie alles, was wichtig ist, verschieben oder ausfallen lassen. Die Kindergelderhöhung wird verschoben, die Abschaffung der kalten Progression wird verschoben – es wird also weiterhin so sein, dass zum Beispiel Leute, die 3 Prozent brutto mehr erhalten, netto nur 0,5 Prozent mehr verdienen –, die Investitionen in Bildung, in digitale Netze, in Wasserwege, in Brücken und in Straßen fallen aus.

Und warum? Nur, um zum ersten Mal einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen! Für ein sehr zweifelhaftes Denkmal verzichten Sie auf alles, was Zukunft ausmacht. Das kann nicht in Ordnung sein; das wissen Sie selbst.

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das war schon ein blöder Anfang!)

Lassen Sie mich zunächst etwas zur Außenpolitik sagen. Außenminister Kerry hat nun voll Stolz erklärt, dass es eine Koalition der Willigen gegen ISIS unter Einschluss der Türkei und Deutschlands gibt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Machen Sie mit?)

Dr. Gregor Gysi

- (A) Mich interessiert die Türkei. Bisher war es so, dass die Türkei potenzielle Kämpfer der terroristischen Söldnerarmee ISIS in Richtung Syrien und in Richtung Irak unbehelligt durchgelassen hat. Transporte mit Hilfsgütern wurden gestoppt. Interessanterweise hat die Türkei einen Tag nach unserer Debatte vom 1. September dieses Jahres die Transporte mit Hilfsgütern durchgelassen. Sind Sie sich wirklich sicher, dass die Türkei ihre Haltung zu ISIS grundsätzlich geändert hat? Ich mache da erst einmal ein Fragezeichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann ist die Frage: Wie will sich nun eigentlich die Bundesregierung beteiligen? Sie haben schon Waffen an Peschmerga geliefert. Das war falsch, das bleibt falsch. Dem Irak fehlt vieles, aber keine Waffen. Es gibt viele Möglichkeiten: Man kann die humanitären Hilfen für Kurdinnen und Kurden, für Jesiden, für Christinnen und Christen und viele andere ausbauen. Man kann eine irakische Einheitsregierung unterstützen, damit es keine Ausgrenzungen mehr gibt: weder von Sunniten noch von Schiiten noch von Christinnen und Christen, Jesiden oder anderen. Man kann Gespräche anbahnen. Man kann so vieles tun. Das Einzige, worauf die Regierung kommt, sind Waffenlieferungen. Das ist wirklich absurd; das muss ich ganz klar sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe noch weitere Fragen: Was ist überhaupt die Koalition der Willigen? Wann kehren wir zum Völkerrecht zurück?

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Zuständig ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu entscheiden hat, nicht irgendwelche Koalitionen der Willigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum leiten Sie diesbezüglich nichts ein? Ich glaube, Sie leiten deshalb nichts ein, weil das Verhältnis der USA zu Russland besonders schlecht ist. Aber wir wissen doch: Das Ganze geht nur mit, nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland. Die internationalen Probleme sind nur mit Russland zu lösen, egal ob ich an ISIS denke, ob ich an die Probleme im Iran denke, ob ich an Syrien denke. Wir sind doch auf Russland angewiesen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie!)

Sie, Herr Kauder, haben hier am 1. September gesagt, dass ISIS mit dem falschen Krieg der USA und anderer Staaten gegen den Irak, der 2003 begonnen hat, nichts zu tun hat, weil ISIS in Syrien entstanden ist. Das stimmt, da haben Sie recht. Aber ohne den Bürgerkrieg in Syrien wäre ISIS nie entstanden. Ohne den Krieg gegen den Irak wäre ISIS niemals über die Grenze von Syrien in den Irak gekommen. Dort gibt es gar keinen Staat mehr. Es gibt auch keine Kontrolle mehr. Daran ist der Krieg von 2003 schuld. Deshalb gibt es sehr wohl einen Zusammenhang.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen noch etwas. Die PKK und die PYD in Syrien – das hat hier auch der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion eingestanden – schützen inzwischen die Jesiden, die Christinnen und Christen. Wir müssen unsere Politik ändern. Prüfen Sie das PKK-Verbot und heben Sie es auf! Haben Sie endlich die Kraft, ISIS zu verbieten! Es wird höchste Zeit, dass das geschieht.

(Beifall bei der LINKEN)

In der Sendung *Panorama* wurde Folgendes gezeigt: Bei einer Demonstration waren auf der einen Seite Demonstranten mit PKK-Fahnen zu sehen, und die Polizei griff sofort ein. Auf der anderen Seite waren Demonstranten mit ISIS-Fahnen zu sehen, und es passierte nichts. – Da muss sich in unserem Land etwas gründlich ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich freue mich sehr, dass alle Dachverbände der Muslime in Deutschland ISIS scharf verurteilt haben und für den 19. September dieses Jahres zu einer Großkundgebung aufrufen.

Wir alle beurteilen Assad überwiegend negativ. Viele haben gegen Assad gekämpft, aber wir haben immer gesagt: Wir brauchen diesen Kontakt. Wir brauchen die Möglichkeiten zu Gesprächen. – Jetzt wird es ganz deutlich: Wir brauchen Assad auch im Kampf gegen ISIS. Es ist also nie klug, übertrieben zu reagieren.

Wissen Sie: Ihre ganze Außenpolitik wirkt hilflos, wirr und durcheinander. Das ist viel zu wenig. Dafür ist die Verantwortung Deutschlands zu groß. Ich sage Ihnen noch etwas: Im Kalten Krieg hat der Westen gesiegt. (D) Aber er konnte nicht aufhören, zu siegen. Die alte Ordnung wurde zerstört, und keine neue friedensschaffende Ordnung hergestellt.

Es gibt eine besondere Verantwortung der USA, Russlands und Chinas, dann erst kommt die EU mit Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Dieser Verantwortung werden Sie alle nicht gerecht. Das verunsichert die Menschen sehr. Das macht sie so unzufrieden. Sie wissen gar nicht, wohin das Ganze läuft.

Ich komme zur Ukraine. Endlich gibt es eine Vereinbarung über eine Feuerpause, einen Waffenstillstand. Das ist für mich schon ein Durchbruch. Der Donbass bleibt selbstverständlich Bestandteil der Ukraine. Es geht dann um weitgehende Autonomierechte. Was wir jetzt brauchen – das sage ich Ihnen schon jetzt –, ist ein Marshallplan für die Ostukraine. Wir brauchen regionale Wahlen.

Es gibt Extremisten auf beiden Seiten. Es gibt die sogenannten Freiwilligenverbände der ukrainischen Armee, die faschistisch strukturiert sind. Aber es gibt auch bei den Separatisten extremistische Kräfte, die den Anschluss des Donbass an Russland fordern und von einem großrussischen Reich träumen.

Alle Fragen müssen am Verhandlungstisch geklärt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi

- (A) Wie Finnland sollte die Ukraine nicht zur NATO gehören. Und ich sage Ihnen: Die NATO-Gipfel-Beschlüsse sind absolut kontraproduktiv – schnelle Eingreiftruppe, Aufrüstung im Baltikum und in Polen. Der Vertrag zwischen der NATO und Russland sieht aber vor, dass eine dauerhafte Stationierung von NATO-Streitkräften in Osteuropa verboten ist. Wollen Sie diesen Vertrag verletzen? Was sollen die geplanten Änderungen? Russland wird darauf wiederum mit einer Änderung seiner Militärdoktrin reagieren. Es besteht die Gefahr einer neuen Runde des Rüstungswettlaufs. Das Minsker Abkommen über die Feuerpause – und zwar unbefristet – muss doch ein Anlass zur Deeskalation auch durch NATO und EU sein. Deshalb sind auch die neuen Sanktionsbeschlüsse falsch; denn sie führen zu einer Eskalation, obwohl das Gegenteil notwendig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen noch etwas: Die Sanktionen und ihre Antworten schaden – völlig unnötig – der Wirtschaft und der Bevölkerung in Deutschland – übrigens insbesondere in den neuen Bundesländern. Denn 80 Prozent der Exporte von Deutschland nach Russland kommen aus den neuen Bundesländern. Da wird das gravierende Folgen haben.

Ich sagen Ihnen: Eine vernünftige Politik wäre, die Sanktionen unverzüglich aufzuheben.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Und was macht die NATO? Sie führt acht Manöver in der Ukraine durch – aktuell ein Manöver im Schwarzen Meer, zusammen mit den USA, der Türkei, Spanien und der Ukraine. Dann gibt es Northern Coast, ein Manöver in der Ostsee, an dem auch die Bundeswehr mit 1 000 Soldaten teilnimmt. Was soll diese Provokation Russlands?

Die NATO und vor allem die USA fordern, 2 Prozent der Wirtschaftsleistung in den Verteidigungsetat zu stellen – 2 Prozent. Deutschland ist gegenwärtig bei 1,3 Prozent. Wenn wir diesen Wunsch erfüllten, müssten wir rund 24 Milliarden Euro mehr für Rüstung ausgeben.

Frau von der Leyen, Sie – das habe ich doch richtig verstanden? – wollen nicht so viel ausgeben, aber schon mehr. Und die Kanzlerin habe ich so verstanden, dass sie eigentlich nicht mehr ausgeben will. Ich hoffe, Sie verständigen sich darauf, weniger auszugeben – auf gar keinen Fall mehr! Das will ich auch deutlich sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Nur mit den Atomwaffen der acht Atommächte kann die Menschheit 1 000-mal ausgelöscht werden. Reicht das nicht? Was soll zusätzliche Aufrüstung? Müssen wir die Menschheit 1 500-mal auslöschen können? Wo soll das hinführen?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Den Schwachsinn haben wir schon mal gehört!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Die USA, die NATO und auch Deutschland sind hoch gerüstet. Wir brauchen keine Aufrüstung mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

- (C) Mit Aufrüstung erreicht man auch nicht mehr Frieden – im Gegenteil. Und ich sage jetzt auch deutlich: Mit Aufrüstungsreden und Aufrüstungsentscheidungen erreichen wir nichts. Was wir brauchen, sind Abrüstungsreden und Abrüstungsentscheidungen.

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sagen Sie das mal dem Putin!)

Die Bundesregierung – und damit auch EU und NATO – werden immer abhängiger von der US-Regierung. Warum können Sie diesbezüglich eigentlich nicht souveräner, nicht eigenständiger auftreten? Das geht mir so auf die Nerven; das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Die NSA hört unsere gesamte Bevölkerung ab, betreibt Wirtschaftsspionage, aber Sie haben Angst, irgendetwas Wirksames dagegen zu unternehmen.

Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel: In Wiesbaden wird gerade ein hohes Gebäude für die NSA gebaut. Warum haben Sie denn nicht den Mumm, der US-Regierung zu sagen: Unter diesen Bedingungen, ohne No-Spy-Abkommen, ohne ein Abkommen, das gegenseitige Spionage ausschließt, kann die NSA niemals in dieses Gebäude einziehen. Die Volkssolidarität, Attac oder andere Leute, die etwas Vernünftiges machen, können da gerne einziehen, aber nicht die NSA.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der CDU/CSU – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: *Neues Deutschland!*)

Zeigen Sie mal etwas Mumm!

- (D) Ich sage Ihnen auch: Dieses Duckmäusertum, das Sie an den Tag legen, führt nicht zu Freundschaft, sondern zu Verachtung. Wenn man Freundschaft will, muss man sich als Erstes Respekt erarbeiten. Und mit solchen Entscheidungen erarbeitet man sich Respekt, den wir dringend benötigen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Nun höre ich aber auch, dass der BND die Türkei abhört. Aber ich habe das doch richtig verstanden: Die USA, Deutschland und die Türkei – wenn auch gegen unseren Willen – führten zusammen Krieg in Jugoslawien, dann in Afghanistan, und gleichzeitig behandeln sie sich wie Kriegsgegner. Das ist ja ein dolles Bündnis, kann ich nur sagen. Riesenfragezeichen!

Ein weiterer Punkt sind die Abkommen. Eines liegt schon vor – das CETA-Abkommen mit Kanada –; das andere, das TTIP-Abkommen, ist geplant. Ich habe dazu schon einiges gesagt. Was uns am meisten stört und befremdet, ist die Investitionsschutzklausel. Ich komme noch darauf zurück.

Die Bundesregierung sagt, sie sei auch gegen die Investitionsschutzklausel. Sie ist aber in dem Abkommen vorgesehen. Ich bin sehr gespannt, was Sie diesbezüglich vorhaben. Zu hören ist schon, dass die Vorteile so groß sind, dass man vielleicht doch damit leben kann, was eine Katastrophe wäre, sowohl im Verhältnis zu Kanada als auch zu den USA.

Was bedeutet denn eine Investitionsschutzklausel? Wenn wir in Berlin einmal eine vernünftigere Regierung

**Dr. Gregor Gysi**

- (A) bekämen – das ist schließlich möglich, zum Beispiel mit Linken –

(Lachen bei der CDU/CSU)

– es freut mich, dass Sie sich jetzt schon darauf freuen –,

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Ein Hauch von Büttensrede!)

und die beschlüsse plötzlich, dass es mehr Mitbestimmung gibt oder dass Konzerne etwas mehr Steuern zahlen müssen, dann könnten die kanadischen und amerikanischen Unternehmen sagen: „Das geht nicht; es verstößt gegen das Verbot von Investitionshemmnissen;

(Thomas Oppermann [SPD]: Unfug! Das ist einfach Unfug!)

denn wir haben unseren Sitz hier unter anderen Voraussetzungen gegründet“, und Schadenersatz fordern.

Das ist eine Katastrophe, weil Sie jede vernünftige Politik ausschließen. Deshalb darf das niemals in Kraft treten.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt einen Zeugen. Dieser Zeuge ist kein Linker, sondern der Ministerpräsident Australiens. Er hat gesagt, er würde das Abkommen nie wieder unterschreiben, und zwar aus folgendem Grund: In Australien wurde, nachdem das Abkommen unterschrieben wurde, angeordnet, dass auf Zigarettenschachteln der Hinweis erfolgen muss, dass Zigaretten ungesund sind. Es war ein bisschen spät, aber irgendwann hat auch Australien das angeordnet. Der Punkt ist, dass das Unternehmen Philip Morris, das dort schon seinen Sitz hatte, sagte: „Das geht nicht; das verstößt gegen die Investitionsschutzklausel“, und Schadenersatz in Milliardenhöhe forderte.

(B)

Wollen Sie Politik wirklich unmöglich machen? Das geht nicht. Stoppen Sie das Ganze so schnell wie möglich!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem erleben wir eine Entstaatlichung, und zwar in dreifacher Hinsicht: erstens durch CETA und TTIP. Denn es sollen keine ordentlichen Gerichte zuständig sein. Es gibt dann nur ein Schiedsgericht, bestehend aus drei Advokaten, die über Milliardenbeträge entscheiden sollen. Der ordentliche Gerichtsweg ist ausgeschlossen. Das ist eine Entstaatlichung. Es verstößt auch gegen die Rechtsstaatlichkeit. Das ist nicht hinnehmbar.

Die zweite Entstaatlichung, die noch viel schlimmer ist, erleben wir in Somalia, Irak, Libyen und Afghanistan. Nirgendwo funktioniert der Staat noch. In Ägypten, Syrien und in der Ukraine besteht die Gefahr der Zerstörung des Staates.

Das Dritte ist eine Entstaatlichung in unserer Gesellschaft. Darauf möchte ich Sie gerne hinweisen, weil ich finde, dass wir sehr viel genauer darauf achten müssen. Es gibt ein oberstes Zehntel in unserer Gesellschaft, das sich nicht mehr für den Staat interessiert. Diese Men-

schen gehen zwar formal wählen, aber mehr interessiert sie nicht, weil sie alles, ob Firmensitz oder Wohnsitz, danach begründen, wie die Rechtsvorschriften in welchem Teil der Welt aussehen, wo welche Steuerregeln und Arbeitsschutzregeln herrschen und welche Löhne kassiert werden etc. Sie haben sich vom Staat innerlich völlig verabschiedet.

(Thomas Oppermann [SPD]: 8 Millionen Menschen!)

Zu meinem großen Bedauern ist es so, dass wir zwar Teile des unteren Viertels erreichen – andere auch –, aber bestimmte Teile des unteren Viertels erreichen wir gar nicht mehr. Diese Menschen haben sich völlig vom Staat verabschiedet und gehen auch nicht mehr wählen. Was glauben Sie, wie oft ich versuche, mit ihnen zu reden. Ich stelle eine Entwicklung fest, die mir große Sorgen macht, weil sie für die Demokratie ungeheuer schädlich ist.

Wir müssen erreichen, dass die gesamte Gesellschaft wieder am gesellschaftlichen Leben teilnimmt. Davon sind wir weit entfernt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt werde ich auch etwas zu den Ursachen sagen, zum Beispiel unsere Vermögensentwicklung. Es gibt Zahlen, die einen umhauen. Die EU-Millionäre, von denen es eine reichliche Anzahl gibt, haben ein Geldvermögen – es geht nur um das Geld, ohne Grundstücke und Unternehmen – von 17 Billionen Euro. Die gesamten Staatsschulden der EU belaufen sich auf 11 Billionen Euro. Stellen Sie sich vor, sie würden uns das ganze Geld überweisen. Dann könnten wir alle Schulden bezahlen und ihnen sogar noch 6 Billionen zurücküberweisen. Dann wären sie immer noch nicht arm. Aber so weit geht noch nicht einmal die Linke.

(D)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Was? Das ist aber ein Rückschritt!)

Wir sagen aber: Wir brauchen endlich eine Millionärsteuer in der Europäischen Union.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber Sie weigern sich, ein Stück mehr Gerechtigkeit herzustellen.

Gehen wir einmal zu Deutschland über. In Deutschland haben wir ein Geldvermögen – passen Sie jetzt auf, Herr Kauder! Sie müssen sich die Zahlen merken – von 10 Billionen Euro. Jetzt gibt es eine neue Studie der Europäischen Zentralbank, die besagt: 1 Prozent unserer Bevölkerung – 1 Prozent, ich bitte Sie! – besitzt 32 Prozent davon. Das sind weit über 3,5 Billionen Euro. 50 Prozent – die in finanzieller Hinsicht unteren 50 Prozent – unserer Haushalte und damit die Hälfte unserer Bevölkerung besitzt 1 Prozent davon. Nun sage ich, was für mich am erschreckendsten ist. Diese Hälfte besaß 1998 4 Prozent. Meine Damen und Herren von Union und Sozialdemokratie, aus 4 Prozent werden bei uns nicht Schritt für Schritt 5 und dann 6 Prozent, sondern aus 4 Prozent wird 1 Prozent. Werden es in fünf Jahren

Dr. Gregor Gysi

- (A) 0,5 Prozent sein? Die Schere geht immer weiter auseinander. Das ist unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die schlimmste Umverteilung von unten nach oben hatten wir durch die Agenda 2010 in Verantwortung von SPD und Grünen. Seit 2000 haben wir – das ist dieselbe Entwicklung – einen Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Herr Kauder, um 60 Prozent zu verzeichnen. In derselben Zeit sind die Reallöhne um 3,7 Prozent gesunken. Erklären Sie das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die das ganze Vermögen geschaffen haben! Ich jedenfalls finde diese Entwicklung unerträglich. Wir müssen die Umverteilung von unten nach oben stoppen und eine von oben nach unten einleiten, um ein Stück Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Die Bundeskanzlerin und ihr Vizekanzler beklagen den Investitionsstau seit zehn Jahren. Einen solchen Stau gibt es tatsächlich; das stimmt. Allerdings, Frau Bundeskanzlerin, wer regiert denn seit zehn Jahren? Ich frage Sie das so ganz nebenbei. Ich habe vorhin gesagt, dass es sich um einen Verzicht auf Zukunft handelt, wenn die notwendigen Investitionen ausbleiben. Aber schauen wir uns das einmal genauer an: 1991 investierten die Unternehmen noch 40 Prozent ihrer Gewinne, 2013 nur noch 9 Prozent. Warum? Wir brauchen sehr dringend Investitionen. Das wichtigste Gebiet ist die Bildung. Gestern wurde ein neuer OECD-Bericht veröffentlicht. Er besagt, dass in keinem anderen Industrieland der Bildungserfolg von Kindern so abhängig von der sozialen Herkunft ist wie in Deutschland. Auch das ist ein Skandal. Ich möchte Chancengleichheit für alle Kinder. Deshalb sage ich Ihnen: Wir brauchen endlich Kindertagesstätten für Kinder vom nullten bis zum sechsten Lebensjahr in ganz Deutschland, die ganztägig geöffnet sind, und zwar in ausreichender Anzahl, mit kleinen Kindergruppen, mit gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern, die endlich anständig verdienen müssen, und das alles selbstverständlich gebührenfrei einschließlich eines vollwertigen, gesunden Mittagessens. Das müssen wir in Deutschland erreichen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen zu den Schulen Folgendes: Ich bin ein Anhänger der Gemeinschaftsschule. Dazu werde ich jetzt nicht viel sagen, nur so viel: Sie sollten sich einmal die Studie zum Vergleich zwischen Gemeinschaftsschulen und getrennten Schulen anschauen. Wissen Sie, was dabei herausgekommen ist?

(Zuruf des Abg. Max Straubinger [CDU/CSU])

– Ich werde Ihnen sagen, was auch in Bayern dabei herausgekommen ist. – In den Gemeinschaftsschulen sind nicht nur die schlechteren Schülerinnen und Schüler besser als die in getrennten Schulen, sondern auch die besten und besseren Schülerinnen und Schüler sind besser.

- (C) Sie haben es nicht begriffen. Nur in Gemeinschaftsschulen lernen sie sozial. Wenn Sie die Schülerinnen und Schüler isolieren, dann bringen Sie ihnen nichts bei.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Isoliert eure Kinder und erzieht sie zu Hause! Was ist das denn für ein Familienbild?)

Abgesehen davon möchte ich, dass alle Schülerinnen und Schüler ein vollwertiges, gesundes Mittagessen gebührenfrei bekommen. Ich möchte Schülerinnen und Schüler nicht in der Suppenküche sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen Sie mir nicht mit dem Argument, dass das zu viel Geld kostet. Für jede Bank haben Sie Milliarden parat. Investieren Sie das Geld endlich in die Bildung! Das wäre wirklich wichtig.

(Beifall bei der LINKEN)

- (D) Des Weiteren haben wir ein Problem bei der Nachfrage. Es tut mir leid, aber das kann ich Ihnen nicht ersparen. Die Reallöhne sind gesunken. Das Rentenniveau ist gesunken. Die prekäre Beschäftigung hat enorm zugenommen. Deutschland hat in Europa den größten Niedriglohnsektor. Er ist größer als der in Griechenland. Denken Sie einmal darüber nach, um welche Zahlen es sich dabei handelt! Nun beschwert sich die belgische Regierung bei der Europäischen Union über Deutschland wegen Lohndumping, weil zum Beispiel die Arbeit auf Schlachthöfen in Deutschland so schlecht bezahlt wird, dass die belgischen Unternehmen niederkonkurriert werden. Ich finde, dass wir auch darüber nachdenken müssen.

Herr Gabriel, es tut mir leid, aber Sie haben gesagt, dass kein Geld für Investitionen da ist – ich habe Ihnen vorhin gesagt, dass Sie damit auf Zukunft verzichten –, darauf kann ich nur erwidern: Die Schuldenbremse war eben Unsinn. Die erste war okay. Aber die neue Schuldenbremse, die Sie erfunden und im Grundgesetz verankert haben, geht völlig daneben und ist völlig überflüssig.

(Beifall bei der LINKEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Bei euch ist der Staat untergegangen wegen der Schulden!)

Ich sage Ihnen aber auch ganz klar: Wer Investitionen und soziale Gerechtigkeit will, muss Steuergerechtigkeit herstellen. Wer behauptet, dass er in der Lage sei, soziale Gerechtigkeit herzustellen und Investitionen zu ermöglichen, ohne Steuergerechtigkeit herzustellen, der sagt nicht die Wahrheit; das wissen Sie ganz genau. Das geht nicht. Aber hier haben Sie null Mut.

Was passiert, wenn wir wirklich den von Ihnen, Herr Gabriel, vorgeschlagenen Weg gehen und die Investitionen privatisieren, wenn also die Unternehmen das Ganze übernehmen? Wollen Sie wirklich die öffentliche Daseinsvorsorge noch stärker privatisieren? Die Politik verliert dann die Zuständigkeit für Energie- und Wasserpreise. Wir haben dann auch nichts mehr mit den Preisen für Mobilität zu tun. Wir sind dann nicht mehr für Woh-

**Dr. Gregor Gysi**

- (A) nungen, Krankenhäuser und Bildung zuständig. Wollen Sie das alles ernsthaft privatisieren? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, wirklich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Außerdem: Wenn öffentliche Investitionen privat finanziert werden, wollen die Privaten auch eine Rendite haben. Die wollen etwas daran verdienen. Die Gebühren müssen dann alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, alle Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Auch das ist unerträglich.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Dann sage ich Ihnen noch etwas. Ich muss Sie fragen, Herr Schäuble: Stimmt es, dass Sie ernsthaft darüber nachdenken, die Bundesstraßen zu verkaufen? Also wirklich, lassen Sie den ganzen Quatsch mit der Maut. Das bringt nichts, liebe CSU. Packen Sie die einfach weg. Das bringt gar nichts.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber einmal abgesehen davon: Wenn Sie wirklich die Bundesstraßen verkaufen, dann sage ich Ihnen, was passieren wird. Dann werden die Länder anfangen, die Länderstraßen zu verkaufen, dann werden die Kommunen anfangen, die Kommunalstraßen zu verkaufen. Ich weiß gar nicht, wie viele Arten von Maut wir dann überall bezahlen müssen. Das lasse ich alles weg. Aber eines sage ich Ihnen, Herr Schäuble: Wenn das je passieren sollte, dann muss ich Ihnen ein bisschen drohen. Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Dann wird es für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Außerdem benenne ich dann die Straße um. Es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie Zum Gysi Nummer 1 wohnen. Aber das mache ich dann. Das ist garantiert.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das wird aber eine kleine Straße sein!)

Im Übrigen hat der Internationale Währungsfonds – wie Sie wissen, ist das keine linke Organisation – festgestellt, dass wir mit etwas mehr Steuergerechtigkeit 80 Milliarden Euro pro Jahr mehr einnehmen könnten. Dann hätten wir das Geld für Bildung und Investitionen, das wir dringend benötigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Europäische Zentralbank hat nun den Leitzins auf den niedrigsten Stand in der Geschichte gesetzt: auf 0,05 Prozent. Ich will Ihnen sagen, was das bedeutet. Die Sparerinnen und Sparer in Deutschland, auch die kleinen und mittleren, bekommen so gut wie gar keine Zinsen. Da wir eine Inflationsrate haben, das heißt alle Dienstleistungen und Waren teurer werden, man aber keine Zinsen bekommt, verlieren die Sparguthaben Jahr für Jahr an Wert. Das heißt, die Sparerinnen und Sparer

bezahlen die ganze Krise. Das kommt dabei heraus. Dasselbe passiert mit den Lebensversicherungen, weil auch die an Wert verlieren. Bei den Lebensversicherungen nehme ich Ihnen eine Sache schon übel, nämlich dass Sie die Leistungen aus Lebensversicherungen hier im Bundestag gekürzt haben, (C)

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist doch nicht wahr! Das ist falsch, Herr Gysi, und Sie wissen das auch!)

und das am Tag des Viertelfinalspiels Deutschland gegen Frankreich bei der Fußballweltmeisterschaft, und zwar in der Hoffnung, dass es keiner mitbekommt. Ich finde das ziemlich übel; das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem habe ich noch eine Frage: Wenn wir auf Sparguthaben so niedrige Zinsen bekommen, warum gibt es dann eigentlich noch so hohe Zinsen bei Dispokrediten und anderen Krediten? Wenn schon niedrige Zinsen, dann müssten die Banken und Sparkassen auch diesbezüglich ihre Politik ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber ich sage Ihnen auch: Sie werden mit privaten Investitionen in die Wirtschaft nicht wirklich weiterkommen. Nehmen wir den Süden Europas: 25 Prozent Arbeitslosigkeit, 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, zum Beispiel in Griechenland und in Spanien. Wer will da investieren? Wer soll denn bei sinkenden Löhnen, Renten und Sozialleistungen noch einkaufen können? Daran, dass selbst die Deutsche Bundesbank für Deutschland höhere Löhne fordert, weil sie sieht, dass die Nachfrage permanent zurückgeht, sehen Sie, welchen Stand wir diesbezüglich erreicht haben. (D)

Was mich auch stört, ist, dass die EZB wieder die Schrottpapiere von den Banken aufkaufen will. Das ist doch der Gipfel der Frechheit. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften wie immer für alle Banken. Ich möchte, dass endlich Banken für Banken haften.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Kein Industrieunternehmen, kein Bäckermeister hat die Chance, dass Sie die Schulden übernehmen, aber bei jeder Bank übernehmen wir die Schulden. Das geht nicht mehr, das muss endlich beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die ganze falsche Bankenrettung in der Euro-Krise war ein Aufbauprogramm für die AfD. Wenn wir das beenden wollen, müssen Sie auch diesbezüglich die Politik ändern.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, wir hatten einen kleinen Disput hier beim letzten Haushalt, und zwar über die Mütterrente. Das Problem muss ich auflösen. Sie haben gesagt, dass wir schon jetzt einen hohen staatlichen Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung zahlen und der 2018 sogar erhöht werden soll. Das mag sein, aber das ändert an folgendem Umstand nichts: Jetzt gibt es eine Erhöhung der Mütterrente. Diese Erhöhung kostet



**Dr. Gregor Gysi**

- (A) Geld, und jetzt erhöhen wir nicht den staatlichen Zuschuss. Also muss diese Erhöhung, weil wir den staatlichen Zuschuss nicht erhöhen, allein von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern bezahlt werden.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist Quatsch, Herr Gysi!)

Das heißt, die Lidl-Kassiererin und jedes Unternehmen bezahlen das,

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Er hat es nicht verstanden!)

aber Frau Merkel, Herr Gabriel, Herr Kauder und Herr Gysi nicht. Das ist und bleibt grob ungerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie hätten ja einen anderen Weg gehen können. Sie hätten ja sagen können: Die Erhöhung der Mütterrente kostet soundso viel Geld, und in diesem Umfang erhöhen wir den Zuschuss. – Dann hätten wir es aus Steuermitteln finanziert. Da Frau Merkel, Herr Gabriel, Herr Kauder und Herr Gysi mehr Steuern als die Lidl-Kassiererin zahlen, wäre das gerecht gewesen. So bezahlt sie es allein. Ich kann es ihr nicht erklären, und Sie können es ihr auch nicht erklären. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt sage ich Ihnen auch etwas zur deutschen Einheit. Ganz aktuell ist in der Pflege ein Mindestlohn vereinbart worden: Ost 8,65 Euro, West 9,40 Euro – und das 24 Jahre nach der deutschen Einheit. Ich bitte Sie! Wer die deutsche Einheit will, muss endlich für gleiche Löhne bei gleicher Arbeitszeit in Ost und West und für eine gleiche Rente bei gleicher Lebensleistung und für eine gleiche Mütterrente in Ost und West streiten.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN)

Wer das nicht macht, der ist eben nicht für die deutsche Einheit.

Ich sage Ihnen, Herr Kauder, auch wenn es Sie ärgert: Inzwischen ist die Linke die Partei der deutschen Einheit. Sie verfolgen diese Ziele nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der CDU/CSU)

– Ich wusste, dass ich Ihre Zustimmung bekomme.

Nun muss ich noch ein Thema anschneiden: das Thema „Überwachung der Linken“. Unser Spitzenkandidat in Thüringen, Bodo Ramelow, hat ja einen großen Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht erreicht; schon deshalb hat er sich vieles verdient. Aber einmal abgesehen davon: Bundesinnenminister de Maizière hat daraufhin entschieden, dass die Beobachtung aller Mitglieder unserer Fraktion durch das Bundesamt für Verfassungsschutz eingestellt wird.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Na, sagen Sie mal! Super!)

Das begrüße ich. Die Gerichte haben entschieden, dass alle Unterlagen über uns zu vernichten sind. Auch das begrüße ich. Erst die überflüssige Arbeit, das alles her-

- (C) zustellen, und nun haben sie die Arbeit, das alles zu vernichten. Aber das sei ihnen auch gegönnt. Wir haben damit der Bundesrepublik Deutschland zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verholfen.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dagmar Ziegler [SPD]: Na, vielen Dank!)

Nun habe ich 16 Bundesländer angeschrieben – meine Herren und Damen von der CSU, hören Sie gut zu – und gefragt, ob sie weiterhin die Bundestagsabgeordneten der Linken beobachten. 15 Bundesländer haben „Wir haben das noch nie gemacht“ oder „Wir haben das schon längst oder jetzt eingestellt“ geantwortet. Nur ein Land, Bayern, hat geantwortet, dass es bei der Beobachtung bleiben soll. Also, wir sehen uns vor Gericht wieder. Wir werden auch Bayern zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verhelfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Man kann ja in Bayern als Linker nicht im öffentlichen Dienst arbeiten. Wir wollen auch die Interessen des öffentlichen Dienstes vertreten. Wie sollen wir das eigentlich machen, abgesehen davon, dass uns dadurch natürlich auch Gelder verloren gehen? Jetzt habe ich mir dazu im Internet Informationen beschafft. Also, hören Sie einmal zu: Da wird gefragt, wenn man sich beim öffentlichen Dienst in Bayern bewirbt, ob man Mitglied des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter der DDR – so einer linksextremistischen Massenorganisation – war.

(Heiterkeit bei der LINKEN – Beifall der Abg. Barbara Lanzinger [CDU/CSU] – Max Straubinger [CDU/CSU]: Natürlich!)

- (D)

Wer in der DDR Äpfel geerntet oder Kaninchen gezüchtet hat, soll also keine Chance im öffentlichen Dienst in Bayern haben können. Auch Schwachsinn muss Grenzen kennen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas sagen, was mir wichtig ist: Sie alle behaupten doch, Parteien der Mitte zu sein. Aber dass die mittleren Einkommen in unserer Gesellschaft aufgrund des Steuerbauchs alles bezahlen, das nehmen Sie nicht zur Kenntnis. Es gibt nur eine Partei, die Linke, die will, dass der Steuerbauch beseitigt wird. Wir vertreten hier die Mitte, nicht Sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist die Wahrheit. Wir vertreten die unteren Einkommen, aber auch die mittleren.

Zum Schluss sage ich Ihnen eins: Ich will nicht rechthaberisch sein.

(Lachen bei der CDU/CSU – Thomas Oppermann [SPD]: Jetzt haben Sie die ganze Rede widerlegt!)

– Gut, dann sage ich: Ich will nicht mehr rechthaberisch sein. Das können Sie akzeptieren. Passen Sie auf! Ich

**Dr. Gregor Gysi**

- (A) habe mich in meinem Leben auch geirrt; das bestreite ich gar nicht.

(Dagmar Ziegler [SPD]: Das kann nicht sein! – Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Wer hatte bei Afghanistan recht? Wir oder die anderen Fraktionen? Inzwischen wissen Sie alle, dass wir recht hatten. Dieser Krieg war falsch. Wer hatte bei der Praxisgebühr recht? Sie, die das für eine geniale Erfindung hielten, oder wir? Inzwischen ist sie ja abgeschafft.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Leider!)

Wer hatte bei der Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz recht? Sie oder wir? Wir hatten recht, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. Und wer hatte beim Mindestlohn recht? Sie haben mich alle beschimpft. Inzwischen haben Sie ihn eingeführt.

(Zuruf von der CDU/CSU)

– Na, aber sicher, in den 1990er-Jahren. Das kann ich Ihnen nachweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Sie werden noch einsehen, dass auch die Rente ab 67 ein Grundfehler ist.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**  
Herr Kollege.

**Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):**

- (B) Deshalb merken Sie sich doch bitte, liebe Union, liebe SPD, liebe Grüne, dass Sie sich viel häufiger und schneller, auch in Ihrem Interesse, nach den Linken richten sollten.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Dagmar Ziegler [SPD]: Das ist ja narzisstisch!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in erster Lesung einen ganz besonderen Haushalt. Mit dem Haushalt 2015 wollen wir zum ersten Mal seit 1969 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Das, was wir seit Jahren angestrebt haben, ist nun Realität. Der Bundesregierung ist es gelungen, einen generationengerechten Haushaltsentwurf vorzulegen, der sozial ist, der in die Zukunft des Landes investiert und der damit wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung fördert. Wir können stolz sein, dass wir gemeinsam dieses Ziel erreicht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Auch für die kommenden Jahre, meine Damen und Herren, sieht der Finanzplan keine neuen Schulden des Bundes mehr vor. Das Wirtschaften auf Pump soll end-

lich ein Ende haben, und das ist – darin liegt der tiefere Sinn dieses Haushalts – der beste Beitrag zur Generationengerechtigkeit, den wir für die Jungen, für die Kinder und Enkel, leisten können. Das schaffen wir heute angesichts einer sich anbahnenden großen demografischen Veränderung. Deshalb ist das richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damit wir unsere Ziele erreichen, wird strikte Ausgabendisziplin erforderlich sein. Das, was für Deutschland gilt, gilt unverändert auch für Europa. Wir wissen, dass die Situation hier nach wie vor fragil ist. Wir haben wichtige Erfolge mit der Reformpolitik in Europa erzielt. Wir sehen an einer Reihe von Ländern wie zum Beispiel Spanien, dass Reformen Wirkung zeigen, dass sie die Dynamik stärken, aber wir sollten sehr ernst nehmen, dass die Kommission mit Recht jetzt darauf hingewiesen hat, dass das Ablassen vom Reformkurs das größte Risiko für die weitere Erholung ist. Deshalb ist es richtig, dass die Kommission im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters den Druck mit Blick auf solide Haushalte und auf Reformen aufrechterhält. Die Bundesregierung unterstützt die Kommission in diesem Ziel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wolfgang Schäuble hat es gestern gesagt; ich möchte es wiederholen: Das Einhalten der von uns eingegangenen Verpflichtungen in Europa, besonders in der Euro-Zone, muss anders als in der Vergangenheit endlich zum Markenzeichen der Euro-Zone werden. Das schafft Vertrauen, und das wird uns dann von den Betroffenen auch zurückgezahlt werden, meine Damen und Herren.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass die Arbeitslosigkeit weiterhin sehr hoch ist, gerade die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen. Deshalb bleibt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine zentrale Aufgabe. Am 8. Oktober wird die italienische Ratspräsidentschaft in Italien einen Gipfel der Staats- und Regierungschefs abhalten, auf dem wir uns noch einmal damit beschäftigen: Wie sind wir vorangekommen? Welche Hemmnisse gibt es? Es ist kein gutes Zeichen, dass das Sonderprogramm für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bis jetzt seitens der betroffenen europäischen Staaten so wenig in Anspruch genommen wird. Wir müssen uns fragen: Brauchen wir mehr Flexibilität in der Ausgestaltung? Ist das notwendig? Das Wichtigste ist, dass das Geld zu den jungen Menschen kommt und dass daraus Arbeitsplätze entstehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, solides Haushalten ist kein Selbstzweck, sondern es ist die Voraussetzung für politische Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft.

Erstens für eine aktive Begleitung des digitalen Wandels. Der digitale Wandel ist zentrale Gestaltungsaufgabe für die Wirtschaft, die Wissenschaft, aber eben auch – das ist unser Part – für die Politik. Wie sich Deutschland und wie sich die Europäische Union in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts hier weltweit positionieren, das wird über unsere Wettbewerbsfähigkeit und

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) damit auch über unseren zukünftigen Wohlstand entscheiden.

Das Bundeswirtschaftsministerium, das Innenministerium und das Ministerium für digitale Infrastruktur haben eine digitale Agenda erarbeitet, die am 20. August im Kabinett beschlossen wurde. Sie ist ein erster Schritt, um die technische Revolution, die sich durch die Digitalisierung in nahezu allen Lebensbereichen ergibt, aktiv zu begleiten und politisch mitzugestalten.

(Zuruf des Abg. Sven-Christian Kindler  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir setzen dabei als Bundesregierung drei Schwerpunkte: Impulse für weiteres Wachstum und Beschäftigung – die Informations- und Technologiebranche ist entscheidender Innovations- und Wachstumsmotor –, Zugang und Teilhabe durch leistungsstarke Netze – unser Land braucht flächendeckende Breitbandinfrastruktur – und Vertrauen und Sicherheit im Internet; das reicht von der Datensicherheit für Privatpersonen und Unternehmen bis zum Schutz unserer kritischen Infrastruktur.

Der Kabinettsbeschluss vom 20. August umreißt den Handlungsrahmen. Die gemeinsame Umsetzung erfolgt im Dialog mit den relevanten Gruppen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Aber es wird auch etliche Punkte geben, bei denen die Politik nach diesem Dialog auch kritische Entscheidungen fällen muss und fällen wird.

- (B) Nach dem Kabinettsbeschluss am 20. August ist der nächste Schritt der IT-Gipfel am 21. Oktober in Hamburg. Er wird die zentrale Plattform sein und wird auch die Handlungsfelder der digitalen Agenda widerspiegeln. Mit den drei federführenden Bundesministern ist verabredet, dass bis dahin erste wesentliche Punkte vorangekommen sind, zum Beispiel beim Thema Netzneutralität oder beim konkreten Zeitplan für die Versteigerung der 700-Megahertz-Frequenzen, die sehr wichtig dafür sind, dass wir den Ausbau der Netze voranbringen.

Wir müssen verstehen, dass die Digitalisierung nicht nur schnelles Internet, IT-Sicherheit oder Innovationen auf dem Feld der Telekommunikation bedeutet, sondern dass es sich dabei um eine industrielle Revolution handelt, diesmal nicht so, wie wir sie aus der Geschichte kennen, mit rauchenden Schloten von Fabriken oder Maschinenlärm, sondern in einer völlig anderen Art und Weise, aber mit ebenso faszinierenden Veränderungen.

Das Schlagwort ist „Industrie 4.0“. Was heißt das? Es wird mehr und mehr Produktionsabläufe geben, die sich selbst organisieren können, wo die Maschinen miteinander kommunizieren. Das hat natürlich wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitswelt, über die wir im Übrigen mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften gerade vor wenigen Tagen in Meseberg gesprochen haben. Es werden durch kleine Softwareanwendungen ganze Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten auf den Kopf gestellt, und Dienstleistungen und Produktionsprozesse werden sich immer weiter annähern und ineinandergreifen. Der Computer als Gerät, wie er uns heute bekannt ist, wird immer mehr in den Alltagsgegenständen verschwinden und aufgehen. Das ist das Internet der Dinge,

- (C) von dem so viel die Rede ist. Wir sind also in einer Entwicklung, in der Internetunternehmer, App-Entwickler und alle übrigen Unternehmer auf dem Feld der digitalen Dienstleistungen zu einem neuen Mittelstand werden, und der Mittelstand war ja immer das Rückgrat Deutschlands. Deshalb geht es darum, dass wir diesen Teil des Mittelstandes dabei begleiten, damit er gute Entwicklungschancen hat. Das geschieht einmal durch Open Innovation, wie es heutzutage so schön heißt, also durch den Zugang zu den notwendigen Quellen. Es geht ferner darum, dass wir junge Unternehmer, ganz besonders durch den Wirtschaftsminister, fördern, bessere Finanzierungsbedingungen entwickeln. So werden wir zum Beispiel den INVEST-Zuschuss für Wagniskapital von der Ertragsteuer befreien. Schließlich arbeiten wir an weiteren Möglichkeiten, wie wir gerade solchen Start-ups gute Bedingungen in Deutschland geben können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (D) Eine gleichmäßige Entwicklung von Stadt und Land wird in Zukunft nur möglich sein – wir dürfen nicht vergessen, dass etwa die Hälfte der Bevölkerung im ländlichen Raum lebt –, wenn beide gleichermaßen Zugang zum schnellen Internet haben. Es geht hier nicht nur um Teilhabe an den wirtschaftlichen Möglichkeiten; es geht um Teilhabe an Bildung und vielen anderen Dingen, um gleichwertige Lebensbedingungen im weiteren Sinn. Deshalb konkretisieren wir jetzt Schritt für Schritt unser Ziel, den Breitbandhochgeschwindigkeitsausbau voranzubringen, sodass das Ziel, 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde, erreicht werden kann.

Wir wollen die Dinge voranbringen. Deshalb hat Bundesminister Dobrindt eine „Netzallianz Digitales Deutschland“ gegründet, in der die einzelnen Schritte festgelegt werden. Neben dem Aufbau der Infrastruktur geht es in Zukunft auch und ganz besonders – das wird uns sehr herausfordern, die wir damit beschäftigt sind, Sicherheit auf der einen Seite und Zukunftsfähigkeit auf der anderen Seite gleichermaßen zu vereinen – um das Management von riesigen Datenmengen; denn Big Data wird der Ausgangspunkt von neuen Wertschöpfungsketten sein. Wer daran nicht teilnimmt, weil er schon Furcht hat, bevor das Wort gefallen ist, wird nicht zu diesen Wertschöpfungsketten vorstoßen. Deshalb werden wir zwei Big-Data-Kompetenzzentren in Berlin und in Dresden einrichten und damit Erfahrungen sammeln, wie Wertschöpfungsketten der Zukunft möglich gemacht werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, der Innenminister Thomas de Maizière hat zu Recht davon gesprochen, dass wir eine Debatte um einen neuen digitalen Ordnungsrahmen führen müssen. Die Grundsatzfrage lautet hierbei immer wieder: Wie können wir Freiheit und Sicherheit im Netz in Einklang bringen? Deshalb arbeitet die Bundesregierung unter Federführung des Innenministeriums gerade am ersten IT-Sicherheitsgesetz. Es wird einen besonderen Schwerpunkt auf die Sicherung unserer Infrastruktur setzen. Wir werden auch die entsprechenden Geschäfts-

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) modelle fördern, die dann in der Wirtschaft die Entwicklungen möglich machen. Deutschland ist führend in der Sicherheitstechnik im digitalen Bereich. Das soll weiter ausgebaut werden: Initiativen wie „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ und die „Allianz für Cyber-Sicherheit“ werden ausgebaut.

Natürlich kann das alles nicht allein national geregelt werden. Deshalb brauchen wir einen einheitlichen Datenschutz in Europa. Hierfür steht die Datenschutz-Grundverordnung. Ihre Verabschiedung ist von überragender Bedeutung; ich habe das hier schon öfter angesprochen. Wir müssen allerdings aufpassen, dass wir unseren eigenen Datenschutz dabei nicht schwächen. Deshalb sind die Verhandlungen nicht ganz einfach. Aber: Wenn wir die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen inklusive des Datenschutzes in Europa nicht vereinheitlichen, wird der Binnenmarkt in diesem Bereich nicht zur Entfaltung kommen. Deshalb ist es eine Angelegenheit, die die 28 Mitgliedstaaten betrifft.

Die Weiterentwicklung der Digitalen Agenda muss nicht nur in Deutschland erfolgen, sondern auch im europäischen Maßstab. Unser Ziel muss sein – gerade auch in der Arbeit der neuen Kommission –, dass wir mit amerikanischen Digitaldienstleistern genauso wie mit chinesischen Netzwerkfirmen auf Augenhöhe agieren können. Die Frage ist dann: Sind wir so gut wie die anderen, und können wir hier wirklich in Zukunft Wertschöpfung und Wachstum und Arbeitsplätze für Deutschland, aber auch für ganz Europa generieren?

- (B) Meine Damen und Herren, ein Ende des staatlichen Schuldenmachens ist – ich sagte es schon – kein Selbstzweck, sondern eben Voraussetzung für politische Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft.

Das gilt – zweitens – für die Möglichkeit, die Spitzenstellung unserer Forschungs- und Wissenschaftslandschaft zu erhalten. Sie ist Ergebnis und Erfolg unseres konsequenten Bekenntnisses zu Bildung und Forschung in den letzten Jahren. Ich will noch einmal auf Folgendes hinweisen, weil hier manchmal auch Zerrbilder verwendet werden: Seit 2005 sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung des Bundes um knapp 60 Prozent auf rund 14,4 Milliarden Euro gestiegen. Es ist noch nie so viel Geld für Forschung und Bildung in der Bundesrepublik Deutschland seitens des Bundes ausgegeben worden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir geben nahezu 3 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus. Das ist im Übrigen auch eines der europäischen Vorhaben, das vor 14 Jahren propagiert wurde und heute nur von einer Minderheit der Länder umgesetzt wird. Das hat etwas mit Glaubwürdigkeit und im Übrigen auch etwas mit wirtschaftlicher Stärke zu tun. In dieser Legislaturperiode allein wird die Bundesregierung noch einmal 9 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung zur Verfügung stellen, 3 Milliarden Euro davon für Forschung, etwa für den „Pakt für Forschung und Innova-

- tion“ und für die neue Hightech-Strategie, die wir in der letzten Woche im Kabinett beschlossen haben. (C)

Hier geht es vor allen Dingen um die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft, also um die Anwendung der Entwicklungsergebnisse. Das genau ist die Stärke der neuen Hightech-Strategie. Denn wir wollen nicht nur die Weltmeister im Forschen sein, sondern wir wollen genauso Weltmeister in den Anwendungen sein. Es gibt sehr gute Beispiele für solche Erfolge, die sich insbesondere in den Spitzenclustern zeigen. Ich nenne ein Beispiel aus dem Bereich der Medizin: In der Region Rhein-Neckar entwickelt ein Spitzencluster völlig neue Behandlungsansätze und Medikamente in der Krebsforschung für die sogenannte personalisierte Medizin. Ich habe mir das Krebsforschungszentrum in Heidelberg angeschaut. Es ist faszinierend, wie die Individualisierung der Medizin völlig neue Therapien möglich macht. Ich könnte viele andere solcher Cluster aufzählen. In ihnen spielt sich das ab, was Deutschlands Reputation in der Welt in Forschung und Entwicklung ausmacht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Wichtige ist, dass unsere neue Hightech-Strategie jetzt alle Ressorts miteinbezieht. Damit haben wir einen Gesamtansatz für die Bundesregierung.

- Beim Thema Bildung will ich noch einmal auf die 625 000 zusätzlichen Studienplätze hinweisen, mitgefördert durch den Bund im Rahmen des Hochschulpaktes gemeinsam mit den Ländern. Allein 2015 stehen dafür 2 Milliarden Euro zur Verfügung. Und wir haben einen historischen Schritt gemacht, gemeinsam mit den Ländern – ich meine, beim Thema Bildung können nur gemeinsam mit den Ländern Lösungen gefunden werden, beim Thema Forschung im Übrigen auch –, indem wir jetzt die Übernahme der Kosten des BAföG für Schüler und Studierende durch den Bund zu 100 Prozent vereinbart haben, wodurch wir weitere gesamtstaatliche Verantwortung für die Bildung übernehmen. Wir haben auch die Weichen für die BAföG-Erhöhlungen in den nächsten Jahren gestellt. Und wir werden den Artikel 91 b des Grundgesetzes ändern, damit er eine sehr viel bessere Kooperation von universitären und nichtuniversitären Forschungseinrichtungen möglich macht – etwas, das in anderen Ländern gang und gäbe ist, die die föderalistischen Herausforderungen nicht kennen –, wodurch wir zur Weltspitze aufsteigen können. (D)

Wir werden den Ausbildungspakt weiterentwickeln und auch den Integrationsgipfel in diesem Jahr auf das Thema Berufsausbildung ausrichten. Hier, muss ich sagen, sind wir schon in eine Lage gekommen: So erfreulich die Förderung neuer Studienplätze ist, so sehr müssen wir jetzt schauen, dass wir, wenn zum ersten Mal weniger junge Leute in die Berufsausbildung gehen als ein Hochschulstudium aufnehmen, die zweite Säule unserer Berufsausbildung nicht aus dem Blick verlieren, und werden deshalb die berufliche Ausbildung weiter stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) Wenn immer noch ein viel zu hoher Prozentsatz von Studienanfängern keinen Studienabschluss macht, dann zeigt dies natürlich, dass die Verbindung von beruflicher Bildung und universitärem System ebenso wichtig für die Durchlässigkeit ist; denn wer gar keine Ausbildung hat, ist später gefährdet, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein.

Meine Damen und Herren, solides Haushalten ist – drittens – Voraussetzung für die Erneuerung unserer Infrastruktur. Wir sind uns alle einig: Eine gute Infrastruktur ist von herausragender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Das gilt für die Energienetze im Zusammenhang mit der Energiewende, die wir in den vergangenen Beratungen breit diskutiert haben. Das gilt für die Datenübertragung und die Digitalisierung; dazu habe ich etwas gesagt. Und das gilt natürlich für unser Netz an Straßen, Brücken, Schienen und Wasserwegen. Bei allem Bedarf – das will ich vorweg sagen –, den ich sehe, den alle sehen, muss man sagen, dass Deutschland immer noch eines der besten Verkehrsnetze weltweit hat

(Zuruf der Abg. Jutta Krellmann [DIE LINKE])

und dass das weiter ein starkes wirtschaftliches Pfund unseres Landes ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Hinzu kommt, dass wir im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode 5 Milliarden Euro mehr für den Erhalt und die Modernisierung unserer Verkehrswege vereinbart haben, in diesem Jahr allein 1,1 Milliarden Euro. Die Verkehrsinvestitionen steigen im kommenden Jahr auf rund 11 Milliarden Euro. Zusätzliche Mittel brauchen wir. Sie sollen einmal aus der Weiterentwicklung der Lkw-Maut gewonnen werden. Auch die Einführung einer Pkw-Maut gehört dazu, und das Konzept des Verkehrsministers Dobrindt wird derzeit mit den Ressorts und der Kommission diskutiert und abgestimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind gespannt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Ende des staatlichen Schuldenmachens ist – viertens – Voraussetzung für die Bewältigung des demografischen Wandels und den Erhalt der sozialen Sicherheit, den die Menschen von uns im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft erwarten. Das gilt für das Rentensystem, das Gesundheitssystem, aber auch und gerade für den Bereich der Pflege. Wir wissen, wir werden in Zukunft mehr ältere Menschen und damit auch mehr Pflegebedürftige haben. Das bedeutet völlig neue Herausforderungen für Familien auf der einen Seite, in denen dauerhaft Menschen füreinander Verantwortung übernehmen; das bedeutet auf der anderen Seite aber auch neue Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Die Bundesregierung stellt sich genau diesen Herausforderungen. Es gibt ja nahezu keine Familie in Deutschland, die nicht direkt oder indirekt von dem Thema der Pflegebedürftigkeit berührt wird. Des-

halb ist es ein zutiefst menschliches Thema, das in unserer Gesellschaft gut bewältigt werden muss. (C)

Wir haben die erste Lesung des Pflegestärkungsgesetzes gehabt. Hier geht es um die Weiterentwicklung der Pflege ab 1. Januar. Der Grundsatz heißt: Eine menschenwürdige Pflege muss für alle Menschen, die sie benötigen, auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Das muss für Betreute in Pflegeheimen genauso gelten wie für Betreute in Familien.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb haben wir uns entschlossen – ich glaube, das war richtig –, den Beitragssatz leicht anzuheben. Dadurch werden die Geldleistungen erhöht, und sie können künftig auch flexibler in Anspruch genommen werden. Wir wollen die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Familienpflegezeit vereinfachen. Dadurch erhalten Familien, die zu Hause Angehörige pflegen, mehr Unterstützung. Daran wird zwischen den Ressorts gerade gearbeitet. Die Zahl der Betreuungskräfte in Pflegeheimen wird erhöht. Das bedeutet, dass nicht nur für an Demenz erkrankte Heimbewohner zusätzliche Betreuungskräfte zur Verfügung stehen, sondern für alle Heimbewohner. Das ist eine Entlastung für die Pflegefachkräfte und damit eine Verbesserung der Situation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine menschliche Gesellschaft misst sich auch an ihrem Umgang mit den Schwächsten, mit denen, die unsere Hilfe und Unterstützung brauchen. Das betrifft Menschen, die vor existenzieller Not fliehen. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, nicht wenige auch in Deutschland. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir behutsam und sehr verantwortungsvoll mit dieser Situation umgehen. (D)

(Beifall der Abg. Dr. Eva Högl [SPD])

In diesem Jahr ist die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen weltweit so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Das ist eine riesige Herausforderung. Wir Deutschen wissen aus unserer Geschichte, wie viel Leid mit Flucht und Vertreibung verbunden ist, und deshalb nehmen wir unsere Verantwortung wahr. Innerhalb der Europäischen Union nimmt Deutschland mit großem Abstand die meisten Asylbewerber auf. Das waren im Jahr 2013 127 000, und in diesem Jahr werden es voraussichtlich etwa 200 000 sein. Damit leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag, auch hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisenregionen.

Die steigende Zahl der Asylbewerber in Deutschland stellt natürlich Bund, Länder und Gemeinden vor Herausforderungen bei der Bearbeitung von Asylanträgen wie auch bei der Unterbringung und Versorgung. Deshalb überlegen wir als Bundesregierung gemeinsam mit Ländern und Kommunen, wie wir bei der Planung und Errichtung von Unterkünften rascher zum Ziel kommen. Hier hat die Bundeswehr einen Beitrag zu leisten, und sie leistet ihn auch. Sie bemüht sich, nicht mehr benötigte Liegenschaften oder Teilflächen umgehend an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zurückzugeben. Dadurch können besonders betroffene Landkreise unter-

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) stützt werden. Da engagieren wir uns wirklich mit voller Kraft.

Wir müssen aber auch, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Bearbeitungsdauer bei den Asylverfahren weiter verkürzen, sowohl im Interesse der Schutzsuchenden als auch im Interesse der betroffenen Kommunen. Der Bundestag hat im Haushalt 2014 – ich will daran noch einmal erinnern – 300 neue Stellen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bewilligt. Dadurch konnte im ersten Halbjahr die Zahl der Asylentscheidungen immerhin verdoppelt werden. Angesichts der stark steigenden Asylzahlen brauchen wir natürlich eine weitere Verbesserung; das ist gar keine Frage. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will dies zum Anlass nehmen, denen, die diese Asylverfahren bearbeiten, ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine wirklich anspruchsvolle, schwierige Arbeit. Ich habe größte Hochachtung davor.

- (B) In diesem Zusammenhang lautet eine wichtige Frage: Wie stuft man bestimmte Länder ein? Sie wissen, dass die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten von uns im Bundestag beschlossen wurde. Ich will noch einmal sagen, wie die Lage ist: Wir stehen angesichts der Flüchtlinge aus Syrien und vielleicht auch der Flüchtlinge aus dem Irak vor drängenden Herausforderungen. Wir müssen überlegen: Wie können wir denen, die am meisten Hilfe brauchen, wirklich helfen? 20 Prozent der bisher in 2014 gestellten Asylanträge wurden von Angehörigen dieser drei Staaten gestellt. 1 Prozent dieser Anträge wird genehmigt. Deshalb sind wir in Gesprächen, wie wir auch im Bundesrat eine Zustimmung für die Einstufung dieser Länder als sichere Herkunftsstaaten bekommen können, weil uns das die Möglichkeit gibt, bei weiterhin rechtsstaatlichen Asylverfahren für alle, denen mehr zu helfen, die dringend unsere Hilfe brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ende August haben wir Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz beschlossen, die auch zu einer Entlastung der Kommunen führen werden. Damit haben wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt. Wir brauchen natürlich auch eine europäische Asylpolitik. Auf europäischer Ebene müssen die Lösungen gemeinsam gefunden werden. Dazu gehört, dass sich alle EU-Mitgliedstaaten gegenseitig unterstützen, aber sich nicht gegenseitig die Verantwortung zuschieben. Das ist ein Unterschied. Deshalb wünsche ich unserem Innenminister Thomas de Maizière sehr viel Erfolg bei diesen Gesprächen und begrüße, dass gemeinsam mit den Kollegen aus Frankreich, Großbritannien und Polen hier eine gemeinsame Initiative gestartet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir in diesen Tagen und gerade in dieser Woche über unsere nationalen Herausforderungen beraten, so tun wir dies in einem stark veränderten internationalen

(C) Umfeld. Als wir im vergangenen Jahr die Schwerpunkte der Arbeit unserer Großen Koalition verabredet haben, haben wir überlegt, wie wir das Gedenkjahr 2014 gestalten können, das Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren und die Feiern zum Mauerfall vor 25 Jahren. Wie selbstverständlich erschien es uns da, dass die Völker in Europa im 21. Jahrhundert selbst entscheiden, welchen Weg sie einschlagen wollen, dass ihre territoriale Integrität geschützt ist und die Verabredungen über unsere europäische Sicherheitsarchitektur eingehalten werden. Wie anders verläuft jetzt das Jahr 2014!

Aus dem Wunsch der Ukraine, ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, ist ein tiefgreifender Konflikt mit Russland entstanden. Annexion der Krim, Unterstützung der Separatisten in Donezk und Luhansk durch Russland und aktives Eingreifen durch russische Soldaten und Waffenlieferungen sind nur drei Stichpunkte dieser Entwicklung. Angesichts dieses akuten Konflikts sind wir vor die Frage gestellt: Was haben wir aus der Geschichte gelernt? Was sind unsere Antworten in solchen Konfliktfällen heute? Vier Prinzipien leiten dabei unser Handeln: Erstens. Der Konflikt ist nicht militärisch zu lösen. Zweitens. Die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Vereinigten Staaten von Amerika finden gemeinsame Antworten. Drittens. Die Verletzung der territorialen Integrität eines Landes und seine Destabilisierung nehmen wir nicht hin; deshalb verhängen wir Wirtschaftssanktionen. Viertens. Gleichzeitig arbeiten wir fortwährend für eine diplomatische Lösung des Konflikts. Die Tür zu Verhandlungen ist und bleibt offen. (D)

In diesen Tagen gilt es, den Zwölf-Punkte-Plan der Präsidenten der Ukraine und Russlands umzusetzen. Waffenstillstand und Freilassung von Gefangenen sind hierbei nur zwei Elemente von zwölf Punkten. Vor allem geht es um eine dauerhafte Überwachung des Waffenstillstands durch die OSZE, den Abzug russischer Soldaten und der Waffen aus der Region sowie die freie Entscheidung der Menschen in Donezk und Luhansk über ihren zukünftigen Status. Das alles gehört zusammen.

Neue Sanktionen wurden durch die Europäische Union beschlossen. Jetzt geht es um die Veröffentlichung und damit um das Inkrafttreten. Ich will für die Bundesregierung sagen: Angesichts der gegebenen Lage, die sicherlich eine Verbesserung im Zusammenhang mit den militärischen Aktivitäten mit sich bringt – es ist keine hundertprozentige Waffenruhe, aber immerhin eine Verbesserung; eine Unklarheit über die Erfüllung vieler der anderen von mir genannten Punkte besteht dennoch –, treten wir dafür ein, dass jetzt eine Veröffentlichung dieser Sanktionen erfolgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich hoffe, dass hierüber bald entschieden wird. Ich füge hinzu: Wenn die zwölf Punkte wirklich substanziell erfüllt werden, werden wir die Ersten sein, die die neuen Sanktionen wieder aufheben; denn sie sind kein Selbstzweck, sondern werden immer nur verhängt, wenn sie unvermeidlich sind.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unser Ziel ist vollkommen klar: Wir unterstützen eine Ukraine, die in Frieden und eigener Selbstbestimmung über ihr eigenes Schicksal entscheiden kann, im Übrigen in guter Nachbarschaft mit Russland. Für uns sind gute Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine sowie zwischen Russland und der Ukraine keine Frage eines Entweder-oder – ich habe das im November vergangenen Jahres hier gesagt –, sondern ein Sowohl-als-auch. Dafür arbeiten wir. Ich weiß sehr wohl, dass der Weg zur Überwindung dieser Krise lang und steinig ist. Wir werden auch Rückschläge erleben. Wir brauchen einen langen Atem. Aber ich bin zutiefst überzeugt: So hart die gegenwärtige Situation auch ist, am Ende wird sich die Stärke des Rechts durchsetzen. Das sollte uns ermutigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich war die Lage in der Ukraine auch Thema auf dem NATO-Gipfel in Wales in der letzten Woche. Im Sinne unserer Bündnisverpflichtungen gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages wurde dort einmütig der sogenannte Readiness Action Plan beschlossen. Ziel ist eine deutliche Erhöhung der Reaktions- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses als sichtbarer Ausdruck unserer Solidarität gerade mit unseren baltischen und osteuropäischen Bündnispartnern.

- (B) Deutschland leistet dazu einen Beitrag. Wir erhöhen unseren Bereitschaftsgrad und die Fähigkeiten, indem wir das Multinationale Korps Nordost in Stettin stärken – ein gemeinsamer deutsch-dänisch-polnischer Vorschlag. Es entspricht unserer Philosophie, dass wir planerisch, logistisch und durch Übungen die Voraussetzungen für eine rasche Verlegung größerer Verbände schaffen und dafür eine Fähigkeit zur regionalen Kooperation mit unseren Partnern aufbauen.

Aber es war uns wichtig, dass sich diese Beschlüsse des Gipfels im Rahmen unserer euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur bewegen, also auch der NATO-Russland-Grundakte. Die Prinzipien der NATO-Russland-Grundakte, die Sicherheit des euro-atlantischen Raums auf Basis demokratischer Prinzipien und kooperativer Sicherheit, sind nach wie vor grundlegend. Wir hoffen, dass sie eines Tages alle wieder eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, zeitgleich mit dem Ukraine-Konflikt in Europa mussten wir uns in Wales mit den dramatischen Konflikten in Syrien und im Irak auseinandersetzen. Der Bürgerkrieg in Syrien hat bislang nicht nur fast 200 000 Menschen das Leben gekostet und Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht, die Länder wie Jordanien und Libanon zu destabilisieren drohen, sondern hat auch eine Terrororganisation entstehen lassen, die eine ernsthafte Sicherheitsbedrohung für die gesamte Region und darüber hinaus darstellt: die Terrormiliz IS. Der Kampf gegen IS erfordert ein entschlosse-

nes und ein geschlossenes Vorgehen aller, die sich gegen die Unterdrückung Andersdenkender und gegen die barbarische Vernichtung von Minderheiten auflehnen. Es besteht kein Zweifel: Christen, Jesiden, Turkmenen und andere Minderheiten im Irak stehen vor einer existenziellen Bedrohung. Deshalb ist es richtig, wenn sich ein Bündnis möglichst vieler Staaten dem IS entgegenstellt.

Wir haben in der vergangenen Woche über die Beiträge Deutschlands debattiert. Die Bundesregierung hat sich entschieden, umfassende Hilfe zu leisten. Wir wollen in erster Linie helfen, die Not der Menschen zu lindern, die zu Tausenden vor dem Terror geflohen sind. Wir haben dafür bisher rund 50 Millionen Euro bereitgestellt. 180 Tonnen Hilfsgüter wurden bereits für die Versorgung von Flüchtlingen in den Nordirak geliefert. Wir werden dies fortsetzen und dabei helfen, dass die Notleidenden auch den nahenden Winter vernünftig überstehen können.

Wir haben außerdem entschieden, die Sicherheitskräfte der kurdischen Regionalregierung mit Rüstungsgütern zu unterstützen. Sie kämpfen mit knappsten Ressourcen gemeinsam mit irakischen Sicherheitskräften und flankiert von den USA gegen skrupellose und hochbewaffnete IS-Terroristen. Eine erste Lieferung mit Schutzwesten, Helmen, Funkgeräten und Minenräumausrüstung nach Arbil ist erfolgt, und noch im Laufe des Monats sollen weitere Rüstungsgüter geliefert werden. Dafür haben wir die ausdrückliche Einwilligung der irakischen Zentralregierung und stimmen uns engstens mit internationalen Partnern ab.

- (D) Auch die Bekämpfung des IS wird nicht von heute auf morgen gelingen; sie wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Aber auch dieser Kampf wird am Ende erfolgreich sein, weil er in neuen Bündnissen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Europäischen Union und vieler Partner im arabischen Raum erfolgt. Wir alle, Menschen jedweden Glaubens, bieten den Extremisten und Islamisten gemeinsam die Stirn.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dabei möchte ich noch einmal betonen: Die Terrorgefahr militärisch abzuwehren, ist absolut erforderlich. Aber auch hier gilt: Dauerhafte Stabilität kann nur mit einer politischen Lösung gelingen. Dazu ist die Vereidigung der neuen inklusiven Regierung im Irak am Montag ein erster wichtiger Schritt in eine richtige Richtung. Nun kommt es darauf an – Deutschland wird dabei nach seinen Kräften Unterstützung leisten –, dass die Regierung endlich wirklich alle Bevölkerungsgruppen einbindet; denn nur so wird es zu einer politischen Lösung kommen und das Land stabilisiert werden.

Meine Damen und Herren, wir erleben in diesen Tagen einmal mehr, dass jede Generation den Auftrag hat, stets aufs Neue für ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben der Menschen in Europa und in der Welt einzutreten. Wir erleben einmal mehr, welche Herausforderungen auch wir heute dafür zu bewältigen haben.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) Vorhin haben wir bewegende Worte des polnischen Präsidenten Bronislaw Komorowski gehört. Es ist gar nicht hoch genug einzuschätzen, dass mit ihm ein polnischer Staatspräsident aus Anlass des vor 75 Jahren mit dem Überfall auf Polen von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs hier im Deutschen Bundestag zu uns gesprochen hat. Er hat uns damit eine große Ehre erwiesen. Ich möchte ihm dafür auch ganz persönlich danken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

Bewegend waren seine Worte auch deshalb, weil deutlich geworden ist, dass tiefe, weitreichende Veränderungen zum Guten möglich sind, wenn wir bereit sind, aus der Geschichte zu lernen. Denn das ist doch die epochale Leistung der europäischen Nationen: Versöhnung und darauf aufbauend die europäische Einigung. Trotz Schuldenkrise, trotz anderer ernstzunehmender Probleme dürfen wir nie vergessen, wie wertvoll, wie schützenswert das europäische Modell des Friedens, der Versöhnung und der Freiheit ist.

Die Europäische Union ist zuallererst eine Wertegemeinschaft. Wir haben uns Regeln des Miteinanders gegeben, und wir gehen fair miteinander um – in Frieden und Freiheit und zum Nutzen jedes einzelnen Bürgers. Sie zu schützen und zu stärken ist, so glaube ich, jede Anstrengung wert.

Herzlichen Dank.

- (B) (Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Katrin Göring-Eckardt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, noch vor zwei Jahren haben wir mit den Ukrainern die Fußballeuropameisterschaft bejubelt; heute herrscht dort Krieg. Vor knapp sieben Monaten haben Menschen auf dem Maidan ihren Protest gegen ein autokratisches Regime begonnen. Sie haben es mit dem Leben bezahlt. 3 000 Menschen sind gestorben. Über 1 Million Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Putin hat die Krim besetzt und die Ostukraine, und er stellt damit Europas Werte knallhart auf die Probe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU])

Deshalb ist es gut, dass die EU stärkere Sanktionen beschlossen hat. Wir wollen, dass sie jetzt auch greifen. Der Waffenstillstand ist brüchig. Herr Putin sollte wissen: Die Sanktionen werden nur aufgehoben, wenn er etwas tut, und nicht, wenn er etwas ankündigt. Dafür sind die Sanktionen da, und dafür sind sie gut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist richtig, dass die NATO am Freitag klargemacht hat: Wir werden Putins neuen Imperialismus nicht einfach hinnehmen. Sanktionspolitik und militärische Anstrengungen wirken aber nur dann, wenn sie nicht anderweitig untergraben werden. Dass der Verkauf des Gefechtszentrums von Rheinmetall an Russland widerrufen wurde, ist richtig und zeigt, dass diese Geschäfte umkehrbar sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU])

Das muss auch für alle anderen Rüstungsexporte nach Russland gelten.

Energiepolitik ist Sicherheitspolitik. Umso verständlicher ist es für mich, dass derselbe Wirtschaftsminister, der sich so stark zu den Rüstungsexporten äußert, auf der anderen Seite keinerlei Bedenken hat, wenn Wingas seine Gasspeicher an Gazprom verteilt. Unser Ziel in der Energiefrage muss doch mehr Unabhängigkeit sein, meine Damen und Herren, und nicht mehr Abhängigkeit von Russland; darum geht es.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU])

Wer in diesem Zusammenhang wieder die Leier abspielt, es sei nötig, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, der sei darauf hingewiesen: Unser Beitrag zur NATO beträgt 35 Milliarden Euro; damit liegen wir an zweiter Stelle. Hier fehlt es nicht an Geld. Hier könnte definitiv zurückgeschraubt werden bei der Kalter-Krieg-Rhetorik und der Symbolik des Generalsekretärs – das ganz bestimmt. Die unbequeme Wahrheit ist: Die aktuell laufenden Rüstungsprojekte in Deutschland sind seit Vertragsabschluss um 4,3 Milliarden Euro teurer geworden, und sie haben alles in allem 1 400 Monate Verspätung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hatten einmal angekündigt, die Bundeswehrreform würde zu Einsparungen führen. Aufstockungen und Verteuerungen sind das Gegenteil.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den letzten Wochen und Monaten wurde viel darüber geredet, Deutschland solle mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. In der vergangenen Woche haben wir hier im Parlament über die Lieferung von Waffen diskutiert. Ich bin sehr froh, dass wir diese Debatte angeregt haben; denn eine Lieferung von Waffen ist nun wirklich kein Verwaltungshandeln. Jetzt ist Deutschland Teil einer Koalition gegen ISIS. Frau Bundeskanzlerin, ich frage Sie – auch nach Ihrer Rede jetzt –: Was genau soll eigentlich die deutsche Rolle sein? Wie sollen die regionalen Akteure beteiligt werden? Nein, mit Waffenlieferungen und mit humanitärer Hilfe haben wir noch längst nicht alles getan. Sich für eine politische Lösung einzusetzen, heißt mehr. Das heißt, über Konzepte zu reden, und zwar auch in der Öffentlichkeit, und auch, mit den europäischen und den NATO-Partnern über friedliche, politische Lösungen zu debattieren. Wir befinden uns nämlich in einer neuen Phase, und die wird schwer



Katrin Göring-Eckardt

- (A) und anstrengend werden. Ich verlange von Ihnen, dass Sie hier, in aller Öffentlichkeit, darüber sprechen, wie Sie sich vorstellen, wie dieser Konflikt befriedet werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es mag kleinteilig klingen; aber ich sage Ihnen trotzdem: Es ärgert mich, dass Waffen im Wert von 70 Millionen Euro geliefert wurden, während für humanitäre Hilfe nur 50 Millionen Euro ausgegeben wurden. Das ist ein Ungleichgewicht, das uns nicht ansteht. Wir akzeptieren das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir auch nicht, weil es anders kommt!)

– Wenn es anders kommt, Herr Kauder, dann sind wir gerne dabei; aber der Vorschlag, den Sie gemacht haben, beinhaltete dieses Ungleichgewicht. Ich finde, das zeigt auch, dass die Aufmerksamkeit auf dem falschen Punkt lag. Das finde ich mehr als bedauerlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vor genau 25 Jahren wurde das Neue Forum gegründet. Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Biografie und mit ganz unterschiedlichen politischen Vorstellungen wurden durch die Überzeugung verbunden, dass die Diktatur überwunden werden muss. Die Bürgerinnen und Bürger in der DDR haben sich ihre Freiheit mit friedlichen Mitteln erobert, und nicht nur die in der DDR. Ich bin sehr froh, dass wir heute gesehen haben, dass es nicht nur in Deutschland eine friedliche Revolution gab, sondern dass es eine osteuropäische Friedensbewegung war. Das war eine gewaltige Leistung. Ich glaube, wir verstehen erst heute, dass die Friedfertigkeit dieser Revolution keine Selbstverständlichkeit war. Sie war vielmehr eine Anstrengung und ein großes Geschenk.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Bundeskanzlerin, Sie und ich, wir beide haben diesen Umbruch erlebt, wenn auch sicherlich ganz unterschiedlich; aber wir haben dabei erlebt: Demokratie lebt von der Debatte und entsteht im Wettstreit von Meinungen. Es ist nichts Schlechtes dabei, um Positionen zu ringen. Es ist auch nichts Schlechtes dabei, sich zu korrigieren. Das ist das Wesen von Demokratie. Es geht um den friedlichen Wettstreit der Meinungen. Über den Kontrast und die Alternativen, über die wir reden müssen, werden die Bürgerinnen und Bürger in Wahlen entscheiden. Es ist eben nichts alternativlos, und es ist bitter, anzusehen, wie Sie es zulassen, dass jene Kräfte stärker und stärker werden, die sich von rechts als Alternative für Deutschland darstellen. Wir brauchen diese Auseinandersetzung, und dazu gehört es, dass man sagt, was man will, und dass man klarmacht, was man nicht will. Diese Alternative wollen wir jedenfalls nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben hier eine überwältigende Mehrheit, und noch stehen wir wirtschaftlich gut da. Warum nutzen Sie diese Chance nicht – wir leben in einem Land, das vor gewaltigen Integrationsanstrengungen steht; Sie haben darüber gesprochen – für eine Debatte über die Zukunft unseres Landes in Europa und in einer Welt der Krisen? Meine Damen und Herren, uns geht es heute gut. Jetzt wäre der Moment, an den Fundamenten für die Zukunft zu bauen. Doch die Bundesregierung deckt auf der einen Seite den Mantel des internationalen Krisenmanagements über die innenpolitischen Notwendigkeiten, und auf der anderen Seite gibt es Trippelschritte. Die Geschenke sind verteilt, die Luft ist raus. Es gibt Streit um die Maut, in der Wirtschaftspolitik verfallen Sie nur noch ins Klein-Klein, und es erfolgt Dienst nach Vorschrift. Sie nähern sich schon fast – jedenfalls fällt mir das auf – dem Niveau der schwarz-gelben Bundesregierung.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Schon beschimpft man sich gegenseitig mit „Kleingeister“, „Rumpelstilzchen“ und „Pipifax“. Herr Seehofer hat gerade das Ende der „Schonzeit“ angekündigt. Ich bin keine Jägerin; aber die Schatten der Wildsäue sind anscheinend nicht weit. Viel Erfolg bei der Treibjagd mit der CSU!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland lebt von der Substanz; das sieht jeder. Es bröckelt dahin: kaputte Schulen, Universitäten, in denen es von der Decke tropft, Schwimmhallen und Bibliotheken, die schließen, Sportplätze, auf denen das Gras auf der Tartanbahn wächst,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Alles in kommunaler Verantwortung!)

Straßen, auf denen jede Achse bricht, und Brücken, deren Pfeiler bröseln. Was macht der Finanzminister? Der Finanzminister schuldet um. Herr Schäuble, Sie holen sich das Geld heute nicht mehr von den Banken, Sie holen es sich von den Krankenkassen und der Rentenversicherung.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Ach! Wo denn?)

Sie holen es sich auf Kosten der Zukunft und der Investitionen, die Sie nicht tätigen. Diese Politik ist falsch und zukunftsvergessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, das hat auch nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun. Das ist das Gegenteil davon. Welches Land und welchen Planeten überlassen wir eigentlich den kommenden Generationen? Dass Sie keine Schulden mehr bei den Banken machen, ist doch nicht entscheidend. Dass die Sozialsysteme funktionieren, dass die Infrastruktur in Ordnung ist, dass wir in Bildung investieren, das gehört dazu, und das verlange ich von Ihnen als einer verantwortungsvollen Regierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katrin Göring-Eckardt

- (A) Sie haben 111 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Das sind 111 Milliarden Euro, die Sie nicht sparen. Das sind 111 Milliarden Euro, die Sie nicht investieren. Das sind 111 Milliarden Euro, die Sie verbraten. Ihre ganze Bilanz basiert auf einer Wette auf eine gute Konjunktur. Bleibt sie gut, dann verschulden Sie sich nur bei den Sozialkassen; wird sie aber schlecht, dann werden Sie wieder Geld bei den Banken aufnehmen. Ehrlich gesagt: Die schwäbische Hausfrau, der ehrbare Kaufmann aus Hamburg, aber auch der junge Start-up-Unternehmer in Thüringen, der Risikokapital braucht, reiben sich die Augen, wenn sie an so viel wirtschaftliche Unvernunft und eine so kurzsichtige Wirtschaftspolitik denken. Ich finde, die Menschen in Deutschland, denen es jetzt noch gut geht, haben eine Regierung verdient, die auch einmal über den Tag hinauschaut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Deutschland braucht Ideen, Innovationen und Investitionen. Sie haben heute lange über die Herausforderungen der digitalen Welt gesprochen. Es war ein bisschen mühsam, zuzuhören und zu verstehen, über welchen Bereich Sie eigentlich gerade geredet haben, weil Sie immer davon gesprochen haben, dass man das so und so sagt und meint. Ehrlich gesagt: Wenn man sich Ihre digitale Agenda anschaut, Frau Merkel, Herr Dobrindt, dann hat man nicht den Eindruck, dass Sie an einer ganz großen Sache für die Zukunft arbeiten. Es erscheint eher wie Copy-and-Paste von ein paar Textbausteinen, die Sie zusammengesucht haben. Sie haben noch nicht einmal das verwendet, was die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages in der letzten Legislaturperiode erarbeitet hat. Damit wären Sie aber drei Schritte weiter gewesen.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre digitale Agenda ist nichts weiter als eine müde und lahme Eintagsfliege. Sie müssen endlich in den Ausbau des Breitbandnetzes für die mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum, die dies dringend brauchen, investieren und dürfen dies nicht immer weiter nach hinten verschieben. Diese wirtschaftlichen Investitionen werden wirklich gebraucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig bröckeln die Straßen und die Brücken. Aber das Geld für die Reparatur fehlt wahrlich nicht wegen der Maut. Was von der CSU einmal als Watschen für die Österreicher und Tschechen gedacht war, erweist sich jetzt als Komplettwatschen für die Bundesregierung. Herrn Dobrindt glühen jetzt schon die Ohren: rechtlich fragwürdig, finanziell unrentabel und am Schluss bürokratisch ohne Ende, eine Abzocke der Bürger. Die Maut vernebelt schlicht und ergreifend, dass Ihnen ein Plan fehlt, wie Sie die notwendigen Investitionen in Deutschland angehen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann doch nicht ernsthaft sein, dass man nicht repariert, sondern lieber neu baut. Es kann doch nicht ernsthaft sein, dass man sich Direktmandate in Bayern sichert, indem man Bänder zur Eröffnung einer teuren

Umgehungsstraße durchschneidet, statt dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur erhalten bleibt. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, auf sieben fette Jahre sind noch immer sieben magere Jahre gefolgt. Das steht schon im Buch Genesis. Dort heißen die mageren Jahre allerdings nicht einfach „magere Jahre“, sondern „teure Jahre“. Genau so wird es kommen: Es wird teuer für die Kommunen, es wird teuer für die Bürgerinnen und Bürger, und es wird verdammt teuer für die kommende Generation.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nach sieben Jahren Rot-Grün kamen aber fette Jahre! – Max Straubinger [CDU/CSU]: Zuerst die mageren Jahre!)

Die Politik Ihrer Regierung lässt sich im Moment nur folgendermaßen zusammenfassen: außen Krise, innen Maut.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das waren sieben magere Jahre, als ihr regiert habt!)

Ich frage mich: Wann nehmen Sie sich eigentlich die ganz großen Fragen vor? Sie haben heute über Migration geredet; dazu komme ich gleich. Wie ist es mit dem Klimaschutz? Das ist eine der zentralen Fragen, um die es geht. Wir wissen nicht erst seit Nicholas Stern, dass es uns alle teuer zu stehen kommt, wenn wir nicht in den Klimaschutz investieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland. Unser Land wird die Klimaziele nicht erreichen. Ehrlich gesagt, das ist mir peinlich, wenn ich im Ausland unterwegs bin. Wir waren in Sachen Klimaschutz einmal ganz vorne; wir waren Vorbild. (D)

Dazu passt, dass Sie noch nicht einmal zum Klimagipfel reisen werden.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Peinlich!)

Wenn sich alle Staats- und Regierungschefs zusammensetzen und über Klimaschutz reden, wird der Platz der deutschen Bundeskanzlerin frei bleiben. Das zeigt, dass Sie diese zentrale Zukunftsfrage, über die Sie einmal gesagt hatten, sie sei Ihnen wichtig, aus Ihrem Konzept verbannt haben. Wenn wir auf diesem Gebiet nichts tun, dann versündigen wir uns an uns selbst. Dann versündigen wir uns an den Menschen, die am anderen Ende der Welt inzwischen zu Klimaflüchtlingen geworden sind, und erst recht an unseren Kindern und Kindeskindern. Deswegen sage ich: Kehren Sie um!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir brauchen endlich ein Klimaschutzgesetz, das diesen Namen auch verdient. Aber im Moment verhindert das die große Kohlekoalition. In Brandenburg kann man das ganz gut sehen: SPD, CDU und Linke sind vereint in der großen Kohlekoalition. Das ist Politik nicht des letzten, sondern des vorletzten Jahrhunderts. Kohle ist dreckig und ineffektiv. Zuletzt baggern Sie den Menschen

**Katrin Göring-Eckardt**

- (A) ihre Heimat weg, ihre Dörfer, und zwar ohne Rücksicht auf Verluste. Ich sage Ihnen ganz klar: Hören Sie mit dieser rückwärtsgewandten Politik auf! Klimaschutz ist das nicht und ernsthafte Politik auch nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland ist nicht mehr das Land, das ich 1989 kennengelernt habe. Wir sind ein Einwanderungsland geworden. Das hat uns gutgetan. Das ist auch keine Romantik, sondern das Leben in Deutschland: Da ist der Arzt aus Indien im Landkrankenhaus. Da ist das syrische Mädchen in der Kindertagesstätte. Da ist die weißrussische Pflegekraft bei der Großtante. – Diese Entwicklung wird weitergehen – wir können uns darüber freuen –, aber uns auch viel abverlangen.

Angesichts der aktuellen Entwicklung will ich hier vor allem auf die Situation der Flüchtlinge eingehen. Seit Monaten habe ich keine Nachrichtensendung mehr gesehen, in der nicht die außenpolitischen Krisen an erster Stelle standen. Die Welt ist im Wandel, und wir sind mittendrin. Wir können die Augen nicht mehr davor verschließen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Machen wir ja auch nicht!)

Es hilft auch nicht, wieder zu betonen, dass wir doch schon viele Flüchtlinge aufnehmen. Wir können mehr aufnehmen, wir sollten mehr aufnehmen, und wir müssen auch mehr aufnehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Das Gute in diesem Zusammenhang ist doch, meine Damen und Herren, dass wir in unserem Land eine hohe Bereitschaft zu helfen und eine Solidarität gegenüber Flüchtlingen erleben, wie es sie bisher kaum gegeben hat. Aber natürlich stellt die angemessene Unterbringung dieser Menschen Länder und Kommunen vor große Herausforderungen – ja. Aber wer bitte soll sie denn bewältigen, wenn nicht ein Land, dem es so gut geht wie unserem?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zynische Forderung: „Wer betrügt, der fliegt!“, zeigt hier ihre ganze Perfidität. Die Menschen haben Gründe für ihre Flucht, und sie nehmen unendliche Risiken auf sich, um bei uns Schutz zu suchen. Jeder Mensch, der hierherkommt und Asyl beantragt, hat ein Recht darauf, dass sein Antrag sorgfältig und im Einzelnen geprüft wird. Das Asylrecht ist ein Grundrecht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Verfolgung, die Diskriminierung der Menschen auf dem Balkan kann und darf nicht leichter wiegen als die eines Menschen aus einem anderen Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können uns nicht noch einmal schuldig machen an den Roma dort und an den Sinti und Roma hier. Die Ehrlichkeit gebietet es, finde ich, das auch auszusprechen. Von jemandem, der keine Schule besuchen kann, der

- keine Aussicht hat, jemals einen Beruf zu ergreifen, der (C)  
Anfeindungen und Gewalt begegnet, und zwar wegen  
seiner Herkunft, weil er zu einer bestimmten Gruppe ge-  
hört, kann man nicht sagen, dass er in einem sicheren  
Land lebt, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Not solcher Menschen gegen die Not anderer auszuspielen, ist auch geschichtsvergessen.

Wenn Sie genau hinschauen würden – und zwar ohne Populismus –, dann würden Sie angesichts der Anzahl der Menschen, um die es hier geht, sehen, dass es mitnichten irgendeine Erleichterung bringen würde, wenn sie nicht hier wären. Nehmen Sie die Situation der Roma in den Balkanstaaten endlich ernst, und betrachten Sie sie als das, was sie oft genug ist: ein Grund zu fliehen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich sage Ihnen auch: Für die Flüchtlinge, die aus dem Irak, aus Syrien, aus Afrika kommen, ist es elementar, dass sie hier arbeiten dürfen. Das ist übrigens auch gut für die Kommunen und für die Unternehmen. Es wäre besser, menschlicher und angemessener, wenn Menschen, die vor Krieg fliehen mussten, aber gestern noch ganz normal – so wie wir – gelebt haben, in einer Wohnung mit Wohnzimmer und Küche, mit einem kleinen Auto vor der Tür und zwei Kindern, endlich eine ausreichende, menschenwürdige medizinische Versorgung bekommen.

- (D)

Wo Sie doch so gern von Bürokratieabbau reden: Das Asylbewerberleistungsgesetz ist und bleibt diskriminierend. Aber es ist auch eine riesige bürokratische Krake. Sie können in diesem Zusammenhang noch so viele Leute einstellen – Sie könnten viel mehr erreichen, wenn dieser Quatsch endlich abgeschafft würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich Ihnen klar: Legen Sie ein Verhandlungsangebot vor, aber keines, mit dem wir die einen gegen die anderen ausspielen. Wir müssen vielmehr darüber reden, wie es möglich ist, Flüchtlingen in einem Land, dem es gut geht, eine Heimat zu geben, weil ihre verloren ist. Das ging nach dem Zweiten Weltkrieg. Meine Großmutter konnte davon erzählen. Sie sollten es nicht riskieren, dass Ihre Enkel irgendwann einmal Grund zu der Frage haben: Warum habt ihr diesen Menschen nicht geholfen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ja, das ist anstrengend. Aber ich biete Ihnen ausdrücklich an, dass wir diese Anstrengung gemeinsam tragen, wenn nicht von den Grundsätzen abgewichen wird, dass das Recht auf Asyl ein Grundrecht ist und es nicht Flüchtlinge verschiedener Kategorien gibt. Es muss der Grundsatz gelten, dass alle Flüchtlinge Menschen wie du und ich sind, aber in großer Not. Es geht um Haltung und um Hilfe. Dazu braucht es Geld, und es

**Katrin Göring-Eckardt**

- (A) wird Fantasie brauchen. Hilfsbereitschaft ist schon da, und ich bin den Menschen außerordentlich dankbar dafür. Es wird auch Kompromisse brauchen, zum Beispiel bei der Art der Unterbringung. Was wir aber nicht brauchen, ist, dass jetzt wieder der Stammtisch bedient wird, die extremen Rechten und auch die von der angeblichen Alternative. Das können wir gemeinsam schaffen, wenn Sie wirklich wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Natürlich kann man an einem solchen Tag nicht zum Thema der Bekämpfung des politischen Islamismus schweigen. Zehn Jahre hat die Bundesregierung vor allem auf eines gesetzt: auf Repression. Strafrechtsverschärfung und Überwachung sind aber zu wenig. Das wissen wir alle.

Es reicht jetzt offensichtlich, dass sich ein paar junge Männer Warnwesten anziehen, durch die Wuppertaler Innenstadt ziehen und sich gerade noch so verhalten, dass es keine Volksverhetzung oder Nötigung ist, und schon ist Ihr Ansatz ad absurdum geführt. Sie gehen denen doch auf den Leim. Dieser PR-Trick hat wunderbar funktioniert. Die Moschee der islamistischen Westenträger aus Wuppertal ist angeblich voll. Das ist die Gefahr.

- (B) Sie sind zweifelsfrei mit Ihrer Art gescheitert. Dabei könnten Sie wissen, wie man Extremismus richtig bekämpft: mit Prävention bzw. Vorbeugung. Aber genau das passiert eben nicht. Was brauchen wir denn? Wir brauchen Aufklärung an Schulen, vor allem Islamunterricht. Wir brauchen auch Beratungsangebote für Familien. Es ist doch irre, dass den Eltern, die das Verhalten ihrer Kinder häufig genug missbilligen, nur eine Hotline beim Verfassungsschutz zur Verfügung steht – also bei der Institution, die bei der Aufklärung der NSU-Mordserie komplett versagt hat. Professionelle Prävention geht anders, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

Es ist auch ein wirksames Aussteigerprogramm notwendig. Von ISIS, seiner einfachen Ideologie und seiner aufwendigen Medienstrategie geht für eine Minderheit junger Menschen eine gefährliche Faszination aus, der man nicht mit Strafandrohungen begegnen kann. Hier muss die Bundesregierung ansetzen. Aber ich sage ganz klar: Dazu gehören auch die Verbände und die Gemeinden. Das wird nicht ohne die Zivilgesellschaft gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Erwartungen an gutes Leben in unserem Land haben sich geändert. Das gilt besonders dann, wenn es um Gesundheit und um Essen geht. Deswegen brauchen wir dringend eine andere Strategie in unserer Landwirtschaft. Eigentlich sind Sie immer gerne die Heimatpartei. Mit Ihrer Landwirtschaftspolitik zerstören Sie die Heimat allerdings.

Sie haben in den vergangenen Jahren versucht, die deutsche Landwirtschaft komplett auf Industrialisierung und Export zu drillen, statt auf regionale Strukturen und

- die Betriebe zu setzen, die anständig produzieren. Na klar, ich liebe Thüringer Bratwurst. Aber ich will mir doch beim Essen nicht vorstellen müssen, dass dem Schwein der Schwanz abgeschnitten wurde und dass die Schweine Hunderte von Kilometern durch das Land gefahren wurden. Ich will mir auch nicht vorstellen müssen, dass ich gerade Antibiotika mitesse, obwohl weder das Schwein noch ich krank sind. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist eine infame Unterstellung gegenüber der deutschen Landwirtschaft, was Sie da machen! Unerträglich!)

Deswegen sage ich ganz klar: Es muss Schluss sein mit dieser Art der industriellen Massentierhaltung. Es muss Schluss sein mit dieser Art von Produktion. Der Fleischkonsum ist nicht gestiegen, sondern gesunken. Dass über ein Drittel der Rindertransporte in Deutschland inzwischen beanstandet wird, zeigt, wo wir stehen. Sie haben dafür gesorgt, dass ein Drittel der Fördermittel aus Brüssel an gerade einmal 2 Prozent der Unternehmen geht. Das ist absurd, und es ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau!)

- Dieser Haushalt ist zum Selbstzweck geworden. Er ist eher eine PR-Aktion. Vielleicht entspricht er irgendwelchen Umfrageergebnissen, die Sie in der vergangenen Wahlperiode für 11 Millionen Euro in Auftrag gegeben haben. Jetzt ist dieser große Vertuschungsballon geplatzt. An dieser Stelle waren Sie mit dem Datenschutz ziemlich klar. Ich bin sehr froh, dass Malte Spitz entsprechende Hartnäckigkeit an den Tag gelegt und gezeigt hat, was Sie alles abfragen. Ehrlich gesagt, ist das schon ziemlich krass. Den Schülern ist es wichtig, wie viele Freunde sie bei Facebook haben. Sie zielen auf ein Ranking der Bundesminister und fragen das bei der Bevölkerung ab. Kriegt man dafür Bonuspunkte, oder hat man in Ihrem Kabinett ein Gesetz frei, wenn man dabei gewonnen hat? (D)

(Zuruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Wer so arbeitet und regiert, dem geht es vor allem um sich selbst. So sieht dann auch der Haushalt aus:

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Haushalt ohne Gestaltungswillen und ohne Zukunftswillen. Es ist ein Haushalt auf Kredit bei der Zukunft. Ich kann Sie nur auffordern: Ändern Sie das, wenn Sie hier noch einmal von Generationengerechtigkeit sprechen wollen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die SPD-Fraktion spricht Thomas Oppermann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Vorschusslorbeeren!)

**(A) Thomas Oppermann (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Waffenstillstand, der am vergangenen Freitag für die Südostukraine vereinbart worden ist, ist zwar noch immer brüchig. Wenn es aber gelingen sollte, diese Feuerpause dauerhaft zu stabilisieren, dann wäre das nicht nur eine Chance für eine politische Lösung, sondern es wäre vor allem auch ein Ende des unerträglichen Leids der Zivilbevölkerung. Ich wünsche von ganzem Herzen, dass es bei dieser Feuerpause bleibt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte mich bei der Bundeskanzlerin und dem Bundesaußenminister dafür bedanken, dass sie wochen- und monatelang unermüdlich auf direkte Gespräche und die bereits erwähnte Feuerpause hingearbeitet haben. Das ist immer die Voraussetzung für politische Lösungen. Ich habe gerade eine Agenturmeldung gelesen, wonach Präsident Poroschenko berichtet, dass 70 Prozent der russischen Streitkräfte aus dem Gebiet der Ukraine abgezogen seien.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die waren doch gar nicht da!)

Wenn diese Meldung zutreffen sollte, dann wäre das sicherlich eine Bewegung in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

**(B) Dass dieser Waffenstillstand zustande kam, hat auch damit zu tun, dass auf dem NATO-Gipfel in der vergangenen Woche eine entschiedene, aber maßvolle Antwort auf die Situation in der Ukraine gefunden wurde. Alle 28 NATO-Mitglieder haben bekräftigt, dass sie füreinander eintreten. Jedes einzelne NATO-Land kann nur in Sicherheit leben, wenn alle anderen NATO-Länder ebenfalls in Sicherheit leben. Die Europäische Union und die NATO stehen fest zusammen. Das ist, glaube ich, eine gute Botschaft für unsere östlichen NATO-Partnerländer.**

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jeder, der heute Morgen die bewegende Rede von Präsident Komorowski gehört hat, kann nachvollziehen, dass die Polen und die Balten in großer Sorge sind. Ich muss sagen: Andere haben jahrzehntelang Verantwortung für uns Deutsche, für unsere Sicherheit übernommen. Dann ist es ganz selbstverständlich, dass wir jetzt ebenfalls Verantwortung für andere übernehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es war aber auch richtig, maßvoll zu handeln, an der NATO-Russland-Grundakte festzuhalten und keine NATO-Kampftruppen in Osteuropa dauerhaft zu stationieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zwar hat Putin gegen den Geist dieser Vereinbarung verstoßen. Aber in einer Zeit, in der wir auf die Einhaltung des Völkerrechts sowie die Einhaltung bestehender Verträge dringen, ist es nicht klug, selbst bestehende Verträge aufzukündigen. Stattdessen hat die EU weitere Sanktionen beschlossen bzw. vorbereitet, die bei Bedarf in Kraft treten können und die russische Entscheidungselite sowie die russische Wirtschaft empfindlich treffen bzw., soweit sie noch umgesetzt werden müssen, treffen können. Es ist gut, dass es dabei immer eine offene Tür für Russland gibt. Manche halten diese Maßnahmen für nicht ausreichend und fordern härtere Maßnahmen. Ich warne davor, die Wirkungen der Sanktionen kleinzureden und sich über diplomatische Mittel zur Lösung der Krise verächtlich zu äußern, wie das teilweise geschieht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diesen Stimmen sollten wir nicht nachgeben; denn dieser Konflikt kann – darüber besteht in der NATO große Einigkeit – nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden. Wir sollten uns nicht dazu hinreißen lassen, aufzuhören, miteinander zu reden. Wir sollten nichts tun, was dazu führt, dass nicht mehr miteinander geredet werden kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Oppositionsführer Gregor Gysi hat heute eine bemerkenswerte Rede gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Lieber Herr Gysi, Ihre Rede hatte einen roten Faden und als einzigen Tenor: Die Bundesregierung macht alles falsch, und Herr Gysi hat immer recht.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben nur am Ende Ihrer Rede einen kleinen Fehler gemacht, als Sie gesagt haben: Ich will nicht rechthaberisch sein. – Mit diesem Satz haben Sie sich nämlich vom gesamten Inhalt Ihrer Rede selbst distanziert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie hätten beim Mindestlohn recht gehabt und sich dafür rühmen,

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Ja! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wohl zu Recht!)

dann kann ich Sie nur fragen: Wo waren Sie denn, als wir vor zwei Monaten über den Mindestlohn abgestimmt haben?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Wo waren Sie vor zehn Jahren? Zehn Jahre haben Sie blockiert!)

Sie haben dem Mindestlohn nicht zugestimmt. Wenn alle sich so wie die Linke verhalten hätten, dann gäbe es

**Thomas Oppermann**

- (A) heute keinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro in Deutschland. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Zehn Jahre haben Sie es abgelehnt!)

Sie haben hier auch einiges über TTIP erzählt. Manches davon haben Sie aus aktuellen Debatten aufgegriffen, aber einiges war auch Unfug.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das war gewaltiger Unfug! – Gegenruf der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Nein! Es passt Ihnen bloß nicht!)

Ich will Ihnen einmal sagen, welche Maßstäbe ein Freihandelsabkommen erfüllen muss.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Oppermann, gestatten Sie vorher eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Matthias W. Birkwald?

**Thomas Oppermann (SPD):**

Ja, gern.

**Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin, vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender, dass Sie die Frage zulassen.

- (B) Sie haben eben eine Bemerkung zum gesetzlichen Mindestlohn gemacht und kritisiert, dass Gregor Gysi darauf hingewiesen hat, dass es ohne die Linke den Mindestlohn heute nicht gäbe.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Richtig!)

Ich will Sie darüber in Kenntnis setzen, dass es einen Bundesparteitag der SPD gab, auf dem die heutige Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, für einen Mindestlohn als Position der SPD geworben hat und es Franz Müntefering war, der dem Parteitag empfohlen hat, diesen Vorschlag abzulehnen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wahrscheinlich hatte der Müntefering recht!)

Das Ganze geschah zu einem Zeitpunkt, als die Linke schon längst für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland gekämpft hat. Wir haben damit in unserer Partei 1995 begonnen und haben damals auch in der eigenen Partei Schwierigkeiten gehabt. Ab dem Jahr 2000 hat unsere Vorgängerpartei PDS eine Kampagne für den gesetzlichen Mindestlohn gemacht. Im Jahr 2002 hat die Linke den ersten Antrag für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in den Bundestag eingebracht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wahnsinnig!)

Die SPD hat damals immer Nein gesagt.

Damit wir uns nicht missverstehen: Ich freue mich sehr, dass heute die SPD und sogar die CDU/CSU und einige wenige Kollegen, die diesem Hause jetzt nicht mehr angehören, und sämtliche Gewerkschaften dafür sind. Aber zur Wahrheit gehört schon, zu sagen, wer

begonnen hat, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, das anzuerkennen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

**Thomas Oppermann (SPD):**

Lieber Herr Kollege, wenn Sie sich wirklich freuen würden, dass es heute einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, dann hätten Sie vor zwei Monaten mit Ja stimmen müssen und nicht mit Enthaltung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN)

Wenn Sie an der historischen Wahrheit interessiert sind, dann müssen Sie die Debatte über den Mindestlohn in Deutschland auch korrekt darstellen. Zur Wahrheit gehört nämlich, dass vor 2005, als die SPD den Mindestlohn in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat, es in den Gewerkschaften eine heftige Kontroverse über diese Frage gab und mehrere DGB-Gewerkschaften die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns abgelehnt haben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie machen nur, was die Gewerkschaften sagen? – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Ihr habt es auch danach abgelehnt!)

Das war eine offene Debatte. An dieser Debatte haben wir teilgenommen und daraus die richtige Schlussfolgerung gezogen. Am Ende ist entscheidend, dass wir den Mindestlohn umgesetzt haben. Sie haben dabei gefehlt. (D) Das war ein historischer Fehler, den Sie gemacht haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Sie waren zehn Jahre zu spät!)

Herr Gysi, noch ein Wort zu TTIP. Auch damit haben Sie sich ausführlich beschäftigt. Ich kann Ihnen sagen: Es wird kein Freihandelsabkommen geben, das die Rechte des demokratischen Gesetzgebers, verfassungskonforme Gesetze zu erlassen, in irgendeiner Weise beeinträchtigt. Ich sage Ihnen: Es gibt nur Freihandelsabkommen, bei denen jeder Investor in Deutschland die verfassungsgemäßen, gesetzlichen Regeln voll zu beachten und zu respektieren hat. Etwas anderes kann es gar nicht geben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Und was ist mit den Schiedsgerichten? – Jutta Krellmann [DIE LINKE]: Was ist das für eine Aussage?)

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist gut. Wir hatten im Juli einen Ausfuhrrekord: Waren im Wert von über 100 Milliarden Euro wurden exportiert. Die Zahl der Beschäftigten steigt weiter. Wegen guter Lohnabschlüsse mit kräftigen Steigerungen haben wir auch eine starke Binnennachfrage. Aber der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wird, wenn er nicht beigelegt wird, auch an unserer Wirtschaft nicht spurlos vorbeigehen. Es gibt

Thomas Oppermann

- (A) Unsicherheit über Investitionen, weswegen Investitionsentscheidungen aufgeschoben werden. Wir haben im August gesehen, dass das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2014 etwas schwächer ausgefallen ist.

Die Entwicklung zeigt: Wirtschaftlicher Erfolg kommt nicht von selbst. Wir müssen aktiv dafür arbeiten, dass die wirtschaftliche Stärke Deutschlands erhalten bleibt.

Ausdruck dieser wirtschaftlichen Stärke ist, dass wir diesen Haushalt verabschieden können – zum ersten Mal seit 46 Jahren einen Haushalt ohne neue Schulden. Das ist eine historische Zäsur.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

46 Jahre lang haben wir immer nur neue Schulden aufgetürmt. Jetzt schaffen wir einen ausgeglichenen Haushalt. In Spitzenzeiten hatten wir eine Zinsbelastung von 40 Milliarden Euro. Das hat die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens drastisch eingeschränkt. Nur ein Staat, der finanziellen Spielraum hat, kann investieren, kann gestalten und kann für sozialen Ausgleich sorgen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Deshalb ist es gut, dass wir jetzt einen ausgeglichenen Haushalt haben. Das ist auch eine gute Botschaft an die jungen Menschen in diesem Land: Wir wollen keine Politik zulasten der künftigen Generationen mehr machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jutta Krellmann [DIE LINKE]: Das macht ihr aber doch!)

Aber der Haushalt enthält auch andere Botschaften. Wir entlasten die Länder beim BAföG, damit sie mehr in Bildung investieren können. Wir entlasten die Kommunen um weitere 1 Milliarde Euro jährlich im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz. Mit der Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung sind das jetzt 5,5 Milliarden Euro Entlastung. Wir investieren 6 Milliarden Euro in dieser Wahlperiode in Forschung und Entwicklung. Außerdem investieren wir in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in dieser Wahlperiode insgesamt 5 Milliarden Euro. Das alles sind Schritte in die richtige Richtung, aber sie reichen nicht aus, um die gewaltigen Investitionsprobleme in diesem Lande zu lösen.

Der Investitionsstau ist leider keine Erfindung der Medien, sondern ein real existierendes Problem unserer Volkswirtschaft. Im Bereich der öffentlichen Infrastruktur investiert Deutschland 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also 20 Milliarden Euro pro Jahr weniger als der Durchschnitt der OECD-Länder.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann ändern Sie doch etwas daran!)

- (C) Die getätigten Investitionen reichen nicht aus, um das abzudecken, was jährlich durch Verschleiß verloren geht.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Mit anderen Worten, wir leben von der Substanz. Allein im Verkehrsbereich müssten in Deutschland nach den unbestrittenen Feststellungen der Bodewig-Kommission 7 Milliarden Euro im Jahr mehr investiert werden, um die Substanz zu erhalten.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jede Menge versteckte Verschuldung im Haushalt!)

Davon sind wir trotz aller Anstrengungen noch weit entfernt.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie machen nichts dagegen! – Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum denn? – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Sind die Grünen schuld!)

Deshalb müssen wir uns jetzt vor allem auf zwei Dinge konzentrieren:

Erstens. Wir dürfen die Mautdebatte nicht auf die Pkw-Maut verengen, sondern wir müssen vor allem für eine schnelle Ausweitung der Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen sorgen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Das Geld, das wir einnehmen, muss dort investiert werden, wo es am dringendsten benötigt wird: in die großen überregionalen Engpassstellen unseres Verkehrsnetzes. Wir brauchen eine klare Prioritätensetzung,

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum macht ihr dann das Gegenteil?)

und das muss sich auch in der Investitionsplanung der Bundesregierung widerspiegeln.

Zweitens. Wir müssen kreative Wege und Möglichkeiten suchen, wie das in Deutschland reichlich vorhandene private Kapital stärker in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden kann,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau! Das von Gysi beschriebene vorhandene Kapital!)

statt in spekulativen und hochriskanten Anlagen im Ausland verbrannt zu werden. Dabei will ich ganz klar sagen: Autobahnen und Schienenwege sind und bleiben öffentliches Eigentum. Herr Gysi, Sie haben keine Chance, eine Straße zu kaufen und sie „Gregor-Gysi-Straße“ zu nennen. Wenn das doch noch passieren sollte, müssten Sie sich die historischen Verdienste dafür noch erwerben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

**Thomas Oppermann**

- (A) Öffentlich-private Partnerschaften sind nur sinnvoll, wenn sie eindeutig wirtschaftlicher, günstiger sind als staatliche Maßnahmen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir im Koalitionsvertrag so vereinbart, und das werden wir natürlich auch genau so umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Oppermann, nicht der Kollege Gysi, aber der Kollege hinter ihm würde gern eine Frage stellen oder eine Bemerkung machen.

**Thomas Oppermann (SPD):**

Ja, gern.

**Herbert Behrens (DIE LINKE):**

Herr Oppermann, vielen Dank für die Möglichkeit, nachzufragen, weil sich in der Behandlung der Frage „ÖPP bei Verkehrsinfrastrukturprojekten“ doch ein Widerspruch aufbaut.

Sie haben als niedersächsischer Abgeordneter massiv dagegen gewettert, als Verkehrsminister Dobrindt die Landesregierung angewiesen hat, die Maßnahme an der A 1 auf jeden Fall privat auf den Weg zu bringen. Das gilt heute offenbar nicht mehr so. Sie wehren sich nicht dagegen, zu sagen: „Wir müssen mehr private Investitionen haben“, sondern sagen: Es muss ganz genau nachgeprüft werden, dass es so wirtschaftlicher ist.

- (B) (Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Fragen! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Was wollten Sie jetzt fragen?)

Es sind bereits einige Projekte im Verkehrsetat 2014 enthalten. Es sind weitere neun im Verkehrsetat 2015 vorgesehen. Sie sagen: Es geht nur, wenn diese Projekte auch wirtschaftlich sind.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Was nun?)

Ist es aus Ihrer Sicht gewährleistet, dass alle jetzt im Bundeshaushalt, im Einzelplan 12, vorhandenen Projekte so wirklich wirtschaftlich sind und deshalb privat finanziert werden sollen?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

**Thomas Oppermann (SPD):**

Ich hatte die Antwort schon gegeben, bevor Sie die Frage gestellt hatten. Es muss in jedem Fall der Nachweis erbracht werden, dass diese Projekte wirtschaftlicher sind; sonst sollten sie so nicht finanziert werden; denn es macht keinen Sinn, die Steuerzahler mit teuren privatwirtschaftlichen Projekten zu belasten. Die Projekte müssen effizient und kostengünstig sein. Das ist die Maxime, die wir haben, und die finde ich auch richtig.

Ein gutes Beispiel für einen kreativen neuen Weg sind die Lebensversicherungen. Die Lebensversicherungen benötigen sichere Anlagen mit sicherer Rendite. Das wa-

ren lange die Staatsanleihen. Die fallen wegen der niedrigen Zinsen weitgehend aus. Deshalb kommen die Versicherer zu uns und sagen: „Wir würden gern mehr in Infrastruktur und in erneuerbare Energien investieren, aber die Rechtslage erlaubt das nicht.“ – Das müssen wir schnellstens ändern.

Das Bundeskabinett hat einen Entwurf zur Neufassung des Versicherungsaufsichtsgesetzes auf den Weg gebracht. Damit bekommen Versicherungen die Möglichkeit, in größerem Maße in erneuerbare Energien, in Stromleitungen und in den Breitbandausbau zu investieren. Das ist überfällig. Das werden wir mit Nachdruck unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Aber auch das ist nur ein erster Schritt. Deshalb freue ich mich, dass Wirtschaftsminister Gabriel mit der Wirtschaft ins Gespräch gekommen ist, um eine Investitions-offensive für unser Land auf den Weg zu bringen. Investitionen, meine Damen und Herren, sind kein Feld für ideologische Auseinandersetzungen; sie sind zentraler Gegenstand unserer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, und der müssen wir gerecht werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der zweite Engpass – neben der Infrastruktur – sind die Fachkräfte. Bis 2025, also innerhalb eines Zeitraums von zehn bis elf Jahren, stehen dem Arbeitsmarkt 6 Millionen Erwerbspersonen weniger zur Verfügung als heute. Gleichzeitig verlassen jedes Jahr immer noch 50 000 junge Menschen das deutsche Schulsystem, ohne einen Abschluss zu haben, und jedes Jahr brechen 25 Prozent der Jugendlichen ihre Ausbildung ab. Im Ergebnis haben dadurch 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 25 und 35 keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das ist nicht nur ökonomisch ein ganz großer Missstand; es kann uns auch menschlich nicht kaltlassen, dass junge Menschen ohne Perspektive sind, sich als moderne Tagelöhner durchschlagen müssen und schon Hartz IV bekommen. Wir müssen dringend etwas an diesem Zustand ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Im Augenblick leben wir von der Einwanderung, wenn es darum geht, unseren Fachkräftemangel auszugleichen, aber das wird auf Dauer nicht reichen. Wir müssen mehr Anstrengungen unternehmen, um unsere jungen Menschen durch Nachqualifizierung in den Arbeitsmarkt zu bringen. Genau das sollen die Allianz für Aus- und Weiterbildung und die Allianz für Fachkräfte in der Zusammenarbeit von Bundesregierung, Wirtschaft und Sozialpartnern erreichen. Wer seine erste Chance verpasst und aus dem Bildungssystem herausfällt, dem müssen wir eine zweite und – wenn es sein muss – eine dritte Chance geben, meine Damen und Herren.



Thomas Oppermann

- (A) (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Aber bei denjenigen, die den Abschluss schaffen, dürfen die weiteren Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb wird es 2016 eine kräftige BAföG-Erhöhung geben. Wir erhöhen aber auch die Freibeträge um 7 Prozent, mit der Wirkung, dass zusätzlich 100 000 Studierende aus den Mittelschichten durch das BAföG gefördert werden können. Wir haben uns mit den Ländern darauf geeinigt, dass der Bund ab 2015 die Ausgaben für das BAföG allein übernimmt. Das ist ein großer Schritt nach vorn; denn dadurch können die Länder Milliarden in den Ausbau von Kitas, Schulen und Hochschulen stecken. Ganz wichtig ist: Künftige BAföG-Erhöhlungen sind nicht mehr von der Kassenlage der Länder abhängig.

Diese Koalition hat sich vorgenommen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und gleiche Chancen bekommen. Es kann nicht sinnvoll sein, wenn fast 50 Prozent der Studierenden weiblich sind, bei den Führungskräften nur noch 30 Prozent und bei den Vorstandspositionen nur noch 4 Prozent. Das ist eine Schwundquote, die mit dem Leistungsprinzip nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Natürlich sind das immer noch tradierte Rollenbilder und Arbeitsteilungen, die Frauen den Weg in eine erfolgreiche Berufstätigkeit verbauen. Aber wir merken, dass eine Änderung des Status quo immer auch eine Machtfrage ist. Manche Dinge bewegen sich eben nur, wenn man Druck ausübt, zum Beispiel für die Gleichberechtigung in deutschen Aufsichtsräten oder Großkonzernen. Deshalb brauchen wir nicht nur freiwillige Vereinbarungen, wir brauchen Regeln und Mechanismen wie die Frauenquote und ein Entgeltgleichheitsgesetz, um diese Machtstrukturen aufzubrechen. Deshalb sage ich ganz klar: Die Frauenquote muss kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Herbert Behrens [DIE LINKE] – Volker Kauder [CDU/CSU]: Von mir aus! – Gegenruf der Abg. Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nur ein bisschen!)

Viele Familien in diesem Land beklagen sich auch über die enormen Schwierigkeiten des Alltages. Es gibt nicht genügend Kitaplätze von hoher Qualität. Sie finden keine Ganztagschule für ihre Kinder. Sie wollen ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Es ist ein Himmelfahrtskommando, beim Arbeitgeber wegen Teilzeit nachzufragen. Unsere Arbeitsministerin, Andrea Nahles, nennt das „den ganz normalen Wahnsinn der Familie“. Wir wollen, dass die Familien mehr Unterstützung und mehr Freiheit bekommen, ihre Zeit nach ihren eigenen Vorstellungen einzuteilen. Dazu werden wir mit dem ElterngeldPlus und dem Familienpflegezeitgesetz zwei ganz wichtige Initiativen der Koalition im Parlament beraten.

(C) Auch wenn es darüber im Koalitionsvertrag, lieber Volker, keine Einigung gegeben hat, finde ich den Vorschlag von Manuela Schwesig, eine Familienarbeitszeit einzuführen, hochinteressant; denn das ist eine Idee, mit der am Ende – das sagen uns die Vertreter der Wirtschaft – sogar die Gesamtarbeitszeit von Männern und Frauen erhöht werden kann und sie trotzdem mehr Zeit für die Familie haben. Vielleicht sollten wir darüber noch einmal nachdenken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es hilft den Menschen, ihre eigene Zeit nach ihren eigenen Vorstellungen aufzuteilen, um Beruf, Kinder, Pflege und Freizeit unter einen Hut zu bringen. Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie wir ihnen dieses Stück Freiheit zurückgeben können.

Die Situation der Flüchtlinge. Krieg und Terror führen dazu, dass immer mehr Flüchtlinge Schutz in Deutschland suchen. In diesem Jahr rechnen wir mit über 200 000 Asylbewerbern. Es ist nicht absehbar, dass es im nächsten Jahr weniger werden. Ich sage: Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Aufgabe aller Fraktionen in diesem Hause, diese Flüchtlinge in Deutschland so aufzunehmen und unterzubringen, dass sie nicht zum Angriffsobjekt für rechtsextreme Gruppen werden. Dabei dürfen wir die Kommunen nicht alleine lassen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Deutschland nimmt zurzeit die meisten Flüchtlinge in der Europäischen Union, und zwar 30 Prozent aller Flüchtlinge, die nach Europa kommen, auf. Die anderen Länder müssen sich dieser Verantwortung aber auch stellen. Wir wollen ein europäisches Flüchtlingskonzept, Herr Innenminister. Wir unterstützen Sie in der Forderung, dass die große Zahl der Flüchtlinge unter allen Mitgliedsländern in der Europäischen Union fair verteilt werden muss. Jeder muss dabei mitmachen. Keiner kann sich dieser Aufgabe entziehen. Dabei haben Sie unsere Unterstützung.

Wenn wir am Ende sehen, dass wir nicht allen Flüchtlingen in Deutschland helfen können, dann müssen wir uns auf die konzentrieren, die am stärksten von Krieg, Verfolgung und Vertreibung betroffen sind. Mit anderen Worten: Wir müssen dort helfen, wo die Not am größten ist. Das setzt voraus, liebe Kollegen und Kolleginnen von den Grünen, dass wir Prioritäten setzen, wenn wir es gut machen wollen. Und wir müssen es gut machen. Deshalb appelliere ich an Sie, das Gesetz über sichere Herkunftsstaaten nicht aufzuhalten, sondern im Bundesrat passieren zu lassen. Dieses Gesetz beendet übrigens das neunmonatige Arbeitsverbot für Asylbewerber und gibt ihnen die Möglichkeit, schon nach drei Monaten zu arbeiten. Ich sage Ihnen: Der beste Schutz vor Diskriminierung ist es, wenn Flüchtlinge schon früh eine Arbeit aufnehmen und ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

**(A) Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Oppermann, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Volker Beck?

**Thomas Oppermann (SPD):**

Ja.

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Oppermann. – Würden Sie der Einschätzung von Ulrich Schneider vom Paritätischen Gesamtverband zustimmen, dass man die Rechte für Flüchtlinge, zum Beispiel im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt, nicht gegen das Asylgrundrecht von Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsstaaten ausspielen sollte, sondern dass man diese Fragen unabhängig voneinander betrachten muss? Man kann doch eine Verbesserung der Situation der Menschen, die hier sind, nicht erkaufen, indem man anderen Rechte abschneidet. Entweder sind diese Herkunftsstaaten sicher oder nicht. Ich glaube das zwar nicht; denn das gilt zumindest nicht für Roma und Homosexuelle in diesen Ländern. Wenn Sie aber sicher sind, dann kann man das so regeln. Man muss das nicht mit einer anderen Frage verbinden. Das klingt ein bisschen nach Zuckerbrot und Peitsche.

Wenn Sie den Arbeitszugang für Flüchtlinge für so wichtig für die Integration halten, wie Sie es sagen – diese Einschätzung teile ich –, dann verstehe ich nicht, warum man nur die Frist verkürzt, aber die Vorrangprüfung beim Zugang zum Arbeitsmarkt, an der die meisten, die grundsätzlich arbeiten dürfen, scheitern, nicht gleichzeitig beseitigt. Die Vorrangprüfung beim Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge bedeutet nämlich, dass man erst schauen muss, ob ein Deutscher oder EU-Bürger für eine bestimmte Stelle infrage kommt, und dass der Unternehmer erst, wenn keiner gefunden wird, einen Flüchtling einstellen kann. Das führt unabhängig von den Fristen dazu, dass Flüchtlinge mit Arbeitserlaubnis faktisch nicht arbeiten können. Diese Regelung muss weg, wenn wir die Flüchtlinge tatsächlich willkommen heißen und dafür sorgen wollen, dass deren Leben hier in Deutschland nach der Aufnahme neu beginnen kann.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Thomas Oppermann (SPD):**

Lieber Kollege Beck, Volker Kauder und ich haben doch deutlich gemacht, dass wir miteinander über diese Dinge reden können. In vielen Situationen läuft die Vorrangprüfung doch vollständig ins Leere, weil die Unternehmen überhaupt keine Arbeitnehmer mehr auf dem Arbeitsmarkt bekommen, da es in vielen Regionen in Deutschland Vollbeschäftigung gibt. Selbstverständlich können wir darüber reden. Ich weise aber entschieden zurück, dass wir hier mit Zuckerbrot und Peitsche arbeiten.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber genau das ist Ihr Gesetzentwurf!)

(C) Wir hatten im letzten Jahr knapp 40 000 Flüchtlinge aus den Westbalkanländern. Ich glaube, es ist eine Frage der Verantwortung, ob es in der jetzigen Situation, in der Flüchtlingen aus Syrien, aus dem Nordirak und aus Afrika dringend geholfen werden muss, politisch richtig ist, 40 000 Menschen durch ein Asylverfahren laufen zu lassen, dessen Anerkennungsquote bei unter 1 Prozent liegt. Ich sage ganz deutlich: In diesen Westbalkanländern gibt es in der Regel keine politische Verfolgung, und wenn es sie gäbe, müsste sie sofort beendet werden; denn diese Länder wollen alle Mitglieder der Europäischen Union werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dann können Sie doch nicht mit politischer Verfolgung argumentieren; das kann doch nicht richtig sein.

Was derzeit in vielen Großstädten und Ballungszentren, aber auch in vielen kleinen Universitätsstädten passiert, macht uns große Sorgen: Wer eine größere Wohnung braucht, hat häufig keine Chance, eine neue Wohnung im angestammten Umfeld zu finden. Es kommt vermehrt zu Zwangsräumungen, weil Menschen Mieterhöhungen nicht zahlen können. Und Investoren entmieten systematisch Häuser, weil sie wissen, dass bei einem Mieterwechsel die Miete verdoppelt werden kann. Die soziale Verdrängung, die hier stattfindet, meine Damen und Herren, darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D) Wir haben im Koalitionsvertrag eine Mietpreisbremse vereinbart. Wir müssen dafür sorgen, dass es auch in den angesagten Wohnquartieren der Städte in Zukunft noch eine sozial gemischte Wohnbevölkerung gibt. Deshalb sage ich ganz klar: Die Mietpreisbremse muss kommen. Das Wohnen in großstädtischen Quartieren muss auch für Menschen möglich sein, die nur ein normales Einkommen zur Verfügung haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu einer politischen Frage, die uns seit der Landtagswahl in Sachsen beschäftigt. Zum zweiten Mal in sechs Jahrzehnten haben wir erlebt, dass in Deutschland weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten bei einer Landtagswahl wählen gegangen sind. Ich finde, da dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen; denn je niedriger die Wahlbeteiligung bei einer Landtags- oder Bundestagswahl ist, umso höher ist hinterher der Einfluss extremistischer Parteien, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich an dieser Stelle ganz klar: Wer Landtagswahlen in die Sommerferien verlegt, der stärkt das Desinteresse an Politik

(Max Straubinger [CDU/CSU]: I wo!)

und macht es Menschen leicht, sich aus der Demokratie zu verabschieden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Thomas Oppermann**

- (A) Ich finde, dass wir es 25 Jahre nach dem Mauerfall nicht hinnehmen dürfen, dass sich immer mehr Menschen in Deutschland von der Demokratie abwenden. Das müssen wir stoppen. Deshalb regen wir an, dass alle Fraktionen bei dieser Frage in einem Bündnis zur Steigerung der Wahlbeteiligung zusammenarbeiten. Ich finde, das ist etwas, was wir gut zusammen machen können. Wir jedenfalls sind dazu bereit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht der Kollege Volker Kauder.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Volker Kauder (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Am Mittwoch in einer Haushaltswoche dient die Debatte zum Etat der Bundeskanzlerin immer dazu, sich mit den Schwerpunkten, den großen Herausforderungen der deutschen Politik auseinanderzusetzen und sie darzustellen. Das heißt nicht, dass wir die vielen innenpolitischen Fragen nicht ernst nehmen; aber dafür haben wir ja auch die Diskussionen zu den Einzelplänen. Deswegen sollten wir uns heute – auch im Hinblick auf das, was die Bundeskanzlerin gesagt hat – mit den großen Herausforderungen beschäftigen und uns einmal anschauen, welche Antworten von uns gefragt sind.

- (B) Da ist natürlich die große Herausforderung, mit der wir bei Abschluss der Koalitionsverhandlungen nicht gerechnet haben und nicht rechnen konnten: die neue Situation in der Welt und vor allem die neue Situation auch in Europa. Ich war von der Rede des polnischen Staatspräsidenten heute Morgen beeindruckt, der in einer Klarheit über die Herausforderungen und die Notwendigkeit der Antworten gesprochen hat, wie man es sehr selten in Europa hört, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Er hat davon gesprochen, dass wir es natürlich nicht hinnehmen dürfen, dass die Errungenschaften in Europa, zum Beispiel unser Bild vom Menschen, einfach drangegeben werden. Es ist völlig richtig, was die Bundeskanzlerin gesagt und wir hier, in diesem Deutschen Bundestag, mehrfach wiederholt haben: Wir sehen keine militärische Lösung des Konflikts in der Ukraine. Es wäre ja geradezu aberwitzig, wenn wir in diesem Jahr, in dem wir über den Ersten und den Zweiten Weltkrieg reden, militärische Lösungen suchen würden. Eines ist aber auch klar: Deswegen müssen wir umso mehr mit den politischen Möglichkeiten, die wir haben, arbeiten, und die Dinge, die nicht gut laufen, auch beim Namen nennen.

(Herbert Behrens [DIE LINKE]:  
Säbelrasseln!)

– Einen dümmen Zwischenruf kann man sich gar nicht vorstellen, als jetzt, da ich hier über humanitäre Pro-

bleme rede, von „Säbelrasseln“ zu sprechen. Sie sollten sich schämen für diesen Zwischenruf! (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Jetzt werde ich Ihnen einmal etwas sagen. Ich hoffe, Ihnen stockt der Atem. Ich habe gesagt, wir müssen für unser Menschenbild eintreten und die Dinge beim Namen nennen. Die Kollegin Marieluise Beck hat mich heute Morgen auf etwas hingewiesen, was einem wirklich den Atem stocken lässt – auch darüber müssen wir reden, wenn wir über Sanktionen sprechen –: Natürlich üben die Separatisten in der Ukraine Gewalt aus, und natürlich werden dort mit militärischem Gerät keine Spielzeugveranstaltungen durchgeführt; aber noch schrecklicher als das ist, dass die Menschen in den Gebieten, in denen die Separatisten das Sagen haben, in einer Art und Weise bedroht werden, die wir nicht hinnehmen können. Betroffen sind oft die Frauen. Es gibt das Beispiel von Frau Dowgan, die, weil sie sich für die ukrainische Armee ausgesprochen hat, an einen Pranger gestellt und mit Waffen bedroht worden ist

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Ja! Das ist so! Genau so! – Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Ja! So ist es!)

– das ist „Säbelrasseln“! –, die bespuckt worden ist, geschlagen worden ist, gedemütigt worden ist, über mehrere Stunden hinweg. Dazu kann ich nur sagen: So etwas dürfen wir nicht dulden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall im ganzen Hause – Arnold Vaatz [CDU/CSU], an die LINKE gewandt: Hört auf zu klatschen! Ihr braucht nicht zu klatschen!)

(D)

– Ihr Klatschen ist mir völlig egal. – Deswegen bin ich der Meinung, dass wir die Sanktionen durchsetzen müssen, dass wir die Antwort geben müssen, dass wir dies nicht hinnehmen.

Ich muss sagen: Diese neue Herausforderung, auf die wir zunächst einmal keine Antwort geben konnten, wird von dieser Bundesregierung großartig angenommen. Die Bundesregierung argumentiert und handelt richtig. Dafür sage ich einen herzlichen Dank der Bundeskanzlerin, aber genauso auch dem Bundesaußenminister. Wir können wirklich froh sein, in dieser Situation eine solche Bundesregierung unserem Land stellen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das zweite große Thema, mit dem wir uns in der internationalen Politik auseinandersetzen müssen, ist der Umgang mit islamistischen Terrorgruppen. Auch da gilt, dass wir konsequent und, wie der polnische Staatspräsident gesagt hat, entschlossen sein müssen und diese Entschlossenheit denen, die in grober Weise gegen Menschenrechte verstoßen, auch zeigen müssen.

Dass diese Entwicklung uns Sorgen machen muss, zeigen die jüngsten Ankündigungen, und dass dieses Thema uns über viele, viele Monate, wahrscheinlich Jahre beschäftigen wird, ist doch für uns eine unglaubliche Herausforderung. Deswegen werden der Einsatz für Frieden, für Menschenrechte und für Religionsfreiheit

**Volker Kauder**

- (A) sowie die Bekämpfung dieses islamistischen Terrors in der nächsten Zeit immer ein Thema unserer Politik in der Großen Koalition sein müssen und auch sein.

Es muss uns doch wirklich erschrecken und dann zum Handeln bringen, wenn wir lesen, dass die verschiedenen Terrorgruppen jetzt in einen Wettbewerb um die größtmögliche Aufmerksamkeit eintreten. In diesen Tagen haben wir erfahren, dass al-Qaida sagt: „Wir kommen einfach nicht mehr vor, weil nur noch über ISIS und deren Brutalität gesprochen wird. Wir wollen das ändern, und deswegen werden wir uns jetzt unserer Glaubensgeschwister in Asien annehmen. Wir haben bereits einen Chef von al-Qaida in Indien benannt“. – Dass es nicht nur dabei bleiben wird, kann man in diesen Tagen in Indien ganz genau sehen. Zum ersten Mal werden in den Slumgebieten in Indien Großplakate aufgestellt, auf denen Israel dafür verantwortlich gemacht wird, dass Kinder verletzt werden, und für vieles andere mehr, um damit in solchen Gebieten zunächst einmal ein Bewusstsein zu schaffen. Das Nächste wird sein, dass man natürlich über den Einsatz der Muslime in Indien sprechen wird. Da kann ich nur sagen: Man muss aufmerksam sein, und natürlich muss man den Menschen vor Ort helfen, damit sie denen nicht auf den Leim gehen.

- (B) Frau Göring-Eckardt, ich teile Ihre Auffassung, dass man nur mit Strafrecht die Dinge nicht regeln kann, aber es gibt Herausforderungen, bei denen man auch mit dem Strafrecht eine moralische Kompetenz in diesem Land beweisen muss. Ich kann nur sagen: Es macht mir große Sorgen – ich finde es unglaublich und hätte nie damit gerechnet –, dass wir am Sonntag wenige Meter von diesem Reichstagsgebäude entfernt eine Kundgebung des Zentralrats der Juden unter dem Thema „Steh auf! Nie wieder Judenhass!“ haben müssen. Es ist unglaublich, dass das notwendig geworden ist. Da kann ich nur sagen: Es ist richtig, dass wir mit mehreren Maßnahmen den Antisemitismus bekämpfen, unter anderem auch mit dem Strafrecht. Damit sorgen wir dafür, dass bestimmte Thesen in unserem Land nicht ungestraft gesagt oder wiederholt werden dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Natürlich muss abgewogen werden, aber von vornherein nur die soziale Kompetenz herauszustellen und zu sagen: „Strafrecht geht nicht“, halte ich für falsch.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das habe ich gar nicht gesagt, Herr Kauder!)

Ich bin der Meinung, dass mehrere Dinge geschehen müssen. Wenn jetzt aber wieder gerufen wird, dass wir besondere Maßnahmen und Projekte brauchen, dann kann ich nur sagen: Der Einsatz für Toleranz, das Lernen aus unserer Geschichte – nie wieder Judenhass –, das gehört nach meiner Auffassung schon zur Grundausbildung in unseren Schulen. Das kann man nicht nach dem Motto wegschieben: Der Bund muss irgendwelche Projekte auflegen. Ich finde es erschreckend, wenn ich in

Berichten lese, dass junge Leute wenig Ahnung von dem haben, was war. Geschichtsunterricht und damit Kenntnis über das, was in unserem Land einmal war und nie wieder sein darf, kann nicht das Thema von Projekten der Bundesregierung sein, sondern muss Thema der Ausbildung in unseren Schulen sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da sind in besonderer Weise auch unsere Länder gefordert.

Da wir über das Thema Flüchtlinge reden: Ich bin einverstanden – ich habe das am letzten Montag hier gesagt; da gab es noch eine breite Übereinstimmung –, dass wir Flüchtlinge in unserem Land aufnehmen und alles dafür tun müssen, dass sie anständig untergebracht sind. Dass dies natürlich eine große Herausforderung für viele Kommunen ist, wissen wir; auch die Oberbürgermeister, die der Partei der Grünen angehören, sagen, dass das eine Herausforderung ist. Deswegen denke ich, hier brauchen wir gar nicht groß über das, was im Bundesrat passieren muss, zu diskutieren.

Aber Thomas Oppermann hat doch recht: Wir spielen nicht die eine Gruppe gegen die andere aus. Ich denke, ein Schuh wird daraus – das wäre das Richtige –, wenn wir uns hier im Bundestag sagen würden – die Linke hat ja auch ein bisschen Einfluss; zumindest an einer Landesregierung ist sie beteiligt. – Die Herausforderung, die wir in der Flüchtlingspolitik haben, stellt sich nicht nur diesem Haus, sondern sie muss sich im Bundesrat fortsetzen. Deswegen müssen wir dort zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Ich bin davon überzeugt, dass dies auch gelingen wird. Die ersten Botschaften haben wir vernommen. Ich sage auch hier: Natürlich sind wir bereit, in einem Gespräch mit Ihnen über viele Punkte zu reden. Ich kann nur sagen: Nehmen Sie dieses Angebot an, damit wir in den nächsten Tagen im Bundesrat zu einer guten Lösung kommen. Sie helfen damit vor allem den Kommunen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen muss man leider immer so lange warten!)

– Wir können nachher, Frau Göring-Eckardt, über die Vorschläge des grünen Ministerpräsidenten Kretschmann reden. Sie gehen schon in eine ganz gute Richtung.

Was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht, sage ich also Ja. Aber ich habe schon am Montag darauf hingewiesen, dass es natürlich genauso notwendig ist, die Situation vor Ort zu verbessern. Da möchte ich die Bundesregierung, sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, bitten, noch einmal genauer hinzuschauen. Ich hatte gestern ein Gespräch mit Vertretern der Jesiden. Sie haben mir berichtet, dass bis heute in großen Gebieten, in Dohuk beispielsweise, die Hilfe noch nicht richtig angekommen sei. Ich habe sie gebeten, dies auch dem UNHCR mitzuteilen. Offenbar gibt es da noch immer Probleme. Ich wäre dankbar, wenn man sich darum kümmert.

**Volker Kauder**

- (A) Es gibt einen zweiten Punkt, mit dem ich noch nicht zufrieden bin. Wir haben noch immer keine Antwort und keine Lösung aus Europa. Es ist nicht allein Sache der Bundesregierung, wie wir den Flüchtlingen helfen. Es vergeht Woche für Woche, der Winter kommt, die Regenzeit kommt, und die Zeit wird immer knapper, um dort für eine entsprechende Unterbringung zu sorgen. Ich habe die herzliche Bitte, dass man hier noch einmal auf die EU-Kommission zugeht. Geld ist dort vorhanden; das wissen wir. Dort hat man das Geld. Es muss jetzt endlich einmal einen Ruck geben und sich etwas tun. Wir können die Leute im Nordirak nicht einfach sitzen lassen. Deswegen sage ich: Ja, es ist richtig, dass wir Waffenhilfe leisten. Aber wir werden mehr als die 50 Millionen Euro in die Hand nehmen müssen, um den Flüchtlingen vor Ort zu helfen. Das Geld ist da. Ich habe die Bitte an die Bundesregierung, Europa da einmal etwas Beine zu machen, damit das endlich vorangeht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, neben diesen großen Herausforderungen in der Außenpolitik bleibt in unserem Land und in Europa natürlich die große Aufgabe, weiter für Wachstum zu sorgen und damit die Grundlagen für den Wohlstand in unserem Land und in Europa zu legen. Wachstum entsteht in unserer Wirtschaft. Deswegen ist es völlig richtig, wenn die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung darauf hinweist, dass wir in einem wichtigen neuen Feld, nämlich im Bereich Industrie 4.0 und im Bereich Internet, vorankommen müssen und dass wir dort neue Start-ups, also neue Firmengründer, brauchen. Gerade von diesen Firmengründern hören wir, dass es für sie nicht nur ein Thema ist, wie sie an Kapital kommen, sondern dass sie sich natürlich auch wünschen, ja geradezu verlangen, dass man sie in ihrer Startphase von bürokratischen Gängeleien weitgehend befreit. Die haben andere Sorgen. Deswegen, Herr Bundeswirtschaftsminister, bin ich dankbar für das Signal, dass man überlege, gerade bei Start-up-Unternehmen eine ganze Reihe von bürokratischen Auflagen einmal eine Zeit lang auszusetzen. Deswegen, lieber Kollege Oppermann, kann ich nur sagen: Gerade diese Firmen brauchen hohe Flexibilität und nicht neue Arbeitszeitmodelle; das regeln die schon selber. Deswegen warne ich vor „Stressverordnungen“ und neuen Arbeitszeitmodellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich finde – dazu stehen wir in der Union –: Wir haben eine ganze Reihe von Dingen gemacht, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Ich nenne die Rente mit 63 und den Mindestlohn. Wir werden auch die anderen Punkte, die wir im Koalitionsvertrag stehen haben, wie die Frauenquote, umsetzen. Aber dann muss es auch gut sein.

(Gerda Hasselfeldt [CDU/CSU]: Ja!)

Ich rate uns, uns in der Koalition nicht jeden Tag und an jedem Wochenende in irgendwelchen Interviews neue

- mögliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft einfallen zu lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist bei der Investitionsfrage eher ein Problem als vieles andere: wenn ich als Unternehmer nicht weiß, was alles noch auf mich zukommt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Könnt ihr das nicht zu Hause bereden unter euch?)

Das hemmt die Investitionsbereitschaft mehr als alles andere. Deswegen bin ich froh über die Signale, die ich vernommen habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, wir brauchen natürlich auch Investitionen in unserem Land, Investitionen in die Infrastruktur. Das ist angesprochen worden. Deswegen können Sie ganz sicher sein: So, wie wir alle anderen Punkte im Koalitionsvertrag umgesetzt haben, werden wir auch mit dem derzeitigen Lieblingsthema der Medien, der Maut, bis Ende des Jahres zu einem guten Ergebnis kommen. Da dürfen Sie ganz sicher sein, dass wir das schaffen und packen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein gutes Ergebnis kann auch sein, dass man es nicht macht!)

- Ja, wissen Sie, Frau Göring-Eckardt, das, was Sie mir manchmal als gute Ergebnisse vorschlagen, entpuppt sich bei näherem Hinschauen meist als schlecht. Deswegen können wir das nicht machen. (D)

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber bei der Maut wäre es schon gut, man würde es nicht machen!)

Es gibt ein paar Punkte, in denen wir uns einig sind, aber an den allermeisten Punkten kann man erkennen: Von Wirtschaft verstehen Sie nun wirklich nicht so viel. Das muss ich einmal deutlich formulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, Herr Kauder! Billig! – Zuruf des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

- Sie sowieso schon gar nicht, Herr Gysi. Sie sind da jetzt der schlechteste Ratgeber; nein, nein.

Deswegen ist es richtig, dass wir beim Thema Wirtschaft helfen, in neue Entwicklungen hineinzukommen. Auch da werden in dieser Regierung die richtigen Entscheidungen getroffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, für all die großen Aufgaben, die vor uns liegen – Frieden schaffen in Europa, in der Ukraine, den islamistischen Terror bekämpfen und dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft weiter wachsen kann und damit auch der Wohlstand –, werden mit diesem Bundeshaushalt die Voraussetzungen geschaffen.

Dieser Bundeshaushalt, mit dem zum ersten Mal seit langem keine neuen Schulden aufgenommen werden,

**Volker Kauder**

- (A) was auch für die nächsten Jahre versprochen wird, schafft die Grundlagen für neue Entscheidungsmöglichkeiten. Es wird die Botschaft vermittelt: Wir werden mit dem auskommen, was wir haben. Mit dem auskommen, was wir haben, heißt auch, dass wir sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Wirtschaft am Wohlstand beteiligen. Deswegen bleibt es dabei – auch wenn der eine oder andere meint, er müsse jetzt wieder eine andere Diskussion führen; aber die Kanzlerin hat es hier gesagt, der Vizekanzler hat es gesagt, der Finanzminister hat es gesagt, und ich kann es nur noch einmal bestätigen –: Es wird mit uns in dieser Koalition keine Steuererhöhungen geben. Alles andere ist Quatsch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es wird mit uns keine Steuererhöhungen geben; das haben wir zugesagt, und dabei bleibt es. Das ist eine zentrale Botschaft, die sich auch an unsere Wirtschaft richtet: Ihr könnt euer Geld investieren, ihr könnt für Wachstum sorgen und damit für eine gute Situation in unserem Land. – Wir schaffen dafür eine wichtige Voraussetzung. Gestern Abend beim Parlamentarischen Abend im Haus der Deutschen Wirtschaft ist man immer wieder angesprochen worden auf das Thema „qualifizierte Arbeitskräfte“. Die Industrie 4.0 verlangt natürlich entsprechende Ausbildung.

- (B) Wenn ich den ein oder anderen aus der Linksfraktion da so höre, muss ich denken: Wo sind die denn die ganze Zeit unterwegs? – Es wird in unserem Land so viel für Bildung und Ausbildung ausgegeben wie nirgendwo in Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da brauchen wir überhaupt keine Hinweise von einigen in diesem Haus. Was im Bildungs- und Forschungsministerium getan wird, ist ein Supervorbild für ganz Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE]: Das stimmt nicht!)

Das schafft Zukunft für eine junge Generation. Die Länder müssen allerdings ihren Beitrag dazu leisten. Der Bund hat den Ländern Geld gegeben für Hochschule, für Ausbildung. Einige Länder wollen wenigstens den wesentlichen Teil dieses Geldes dafür einsetzen; das kann ich gerade noch akzeptieren. Aber vor dem Hintergrund, dass Bildung und Ausbildung das entscheidende Zukunftsprojekt für unser Land ist, kann ich es nicht akzeptieren, wenn einige rot-grün-geführte Bundesländer den wesentlichen Teil dieser Mittel, die vom Bund kommen, nicht für Hochschule und Ausbildung ausgeben wollen, sondern für viele andere Dinge. Ich kann nur sagen: Wer so argumentiert, hat jedes Recht verloren, zu sagen: „Der Bund muss mehr für Bildung und Ausbildung tun“, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen werden wir da auch nicht nachlassen; wir werden in den Landtagen nachfragen, wofür das Geld eingesetzt wird.

- (C) Ich bitte auch die SPD-Bundestagsfraktion, unseren Koalitionspartner, dass wir uns dieses Projekt, das wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, nicht unterhöhlen lassen von denjenigen, die glauben, sie könnten das Geld für alle möglichen Haushaltszwecke, aber nicht für Hochschule und Ausbildung einsetzen. Dafür tragen wir in dieser Koalition Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die großen Herausforderungen beschrieben. Ich bin sicher, dass diese Koalition und diese von der Koalition getragene – nicht nur getragene, sondern in jeder Hinsicht unterstützte – Bundesregierung diesen Aufgaben und Herausforderungen gerecht werden.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Staatsministerin und Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, Özoguz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Aydan Özoguz**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

- (D) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus durchaus unterschiedlichen Blickwinkeln wurde bereits gestern und auch heute darauf hingewiesen, dass die Nachrichten und Geschehnisse aus aller Welt auch für unser Land nicht folgenlos bleiben. Ich glaube, dass diese vielen Beiträge auch das Ausmaß der Geschehnisse deutlich zeigen. Laut den Vereinten Nationen sind aktuell weltweit über 51 Millionen Menschen auf der Flucht, davon 17 Millionen Menschen außerhalb ihres Landes. Das sind unglaubliche Dimensionen, die natürlich auch uns erreichen. Die erschütternden Bilder und Nachrichten brauche ich kaum zu wiederholen; ich tue es trotzdem: Unfassbare Gräueltaten der IS-Terrormiliz, Bürgerkrieg in Syrien, Eskalation in der Ostukraine, israelisch-palästinensische Auseinandersetzungen, ein Gazastreifen, der in Trümmern liegt, Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer.

Wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für dieses Jahr mit rund 200 000 Asylanträgen rechnet, dann hat das natürlich auch Folgen für die Länder und Kommunen; das ist hier schon lange und oft genug gesagt worden. Ich möchte nur noch einmal betonen, dass es nicht nur bei der Unterbringung Herausforderungen gibt und dass sich Deutschland natürlich seiner Verantwortung stellt. Wer vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung flieht, muss Schutz in unserem Land finden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Die Asylantragsteller brauchen schneller Klarheit über ihren Status. Jahrelange Verfahren, wie wir sie ja durchaus kennen, helfen niemandem weiter. Darum haben wir 300 neue Stellen beim Bundesamt für Migra-

Staatsministerin Aydan Özoğuz

- (A) tion und Flüchtlinge eingerichtet, und in 2015 soll es vermutlich noch einmal einen Aufwuchs geben; mein Fraktionskollege Martin Gerster hat dies gestern angesprochen.

Es nützt natürlich niemandem, wenn die Asylbewerber oft monatelang herumsitzen und nicht arbeiten dürfen. Das haben wir alle miteinander erkannt. Deshalb werden wir das Verbot der Arbeitsaufnahme von Asylbewerbern und Geduldeten auf drei Monate begrenzen. Diese Frist braucht man schon; so fair muss man sein. Wenn jemand gerade hier ankommt, kann er nicht sofort irgendwohin geschickt werden. Die Menschen wollen aber arbeiten und selbstbestimmt ein Stück zu ihrem Lebensunterhalt beitragen können. Dabei geht es auch um Menschenwürde, die wir damit ermöglichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu passt es auch, dass wir junge Flüchtlinge, die in unser Land kommen und die richtig gut und schnell sind – sie lernen Deutsch und machen ihre Abschlüsse; über sie reden wir leider nur sehr selten –, nicht vier Jahre lang warten lassen, bis sie eine Ausbildung machen dürfen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woran liegt das denn? An uns nicht!)

- (B) Mit Unterstützung des Bildungsministeriums und des Innenministeriums haben wir jetzt dafür sorgen können, dass schon nach 15 Monaten eine Ausbildungsförderung gezahlt wird. Hierfür haben uns übrigens auch Unternehmer schon ein großes Dankeschön ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Bilder, die uns vom Mittelmeer und von Lampedusa erreichen, zeigen einen unhaltbaren Zustand und sind unwürdig für die Europäische Union. Ich möchte noch einmal wiederholen: Wir müssen gemeinsam mit den europäischen Partnern eine faire, solidarische Aufgabenteilung erreichen. Auch Thomas Oppermann hat das eben noch einmal gesagt. Deutschland nimmt heute 30 Prozent der Flüchtlinge auf. Ich glaube, wir können sagen: Außer in Schweden sehen wir eigentlich nirgendwo vergleichbare Anstrengungen. So darf das natürlich nicht bleiben. Das ist keine Partnerschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deutschland ist mittlerweile ein richtig beliebtes Land. Ich glaube, es ist für manche überraschend, dass wir plötzlich einen solchen Stellenwert haben. Diese hohe Position haben wir in der OECD erreicht, weil wir den zweithöchsten Wanderungsgewinn nach den USA zu verzeichnen haben.

Ich möchte hervorheben, dass wir eine sehr erfreuliche und sehr positive Grundeinstellung der Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung feststellen können – ich glaube, das ist sehr wichtig –,

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ja!)

- (C) und zwar nicht nur gegenüber Einwanderern insgesamt, sondern insbesondere auch gegenüber Flüchtlingen. Es gibt unglaubliche viele Nachbarschaftsinitiativen rund um Flüchtlingsheime, die sich in den letzten Monaten gegründet haben, um den Flüchtlingen direkt zu helfen, um den Kontakt zu anderen zu ermöglichen und um aufzuklären. Wir alle sind uns darüber im Klaren: Die Arbeit, die die Menschen in diesen Nachbarschaftsinitiativen leisten, könnten wir aus unserem Haushalt überhaupt nicht bezahlen. Es ist also wirklich ein Dankeschön an all die Menschen angebracht, die sich dort engagieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte an das anschließen, was Volker Kauder gesagt hat. Wir haben heute Morgen an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und die Gräueltaten der Nationalsozialisten erinnert. Vor diesem Hintergrund möchte ich noch einmal sagen: Wenn ich mir manche Demonstrationen auf deutschen Straßen anschau, dann kann ich nur unterstreichen, dass diejenigen, die antisemitische Parolen rufen, das Recht auf Meinungsfreiheit deutlich überschreiten. Antisemitismus hat keinen Platz in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Ich möchte an dieser Stelle aber auch sagen – das ist jetzt an Volker Kauder gerichtet –: Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte wäre es ebenso angebracht, zu sagen: Auch Antiziganismus hat in Deutschland keinen Platz.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ja!)

Natürlich ist auch niemandem damit geholfen, Islamfeindlichkeit auszublenzen. Ich finde, dass die Brandanschläge auf Moscheen, die sich im Moment häufen, uns durchaus nachdenklich machen müssen. Jegliche Diskriminierung aufgrund von Religionszugehörigkeit oder Herkunft dürfen wir in Deutschland nicht dulden. Das muss uns doch die Geschichte gelehrt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn selbsternannte „Scharia-Polizisten“ durch Wuppertal spazieren, dann dulden wir auch das nicht. Das hat der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger deutlich gemacht. Aber wir sollten diese Verirrten mit ihren abstrusen Ideen nicht wichtiger machen, als sie eigentlich sind. Das ist schon ein schmaler Grat, auf dem wir uns da bewegen.

Anders sieht es bei gewaltbereiten, meist jungen Männern aus Deutschland aus, die von hier in den Nahen Osten oder nach Afghanistan reisen, um sich dort in den sogenannten Terrorcamps ausbilden zu lassen oder gleich in den Kampf zu ziehen. Hierzu möchte ich sagen: Es hat sich mir noch nie erschlossen – das konnte ich noch nie nachvollziehen –, wie ein Mensch in Deutschland auf die Idee kommen kann, in ein so ge-

**Staatsministerin Aydan Özoğuz**

- (A) nanntes Ausbildungslager im Ausland zu reisen oder sich gar einer Terrormiliz anzuschließen. Das hat in meinen Augen weder mit dem Islam noch mit dem Thema Religion überhaupt irgendetwas zu tun. Deswegen ist es besonders wichtig, dass deutschlandweit am 19. September dieses Jahres die Moscheegemeinden aufstehen wollen und ein Zeichen gegen Hass und Unrecht und für Frieden auf der Welt setzen wollen. Ich habe den Eindruck, dass viele in unserer Bevölkerung schon lange darauf warten. Es ist gut, dass ein solches Zeichen gesetzt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein Beweis dafür, dass man auch mit einem sachlichen Blick und ohne zu starke emotionale Aufwallungen an die Herausforderungen herangehen kann, ist die Umsetzung der Empfehlungen des Staatssekretärsausschusses bezüglich der Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger. Alle Ressorts haben in diesem Ausschuss gemeinsam mit den Kommunen in akribischer Sacharbeit Daten und Fakten über die Zuwanderung nach Deutschland, insbesondere – weil es angesprochen wurde – aus Bulgarien und Rumänien, zusammengetragen.

Das wenig überraschende Ergebnis, wenn ich das einmal so sagen darf, ist: Es ist keineswegs so, dass Deutschland unter der Last der rumänischen und bulgarischen Zuwanderung zusammenbrechen würde. Ganz im Gegenteil: Die Einwanderer aus Südosteuropa sind in der Regel gut ausgebildet und gehen einer Arbeit nach. Ja, es gibt Einzelne, auf die das nicht zutrifft – das will ich gar nicht bestreiten –, was dazu führt, dass sich in den Kommunen die Herausforderungen ballen. Aber es ist schon erstaunlich, dass bis heute niemand so recht das Ausmaß eines angeblich übermäßigen Sozialleistungsbetrugs faktisch darstellen konnte. Der Ausschuss hat beschlossen, den Kommunen – ich glaube, das ist wirklich wichtig – mit insgesamt über 235 Millionen Euro schnell zu helfen.

Einen unschätzbaren Beitrag zur Versachlichung der Debatte hat – das möchte ich in diesem Zusammenhang gern erwähnen – der Mediendienst Integration geleistet; denn viele Journalistinnen und Journalisten fragen dort nach Zahlen. Sie wollen wissen: Wie verhält es sich denn wirklich mit den Zuwanderern? Wer arbeitet? Wer bekommt Sozialleistungen? – Dieser Mediendienst wird von mir als Integrationsbeauftragter aus meinem extrem kleinen Budget – wenn ich das in der Haushaltsdebatte noch einmal anmerken darf – unterstützt. Er bereitet für Journalisten Daten auf und erklärt Hintergründe zu diesen Themen. Ich glaube, dass das sehr hilfreich sein kann. Deswegen halten wir an diesem Mediendienst weiter fest.

(Beifall bei der SPD)

Zwei kurze Stichworte zum Schluss. Ein bewährtes Instrument für ein Gelingen der Integration sind die Integrationskurse zum Spracherwerb. Der große Erfolg dieser Kurse gibt uns recht. Wir haben am Tag der offenen

Tür des Kanzleramts ein Quiz gemacht und die Leute gefragt, wie viele Menschen so einen Kurs wohl schon gemacht haben mögen. Es ist doch erstaunlich, dass die meisten sich höchstens 300 000 Teilnehmer vorstellen konnten und nicht wussten, dass es schon 1,3 Millionen Menschen sind, dass die Menschen Schlange stehen, um sich für diese Kurse anzumelden, und diese Kurse gern besuchen. Deswegen war es wichtig, dass die Mittel in diesem Bereich nicht gekürzt wurden, dass wir sie also erhalten konnten.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Gerda Hasselfeldt [CDU/CSU])

Auch die Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zuwanderer sind im Moment sehr stark gefordert. Das möchte ich nur einmal erwähnen; denn bei ihnen stehen die Familien vor der Tür, die ganz viel Hilfe brauchen. Und wenn man sich einmal die Zahlen anschaut, dann stellt man fest, dass mehr Menschen kommen, aber nicht mehr Berater vorhanden sind. Auch darüber sollten wir noch einmal sprechen.

Es freut mich, dass wir mit der weitestgehenden Abschaffung der Optionspflicht – das möchte ich zu guter Letzt sagen – ein ganz klares Signal in Richtung Einwanderungsdeutschland gegeben haben. Frau Göring-Eckardt, ich bin vorhin ein bisschen zusammengezuckt, als Sie sagten, Deutschland sei seit 1989 ein Einwanderungsland. Natürlich ist Deutschland schon länger ein Einwanderungsland. Wir hatten immer ein bisschen Probleme damit, das zuzugeben. Aber nun ist es vollbracht, wenn man so will. Wir sind mit der weitestgehenden Abschaffung der Optionspflicht dem Ganzen ein großes Stück näher gekommen. Es ist jetzt eben nicht mehr so – wie noch in meiner Generation –, dass man hier geboren wird, groß wird und immer Ausländer bleibt und zum Beispiel nicht irgendwann einmal am Kabinetts-tisch sitzen kann. Das haben wir nun endlich geändert. Ich glaube, so fühlen sich die jungen Menschen auch wirklich als fester Bestandteil dieses Landes, ohne ihre Herkunft verleugnen zu müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Letzter Satz – das ist für den Haushalt wichtig –: Die Mittel, die wir für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland, für mehr Bildungsmöglichkeiten, für Austausch, für Begegnung und Beratung einsetzen – das ist manchmal in Zahlen nicht so leicht auszudrücken –, sind echte Investitionen in unsere Gesellschaft und in die Zukunft und den Frieden unseres Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die Kollegin Gerda Hasselfeldt hat nun das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



**(A) Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen spüren wir alle, dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Wir erleben weltweit eine politisch bewegte Zeit, und zwar in einer Intensität, die wir bisher noch kaum erlebt haben.

In Europa wird uns klar, dass die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht ganz aufgearbeitet und bewältigt sind. Wenn dennoch immer wieder Stimmen in der Richtung laut werden, doch wieder einmal kreditfinanzierte Programme aufzulegen, dann, kann ich nur sagen, hat man das alles nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gerade vor dem Hintergrund dessen, was wir sowohl in Europa als auch weltweit erlebt haben und erleben, ist es umso wichtiger, dass wir unseren Stabilitätskurs, unseren Konsolidierungskurs in Deutschland so, wie er die letzten Jahre gefahren worden ist, fortsetzen.

Der Haushalt 2015, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist in der Tat ein Meilenstein. Das ist eine historische Zeitenwende; denn das erste Mal seit mehr als 45 Jahren macht der Bund keine neuen Schulden. Das letzte Mal war das unter der Verantwortung des Finanzministers Franz Josef Strauß der Fall.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja!)

**(B)** – Das muss einmal gesagt werden. – Heute ist es unter der Verantwortung von Wolfgang Schäuble der Fall. Ich möchte ihm persönlich, aber auch den Haushaltern und allen, die hier in den letzten Jahren Verantwortung getragen haben, herzlich dafür danken. Denn das ist nicht nur das Ergebnis einer kurzfristigen Haushaltsaufstellung in diesem Jahr, sondern es ist das Ergebnis harter Arbeit in den letzten Jahren, die heute Früchte trägt und auch künftig tragen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und wir tun das, meine Damen und Herren, ohne Steuererhöhungen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau!)

Das ist eine ganz wichtige Botschaft, die Volker Kauder am Ende seiner Rede deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Man kann gar nicht oft und deutlich genug betonen, dass dies dazugehört. Steuererhöhungen bremsen die Leistungsbereitschaft eines jeden Steuerpflichtigen; sie blockieren Investitionen. Wenn, wie im Laufe der gestrigen und heutigen Debatte, von Oppositionskollegen immer wieder angemahnt wird, dass zu wenig investiert wird, dann sollten wir uns einmal klarmachen: Nicht nur die öffentlichen Haushalte tätigen Investitionen, sondern der wesentliche Teil der Investitionen wird durch Private getätigt, und zwar durch die Wirtschaft, durch unsere Unternehmen. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und können keine zusätzlichen Belastungen ertragen.

Deshalb ist unser Credo: keine Steuererhöhungen in dieser Legislaturperiode. Darauf können sich die Men-

schen verlassen. Das haben wir vor der Wahl gesagt, und das halten wir über die ganze Legislaturperiode ein. **(C)**

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Eva Högl [SPD] – Harald Petzold [Haveland] [DIE LINKE]: Darauf können sich vor allem die Millionäre in diesem Land verlassen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein ausgeglichener Haushalt ist nichts, das man als Monstranz vor sich herträgt. Er ist auch kein Selbstzweck. Nein, er ist aus dreierlei Gründen, die ich ansprechen möchte, besonders wichtig:

Erstens ist er ein Zeichen der Verlässlichkeit. Verlässlichkeit ist die Basis für Vertrauen; ohne Vertrauen finden keine Investitionen statt. Es ist die wesentliche Grundlage für wirtschaftliche Betätigung und wirtschaftlichen Erfolg in einem Land, dass sich all diejenigen, die investieren und wirtschaftlich tätig sind, auf Rahmenbedingungen verlassen können, die ihnen den entsprechenden Spielraum geben.

Das Zweite ist: Wir schaffen damit Spielraum für die notwendigen Schwerpunkte und die notwendigen öffentlichen Investitionen, beispielsweise im Infrastrukturbereich, sowohl im Verkehr als auch in der digitalen Infrastruktur, oder auch im Bildungs- und Forschungsbereich. Das wurde heute schon mehrfach angesprochen. 15 Milliarden Euro allein in diesem Jahr für Bildung: Das ist mehr als doppelt so viel wie 2005. Es geht aber auch um Schwerpunkte im sozialen Bereich wie das, was wir in den vergangenen Jahren für die Entlastung der Kommunen gemacht haben und immer noch machen, und zwar bei Aufgaben, für die der Bund eigentlich gar nicht zuständig ist. **(D)**

Das Dritte und ganz Wesentliche ist, dass wir keine Politik auf Kosten der jüngeren Generation machen. Wir sind uns vielmehr bewusst, dass das Allerbeste, was wir den jungen Menschen, unseren Kindern und Enkelkindern, mitgeben können, schuldenfreie Haushalte sind: keine Schulden, sondern Chancen, dass sie sich entfalten und auf die aktuellen Herausforderungen ihrer Zeit entsprechende Antworten geben können und entsprechende Spielräume haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Beste, was wir für unsere wirtschaftliche Entwicklung tun können, und das Beste, was wir für unsere Kinder und Enkelkinder tun können, das machen wir mit diesem Haushalt 2015.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn, wie in der gestrigen und heutigen Debatte, die Kollegen aus der Opposition versuchen, das madigzumachen und kleinzureden,

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Das macht schon der Deutschlandfunk!)

dann muss ich sagen: Jeder, der diese Erfolgsgeschichte, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung und Steuererhöhungen mit entsprechenden in-

**Gerda Hasselfeldt**

- (A) vestiven Schwerpunkten, madigmacht, dokumentiert damit: Er hat mit dieser Erfolgsgeschichte nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

So ist es auch: Die Herrschaften von der Opposition haben an dieser Erfolgsgeschichte keinen Anteil.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Das sehen wir aber anders!)

Sie haben keinen Beitrag dazu geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Ach, Frau Hasselfeldt!)

Dieser ausgeglichene Haushalt ist auch ein richtiges Signal in Richtung Europa. Wenn uns Europa in den letzten Jahren eines gelehrt hat, dann war es dies: Eine zu hohe Staatsverschuldung blockiert Leistungsbereitschaft, Investitionen, Wachstum und damit eine weitere positive Entwicklung und schafft Krisen. Das haben wir alle miteinander erlebt.

Es war die zu hohe Staatsverschuldung in den einzelnen Ländern, die die Krise in Europa herbeigeführt hat. Deshalb war es richtig, wie wir gehandelt haben.

- (B) Heute sehen wir: Portugal, Irland und Spanien haben den Rettungsschirm verlassen. Griechenland und Zypern haben zumindest Fortschritte erzielt und sind auf einem guten Weg. Aber wir wissen auch, dass wir noch nicht am Ende angelangt sind, dass wir noch nicht das eigentliche Ziel erreicht haben. Das werden wir nur dann erreichen, wenn wirklich jedes Land seine Hausaufgaben macht, wenn in jedem der betroffenen Länder die notwendigen Strukturreformen durchgeführt werden und für solide Haushalte gesorgt wird.

Unser Kurs war richtig, der da lautete: Wir wollen die Problemländer nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Solidarität ja, aber nur in Verbindung mit Solidität. Keine Vergemeinschaftung von Schulden und keine Aufweichung der Stabilitätskriterien. – Das gilt für alle Länder. Das gilt in Zukunft und aktuell für Italien und Frankreich. Dabei muss es auch bleiben. Dass diese Linie erfolgreich ist, haben die letzten Monate gezeigt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Thomas Oppermann [SPD])

Wir erleben – das ist in allen Debattenbeiträgen deutlich zum Ausdruck gekommen – eine Welt voller Krisen; gerade heute ist mir das bei der Rede des polnischen Staatspräsidenten wieder ganz bewusst geworden. Bei all den Krisen rings um uns herum mit ihren unterschiedlichen Ursachen muss uns doch immer wieder klar sein, welch großer Segen es ist, dass wir in der Europäischen Union verankert sind, dass wir in einer Europäischen Union als Friedens- und Freiheitsunion leben können, in einer Gemeinschaft, in der nicht irgendwelche Gebietsansprüche oder geostrategische Einflussphären eine Rolle spielen. Vielmehr ist die Europäische Union geprägt von Freiheit, Frieden und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das ist ein riesiges Glück für uns. Ich bin – das sage ich ganz offen – jeden Tag dankbar dafür,

- erst recht angesichts der Krisen, die wir in der Welt erleben. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass sich beispielsweise auch die Menschen in der Ukraine danach sehnen. Daher ist es unsererseits notwendig, nicht nur einfach zuzuschauen, sondern dies auch zu verteidigen und entsprechend politisch zu handeln. Ich unterstütze deshalb mit großem Engagement alle Entscheidungen, die die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister in den letzten Wochen und Monaten vorbereitet und getroffen haben. Es kann natürlich keine militärische Lösung geben. Es muss eine politische Lösung geben. Gespräche müssen weiterhin geführt werden. Aber es müssen auch klare Worte fallen, und es muss klare Kante gezeigt werden. Für den bisher eingeschlagenen Weg bin ich sehr dankbar. Ich bitte, auf diesem fortzufahren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich sind wir angesichts der Krisen als traditionelles Zufluchtsland auch mit Herausforderungen konfrontiert, die größere Anstrengungen von uns verlangen als in früheren Jahren. Wir rechnen in diesem Jahr mit etwa 200 000 Flüchtlingen; das wurde bereits angesprochen. Ich möchte meinerseits den Mitarbeitern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, das ich letzte Woche besucht habe, sehr herzlich für die Arbeit danken, die dort geleistet wurde und geleistet wird. Ich möchte auch all jenen danken, die in den Städten und Gemeinden bei der Betreuung der Flüchtlinge ehrenamtlich Hilfe leisten. Es ist großartig, was in vielen Städten und Gemeinden geleistet wird. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben hier einige Aufgaben zu bewältigen. Ich plädiere dafür, dass wir das gemeinsam machen, in gemeinsamer Verantwortung des Bundes, der Länder und der Kommunen, aber auch Europas. Ich wünsche dem Bundesinnenminister viel Erfolg bei seinen Verhandlungen, wenn es darum geht, auch die anderen europäischen Länder ein Stück weit stärker in die Pflicht zu nehmen.

Es kann nicht sein, dass die Flüchtlinge, die in Italien ankommen, nicht registriert werden, ihnen aber ein Zugticket gegeben wird, mit dem sie Richtung Norden fahren können. Das ist nicht im Sinne dessen, was auf europäischer Ebene vereinbart wurde, das ist nicht im Sinne des europäischen Geistes. An dieses Problem muss man herangehen, man muss es artikulieren, und das tut der Bundesinnenminister. Dafür bin ich sehr dankbar.

Was zu den sicheren Herkunftsländern vorhin gesagt wurde, teile ich. Wir sind darüber in Gesprächen. Ich hoffe sehr, dass wir zu einem Ergebnis kommen; denn es kann nicht sein, dass 20 Prozent der Asylbewerber in Deutschland aus drei Ländern des Westbalkans kommen, wobei deren Anerkennungsquote weniger als 1 Prozent

**Gerda Hasselfeldt**

- (A) beträgt. Das blockiert die Arbeit der Mitarbeiter im BAMF, das blockiert auch alle Aufnahmemöglichkeiten.

Ich möchte die Diskussion sehr sachlich führen und darauf hinweisen, dass die Einstufung als sicheres Herkunftsland nicht bedeutet, dass die Menschen, die aus diesen Ländern kommen, kein Asylverfahren bekommen. Es geht nur darum, dass die Beweislast anders ist, dass die Verfahren verkürzt werden können. Es hat natürlich jeder Einzelne ein Recht darauf, dass sein Antrag geprüft wird. Dies will ich nur zur Klarheit sagen, weil gelegentlich eine Legendenbildung erfolgt, die den Tatsachen nicht entspricht.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin vom Haushalt der Schwerpunkte gesprochen. Wir haben in diesem wie auch schon im vergangenen Haushalt deutliche Schwerpunkte gesetzt. Ein ganz wesentlicher ist der Schwerpunkt Bildung und Forschung. Wenn uns vor wenigen Tagen der Präsident des Fraunhofer-Instituts gesagt hat, dass wir beim Handel mit Produkten, die auf Forschung und Entwicklung basieren, an zweiter Stelle weltweit stehen, hinter China und noch vor den USA, dann macht das deutlich, dass die Anstrengungen der letzten Jahre nicht irgendwo verpufft sind, sondern sichtbar und spürbar sind. Die Hightech-Strategie, die Exzellenzinitiative, der Hochschulpakt – all das waren und sind Anstrengungen des Bundes in den vergangenen Jahren und aktuell, die weitergeführt werden und die zu diesem positiven Ergebnis geführt haben. Wir können heute sagen: Wir sind ein wichtiges Forschungsland in der Welt. Das haben wir uns in den letzten Jahren aufgebaut.

- (B) Der zweite Schwerpunkt liegt auf dem Bereich Soziales, Kinder, Familie. Wir reden heute schon gar nicht mehr über das Elterngeld; in manchen Ländern, wie in Bayern, gibt es auch noch das Landeserziehungsgeld. Es gibt das Betreuungsgeld und die Kindertagesbetreuung. Wir haben vieles für Familien mit Kindern getan, und wir tun das auch weiterhin, obwohl der Bund zum Beispiel für die Kinderbetreuung gar nicht originär zuständig ist. Das tun wir aus der festen Überzeugung heraus, dass unsere Politik eine Politik ist, die den Kindern, Jugendlichen und jungen Familien bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen, vor denen sie stehen, hilft.

Das Gleiche gilt übrigens auch in anderen Sozialbereichen, was ich aufgrund der Zeit nicht mehr vertiefen kann.

Aber eines will ich noch sagen: Wenn wir die Menschen fragen, wie es ihnen geht, wenn wir die Umfrageergebnisse sehen, wenn wir die objektiven Zahlen unserer Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung sehen, dann merken wir: Die Menschen sind zufrieden. Sie erkennen an, dass diese Bundesregierung sie durch schwierigste internationale Krisen gut, ja bestens gesteuert hat. Sie erkennen an, dass Deutschland eine hohe Reputation, ja höchste Anerkennung in der Welt genießt, nicht zuletzt durch die Arbeit der Bundeskanzlerin. Sie erkennen an, dass wir eine hervorragende Beschäftigungssituation haben. Sie erkennen an, dass wir einen starken Mittelstand haben, den wir auch pflegen müssen, und sie erkennen an, dass wir eine stabile Sozialversicherung mit hohen Sozialstandards im ganzen Land haben.

- (C) Diese Anerkennung und der Haushalt 2015 sind eine gute Grundlage, damit auch weiterhin erfolgreich gearbeitet werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die Kollegin Bettina Hagedorn hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Bettina Hagedorn (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Nach 46 Jahren gibt es das erste Mal keine neuen Schulden auf Bundesebene. Das ist auch für meine Kinder und Enkel eine richtig gute Nachricht. Die Kehrseite der Medaille, sozusagen der Preis dafür ist aber – darüber wird im Moment öffentlich und auch in diesem Hause debattiert –, dass unser öffentliches Vermögen verrottet; so hat es manch einer überspitzt formuliert. Insofern ist das Ganze auch für meine Kinder und Enkel in der Tat eine zwiespältige Nachricht. Darum will ich mich mit diesem Thema hier näher beschäftigen; es berührt uns alle in der Tat zutiefst.

Es wäre volkswirtschaftlich verantwortungslos, wenn wir uns um das, was wir an öffentlicher Daseinsvorsorge haben, was in Deutschland einmal traditionell mit einem hohen Standard versehen und in einem guten Zustand war, nicht in dem Umfang kümmern würden, wie es erforderlich ist.

(D) Auf dem gestrigen zweiten *Welt-Infrastruktur*gipfel hier in Berlin wurde moniert, dass wir bei der Qualität der Infrastruktur 2008 weltweit noch auf Platz drei lagen und aktuell auf Platz sieben abgerutscht sind. Das ist ein Trend, der uns nachdenklich machen muss.

Eine ganz besondere Rolle spielt in unserem Haushaltsentwurf der Etat von Herrn Dobrindt. Ich zitiere, was ein Landesverkehrsminister, den die meisten von uns noch als Kollegen kennen, nämlich Winfried Hermann von den Grünen, auf dem von mir gerade angesprochenen Infrastrukturgipfel forderte:

Der Bund hat 20 Jahre lang zu wenig investiert, das muss er jetzt nachholen mit mindestens 7,2 Milliarden Euro pro Jahr.

Gut gebrüllt, Löwe! 7,2 Milliarden Euro, das ist das Ergebnis der Beratungen der Bodewig-Kommission, das niemand hier im Hause ernsthaft anzweifeln will. Aber woher nehmen und nicht stehlen? Also, es wäre schon schön, wenn uns Vorschläge gemacht würden, wie diese 7,2 Milliarden Euro pro Jahr aufgebracht werden können.

Ein Blick in unseren Koalitionsvertrag lässt erkennen, wie wir dabei auf jeden Fall nicht vorgehen werden: Wir werden ganz bestimmt nicht neue Schulden machen; da sind wir uns einig. Wir sind uns auch einig – ich denke, darin sind wir uns auch mit Oppositionsabgeordneten in diesem Hause einig –, dass wir diese Summe schon gar nicht durch Umgehung der Schuldenbremse, die wir ge-

**Bettina Hagedorn**

- (A) meinsam in die Verfassung geschrieben haben, bereitstellen. Das wäre ja Lug und Trug; das kann es nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Herr Minister Dobrindt, unser Koalitionsvertrag enthält eine sehr kritische Formulierung zu PPP-Projekten; sie ist von Herrn Oppermann hier schon angesprochen worden. Dort ist eindeutig festgehalten, dass im Einzelfall nachgewiesen werden muss, dass PPP-Projekte wirtschaftlich günstiger sind als Projekte, bei denen die öffentliche Hand allein die Verantwortung trägt, etwa bei großen Verkehrsvorhaben. Darum gibt es in der Republik Auseinandersetzungen zwischen Ihnen, Herr Dobrindt, und dem Bundesrechnungshof; Sie selbst haben auf dem Infrastrukturgipfel darauf hingewiesen. Es tobt eine fröhliche Debatte.

Eines kann man, glaube ich, sagen: Von uns Koalitionspartnern wird diese Auseinandersetzung nicht als ideologischer Grabenkrieg geführt. Es geht nicht darum, ob man grundsätzlich dafür oder dagegen ist, sondern es geht darum, etwas möglich zu machen; aber es muss dann auch wirklich volkswirtschaftlich günstiger sein.

Der Wirtschaftsweisen Bofinger hat es auf dem Infrastrukturgipfel gut formuliert – heute steht das übrigens in der *Welt*; ich zitiere –:

- (B) Besser ÖPP als gar nichts. Das ist unstrittig. Aber eins ist klar: ÖPP ist insoweit teurer, als niemand sich so günstig verschulden kann wie der Staat. ÖPP muss eben auch finanziert werden, die Anleger wollen etwas damit verdienen, dass sie sich am Ausbau der Infrastruktur beteiligen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Besser als gar nichts“ ist Quatsch!)

Das, was er hier sagt, ist zutiefst richtig, und genau das sagt auch der Bundesrechnungshof, nämlich dass sich niemand so günstig verschulden kann wie der Staat.

Vor diesem Hintergrund will ich an dieser Stelle sagen, dass ich es gut finde, dass wir in der Koalition gemeinsam verabredet haben – es geht nicht nur darum, was wir alles nicht wollen, sondern wir wollen ja vor allen Dingen gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten suchen –, dass wir uns mit der Frage befassen – Sigmar Gabriel hat initiiert, dass es dazu in seinem Haus Expertenrunden gibt –: Wie kann man eigentlich das Vermögen von Menschen im Land nutzen? Thomas Oppermann hat darauf hingewiesen, dass Deutsche ihr Vermögen teilweise im Ausland investieren, und zwar in Projekte, die sehr zwiespältig sind. Warum suchen wir nicht lieber einen Weg, der es möglich macht, dass sie in die Infrastruktur hier in Deutschland investieren? Auf diesem Weg sind wir. Das finde ich ausdrücklich gut. Das Ganze ist ergebnisoffen.

Was ich aber hinzufügen will, ist: Wir sind uns einig, dass wir auf diese Art und Weise nicht privatisieren wollen, wie Herr Gysi uns heute Morgen unterstellen wollte; wir wollen die Infrastruktur im öffentlichen Eigentum behalten. Wir wollen die Verantwortung dafür nicht etwa

abgeben; wir wollen nur ihren Erhalt intelligent möglich machen. Da ist besonders wichtig, dass wir für diese Güter der Daseinsvorsorge die politische und die demokratische Steuerung sowie die parlamentarische Kontrolle behalten, und das setzt Transparenz voraus. Das sind drei Schlüsselworte. Wenn die drei Schlüsselworte „Steuerung“, „Kontrolle durch das Parlament“ und „Transparenz“ eine Seite der Medaille sind, dann kriegen wir es gemeinsam mit Sicherheit hin, dass die „Mobilisierung von privatem Kapital“ die andere Seite der Medaille wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein spannender Prozess. Nur dann, wenn wir das miteinander hinkriegen, können meine Kinder und Enkel sagen: Super! Ihr macht nicht nur keine neuen Schulden mehr, sondern ihr sorgt auch dafür, dass das, was der Staat an Vermögen hat, nicht verrottet, sondern auch für die nächste Generation noch vorhanden ist. – Dann hätten wir den Praxistest ernsthaft bestanden.

Wenn wir darüber reden, dass wir für Verkehrs Investitionen nicht genug Geld haben, dann müssen wir noch etwas in den Blick nehmen, und das ist die Einnahmesituation in Ihrem Haus, Herr Dobrindt. Da haben wir in der Vergangenheit durchaus Gutes gemacht. Wir haben in Deutschland nämlich die Lkw-Maut eingeführt. Bei dem Stichwort „Lkw-Maut“ haben manche gar nicht im Blick, wie viel Geld dadurch tatsächlich in Ihrem Etat ankommt, Herr Dobrindt, und damit in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden kann. Das waren in den letzten fünf Jahren 22 Milliarden Euro – 22 Milliarden Euro!

Wir haben im Koalitionsvertrag verabredet, dass wir die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen ausweiten wollen. Das ist enorm wichtig. Ich glaube, durch diese Summe ist noch einmal deutlich geworden, dass wir hier nicht sozusagen über Peanuts reden. Um 2 Milliarden Euro, so schätzen wir, könnten wir damit Ihren Etat, Herr Dobrindt, à la longue, und zwar nachhaltig und auf Dauer, vergrößern: von round about 10 auf 12 Milliarden Euro. Das wäre natürlich eine richtig gute Sache. Darum will ich hier sagen: Diesen Weg müssen wir dringend weiterverfolgen.

Ich weiß, dass das Thema Maut öffentlich und in den Medien im Moment völlig anders besetzt ist; ich möchte davon auch keineswegs ablenken. Ich will nur sagen: Im Thema Lkw-Maut steckt, finanziell betrachtet, der wesentlich größere Betrag. Ich glaube, dass sich alle Deutschen – egal wie sie zur Pkw-Maut stehen – in einem Punkt einig sind: Es sind doch die großen Lkw, die unsere Straßen ganz erheblich kaputtmachen. Darum sollten wir diesen Weg gemeinsam gehen.

Damit Sie die Dimension erkennen: Aktuell wird auf 13 000 Kilometern Bundesfernstraßen für Lkw mit 12,5 Tonnen – zukünftig schon ab 7,5 Tonnen; die Gesetze werden kommen – Maut erhoben. Unser Ziel ist, dass auf 40 000 Kilometern Bundesfernstraßen Maut erhoben wird, also eine Verdreifachung. Man kann sich vorstellen, dass dadurch viel Geld eingenommen wird. Das ist auch angemessen; denn wir wissen, dass viele

**Bettina Hagedorn**

- (A) Lkw zum Leidwesen der Anwohner die Autobahn verlassen und dadurch verstärkt Straßen belasten, die dafür eigentlich nicht geeignet sind. Für die Leute, die dort wohnen, bedeutet das zusätzlichen Lärm und einen schlechteren Zustand der Straßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle haben wir gemeinsam viel vor. Dass wir die Aufgabe, mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur zu bekommen, gemeinsam lösen, darauf setzen die Menschen in diesem Land große Hoffnung. Ich bin gespannt, inwieweit uns die Verwirklichung dieses hehren Ziels im Laufe der Haushaltsberatungen in den nächsten zwei Monaten gelingen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Harald Petzold für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Harald Petzold** (Havelland) (DIE LINKE):

- (B) Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Staatsministerin! Liebe Besucherinnen und Besucher der heutigen Sitzung! Als ich das letzte Mal an dieser Stelle über den Entwurf des Einzelplans der Staatsministerin für Kultur und Medien gesprochen habe, konnte ich meine Rede mit einem Lob einleiten. Damals waren 90 Millionen Euro zusätzlich für den Etat „Kultur und Medien“ zu feiern gewesen. Diese zusätzlichen Millionen waren fraktionsübergreifend erstritten worden. Heute kann ich leider nicht mit einem solchen Lob beginnen.

Ich muss feststellen, dass der Entwurf des Einzelplans „Kultur und Medien“ ideologischem Ballast folgt, dass er zweitens nicht auf der Höhe der Zeit ist und dass er drittens verteilungstechnisch unausgewogen ist. Ich möchte Ihnen das begründen.

Zum Ersten. Frau Staatsministerin, mit insgesamt 12 Millionen Euro wollen Sie den Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam unterstützen. 12 Millionen Euro für ein Vorhaben, das selbst von der großen Mehrheit der Potsdamerinnen und Potsdamer strikt abgelehnt wird. Stellen Sie sich vor, was wir allein in Potsdam mit diesem Geld für Soziokultur, für Theaterprojekte, für Ausstellungen, für Kulturvereine, für Künstlerinnen und Künstler anstellen könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie wollen Geld für die Wiedererrichtung eines Gebäudes ausgeben, das in der Geschichte Deutschlands zu einem Symbol für den preußischen Militarismus und die nationalsozialistische Machtergreifung wurde. Sie fördern ein Bauwerk, dessen Wiedererrichtung selbst für Christinnen und Christen eine Zumutung darstellt. Eine wiedererbaute Garnisonkirche in Potsdam wäre nachträglich eine Demütigung des evangelischen Widerstan-

des gegen die Barbarei, wie er in der Bekennenden Kirche zum Ausdruck gekommen ist. (C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich möchte Sie bitten: Lassen Sie uns gemeinsam verhindern, dass ein Tempel der Täter wieder errichtet wird, auch im Respekt vor unseren gemeinsamen Opfern, die unsere beiden Parteien bzw. Vorgängerparteien in der Zeit der Nazidiktatur hinnehmen mussten.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Kollege Kauder, Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn Sie fragen, was wir aus der Geschichte lernen, und fordern, dass Aufklärung und Information in den Schulen stattfinden müssen. Ich möchte Sie zum zweiten Mal darauf aufmerksam machen, dass im Haushaltsentwurf der Staatsministerin für Kultur und Medien das Sonderinvestitionsprogramm für Gedenkstätten auf null gesetzt worden ist. Ich frage Sie, ob es unser Ernst ist, dass wir hier um 9 Uhr eine Gedenkstunde aus Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges begehen und anderthalb Stunden später ein Haushalt vorgelegt wird, der für Gedenkstätten für die Opfer dieser faschistischen Barbarei keine Sonderinvestitionen mehr vorsieht. Ich sage das auch als Vertreter eines Wahlkreises, in dem sich mit den Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück zwei ganz besonders wichtige Gedenkstätten befinden. Ich möchte Sie bitten, diesen unhaltbaren Zustand nicht aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist absurd, auf der einen Seite ein fragwürdiges, rückwärtsgewandtes Bauprojekt zu unterstützen und auf der anderen Seite mit dem Zukunftsprojekt „Digitale Agenda“ einen Text vorzulegen, der alles andere ist als eine Agenda. (D)

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Dieses Papier ist bestenfalls eine Sammlung aus Absichten und Unverbindlichkeiten. Allein sein medien- und kulturpolitisches Kapitel leidet unter inhaltlicher Schwindsucht.

Sie erklären, dass die Deutsche Digitale Bibliothek ausgebaut werden soll, sagen aber nicht, wie. Die einzelnen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen sind mit den an sie gerichteten Anforderungen der Digitalisierung in technischer, organisatorischer und personeller Hinsicht sehr oft einfach überfordert. Deswegen sagt die Linke – und das seit vielen Jahren –: Es braucht keine weiteren Ankündigungen, die zu nichts verpflichten, es braucht eine nationale Digitalisierungsstrategie, unteretzt mit einem Sonderprogramm in Höhe von rund 30 Millionen Euro zur Digitalisierung des kulturellen Erbes.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Zahlen habe ich mir nicht selber ausgedacht, sondern sie stammen vom Fraunhofer-Institut. Ich sage: Je länger wir mit einer solchen Strategie warten, umso teurer wird es am Ende.

**Harald Petzold (Havelland)**

- (A) Der dritte Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Medienordnung. Ich gönne den Menschen in Thüringen eine bessere Regierung, und ich gönne ihnen mit Bodo Ramelow einen linken Ministerpräsidenten. Ich als Medienpolitiker habe natürlich verständlicherweise ein Eigeninteresse an einem politischen und personellen Wechsel in der Erfurter Staatskanzlei; denn in den Staatskanzleien wird die Medienpolitik gemacht, unter anderem auch die Medienordnung.

Wenn die Kanzlerin sagt: „Wir müssen die Start-up-Unternehmen stärker unterstützen“, dann sage ich: Natürlich! Das hat etwas mit der Medienordnung zu tun. Denn die Medienordnung stimmt seit langem nicht mehr mit dem überein, was tatsächlich Medienrealität ist. Deswegen brauchen wir an dieser Stelle unbedingt eine Änderung und einen neuen Impuls.

(Martin Dörmann [SPD]: Die Bund-Länder-Kommission ist ja schon längst verabredet!)

Daher sage ich: Am Sonntag wählen gehen in Thüringen und Brandenburg und die Linke wählen! Das ist ein guter Schritt, damit an dieser Stelle endlich eine Veränderung einsetzt und wir auch in der Medienordnung vorankommen.

Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

- (B) Das Wort hat die Staatsministerin und Beauftragte für die Angelegenheiten der Kultur und Medien, Professor Dr. Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Monika Grütters**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der bewegenden Gedenkstunde heute Vormittag zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren fällt es in einer Debatte über den Kulturhaushalt, der auch die Mittel für die Erinnerungskultur und die authentischen Orte des Gedenkens einschließt, in der Tat nicht leicht, einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Ich bitte den Fraktionsvorsitzenden der Linken, Herrn Gysi, ganz kurz zuzuhören. – Herr Petzold, Sie haben kritisiert, es seien Mittel für das Gedenken gestrichen worden. Das ist nicht richtig. Das Gegenteil ist der Fall: Mehrere neue Gedenkstätten wie zum Beispiel der Jugendwerkhof Torgau wurden in die Gedenkstättenkonzeption aufgenommen. Außerdem haben wir die Mittel für dieses Gedenkjahr erheblich erhöht, unter anderem, weil wir die Ausstellung zur friedlichen Revolution vor 25 Jahren am Standort Normannenstraße neu errichten möchten.

Mit Blick auf unsere Gedenkstunde und die aktuelle politische Situation bin ich dankbar für den geradezu symbolträchtigen Zufall, dass sich ausgerechnet heute, am 10. September 2014, die Überführung des wohl berühmtesten Picasso-Bildes nach Spanien zum 33. Mal

jährt. Es ist ein Gemälde, das, so denke ich, wie kaum ein anderes geradezu symbolhaft wie eine zeitlose Antikriegsikone wirkt. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist das Bild „Guernica“. Dieses Bild sollte nach Picassos Willen erst dann in sein Heimatland Spanien rücküberführt werden – es war bis dahin im MoMA in New York –, wenn sein Heimatland wieder eine Demokratie ist.

Es ist 1937 unter dem Eindruck der deutsch-italienischen Luftangriffe während des spanischen Bürgerkriegs entstanden. Guernica, die gleichnamige baskische Stadt, wurde dabei dem Erdboden gleichgemacht; mehr als 1 500 unschuldige Menschen wurden ermordet. Auf rund 27 Quadratmetern Leinwand sind heute tote, verstümmelte, in Panik flüchtende Menschen und Tiere zu sehen, abgetrennte Gliedmaßen, aufgerissene Mäuler – das blanke Entsetzen eines Krieges eben. „Guernica“ offenbart schonungslos die Gräueltaten jedes Krieges und zwingt uns, zu sehen, was im bloßen Abwägen des Für und Wider eben nicht immer sichtbar wird. Darin liegt das Subversive, das Verstörende, aber eben auch die Kraft der Kunst, auch dieses Werkes.

Es sagt viel über die Verfasstheit einer Gesellschaft aus, ob sie bereit ist, sich damit wirklich auseinanderzusetzen. Wir haben nicht zuletzt aus unserer Erfahrung mit der menschenverachtenden Diktatur des Nationalsozialismus die Lehre gezogen, dass wir die Künstler, die Kreativen, die Vor-, die Querdenker als kritisches Korrektiv unserer Gesellschaft brauchen, als Stachel im Fleisch der Demokratie – deshalb ist deren Freiheit schon sehr früh in der Verfassung, in Artikel 5, festgeschrieben. Sie sind es, die immer wieder Grenzen ausloten, provozieren, hinterfragen, aber eben auch verhindern, dass intellektuelle Trägheit, argumentative Fantasielosigkeit und auch manche politische Bequemlichkeit die Demokratie einschläfern. Vielfalt und Freiheit für Kultur und Medien zu sichern, muss deshalb oberster Grundsatz unserer Kulturpolitik sein. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir über den Kultur- und Medienetat reden, meine Damen und Herren, dann reden wir immer auch darüber, was uns die kulturelle Vielfalt und Freiheit wert sind. Deshalb bin ich froh, dass wir den Kulturhaushalt des Bundes trotz des notwendigen und richtigerweise strikten Sparkurses auch gegenüber dem zweiten Regierungsentwurf des Haushalts 2014 noch einmal leicht erhöhen konnten. Das ist auch ein Bekenntnis der Regierung zum besonderen Stellenwert der Kunst und Kultur. Ich bin froh, dass dies hier sehr wohl fraktionsübergreifend unterstützt wird.

Eine in diesem Sinne gute und enge Zusammenarbeit wünsche ich mir aber auch mit den Ländern und Kommunen. Ich habe nach dem ersten Treffen im März mit den 16 Kulturministerkolleginnen und -kollegen der Länder sowie den Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände vereinbart, dass wir uns künftig zweimal im Jahr in dieser Zusammensetzung

**Staatsministerin Monika Grütters**

- (A) treffen. Das hatte es noch nie gegeben, aber es soll jetzt wegen der guten Erfahrungen verstetigt werden.

Außerdem bin ich in den letzten Monaten in 27 Städten und Kommunen gewesen und habe immer wieder zwei Erfahrungen machen müssen.

Die eine Erfahrung ist: Es gibt Länder, die aufgrund des Engagements des Bundes die Mittel für ihre Förderprogramme, beispielsweise Nordrhein-Westfalen im Bereich des Denkmalschutzes, prompt nicht nur herunterfahren, sondern ganz streichen. So war das nicht gemeint, und so darf es auch nicht sein. Wir müssen die Länder gelegentlich durchaus öffentlich stärker in die Pflicht nehmen. Auf Kulturhoheit pochen und sich bei der Finanzierung aus der Verantwortung stellen – das geht so nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum anderen sehen wir, dass gelegentlich Kommunen, die ja eigentlich sehr viel für die Kultur tun – natürlich kennen auch wir die finanziellen Nöte der Städte und Gemeinden – jetzt gerade hier den Rotstift ansetzen. Das kostet mittelfristig mehr, als es an Einsparungen bringt; das wissen wir. Ich bitte Sie, auch in Ihren Wahlkreisen immer mal wieder auf diesen Mechanismus hinzuweisen – das muss man nämlich vor Ort tun – und nicht nur hier zu applaudieren.

- (B) Der Bund tut alles, was im Rahmen des Grundgesetzes möglich ist, um die kulturelle Vielfalt vor Ort zu fördern. Da gibt es nicht nur herausragende Programme wie zum Beispiel den Kinoprogrammpreis, den Spielstättenprogrammpreis und das Programm zur Förderung der Digitalisierung von Kinos, damit sie als Kulturorte erhalten bleiben, sowie die Denkmalschutzprogramme – auch im Bereich Buch wollen wir künftig etwas tun –, sondern wir entlasten die Kommunen auch materiell, zum Beispiel bis 2016 von den Pflichtleistungen für Kosten der Unterkunft und Grundsicherung im Alter, und zwar in Milliardenhöhe. Das schafft Investitionsfreiräume, die gut für freiwillige Leistungen und da zuerst für die Kultur genutzt werden können.

Im Rahmen dieses kleinen kulturföderalistischen Exkurses möchte ich aber auch sagen, dass vieles in der Zusammenarbeit supergut funktioniert. Ich bin ehrlich stolz, dass es in Zusammenarbeit mit allen Bundesländern, mit den Kommunen und der Kulturstiftung der Länder gelingen wird, unser Deutsches Zentrum Kulturverluste tatsächlich noch Ende dieses Jahres an den Start zu bringen – in Form einer Stiftung, die in Sachsen-Anhalt gegründet wird. Wir haben darüber hinaus auch international Erfolge: Die Vereinbarung mit der israelischen Regierung über die Zusammenarbeit ist geschlossen. Dass das in so kurzer Zeit auf beiden Seiten möglich war, zeigt, finde ich, wie Zusammenarbeit in der Kultur funktionieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Martin Dörmann [SPD])

Das ist deshalb wichtig, weil es in 60 Prozent aller Museen Bestände gibt, die noch nicht erforscht sind, aber

- (C) nur 10 Prozent dieser Museen die Mittel haben, um solche eine Arbeit zu leisten. Ich finde, es ist unser aller Aufgabe, dabei zu helfen, und das tun wir gern.

Ein weiteres Thema, das in Gesprächen mit Künstlern und Kreativen immer wieder hochkommt, ist die Sorge, dass die Vielfalt der Kultur in unserem Land Stück für Stück dem Primat des Ökonomischen geopfert werden könnte. Ich nehme diese Sorge sehr ernst und werde einiges tun, um die Freiheit der Kunst konkret zu stärken. Das gilt zum Beispiel für die staatliche Filmförderung – der Film hat eben einen Doppelcharakter: Wirtschaftsgut und Kulturgut –, das gilt aber natürlich auch für die Buchpreisbindung. Gerade Filme und Bücher sind in unserer Kulturnation wichtig, weil sie viel mehr sind als bloße Handelsobjekte.

Deshalb habe ich mich auch mit den Autoren solidarisiert, die von Amazon unter Druck gesetzt worden sind. Natürlich sind Rabattverhandlungen mit den Verlagen wirtschaftlich legitim. Ich glaube, der Sündenfall besteht in diesem Fall darin, dass man sich an den Autoren, an den Künstlern, die am Beginn der Kette stehen, rächt, wenn die Verlage auf die Rabattforderungen nicht eingehen. Das geht kulturpolitisch wirklich zu weit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Es gibt ja nur einen kleinen Handlungsspielraum für Gegenmaßnahmen. Wir können über kartellrechtsähnliche Regeln bei Google, Amazon usw. nachdenken, aber wir können natürlich auch kulturpolitisch etwas tun, zum Beispiel mit einem Preis für kleine, inhabergeführte Buchhandlungen, um dieses Netz geistiger Tankstellen, wie Helmut Schmidt es so schön gesagt hat, ein bisschen zu stärken. Ich glaube, dass selbst kleine Summen – analog zum Kinoprogrammpreis – große Wirkung entfalten können. Damit passen wir auch unsere Arbeit an diese neue Herausforderung an.

Am Beispiel Amazon sehen wir aber auch, worin die vielleicht größte Herausforderung für die Kultur- und Medienpolitik im digitalen Zeitalter besteht: Es geht darum, die Rahmenbedingungen für ästhetische Vielfalt und Meinungsvielfalt der digitalen Lebenswirklichkeit anzupassen. Die Demokratie lebt von unterschiedlichen Standpunkten, Perspektiven und Weltanschauungen. Diese Vielfalt in unserer Medien- und Kulturlandschaft zu sichern und dabei der Perspektive der Kunst zur Geltung zu verhelfen – neben dem Blickwinkel der Ökonomie, des Rechts, der Wissenschaft, der Religion –, das bleibt, glaube ich, über das Haushaltsjahr 2015 hinaus eine große Herausforderung. Dabei hoffe ich natürlich weiterhin auf Ihre Unterstützung, ganz im Sinne Pablo Picassos, der – das möchte ich zum Abschluss sagen –, lange bevor er „Guernica“ gemalt hat, es einmal so formuliert hat – ich zitiere –:

Wir alle wissen, daß Kunst nicht Wahrheit ist.  
Kunst ist

– manchmal –

**Staatsministerin Monika Grütters**

- (A) eine Lüge, die uns die Wahrheit begreifen lehrt, wenigstens die Wahrheit, die wir als Menschen begreifen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, liebe Monika Grütters. – Nächste Rednerin in der Debatte für Bündnis 90/Die Grünen: Tabea Rößner.

**Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in bewegten Zeiten. Kultur und Medien sollen uns – gerade in solchen Zeiten – zum Reflektieren anregen, helfen, aktuelle Geschehnisse einzuordnen, oder der Stachel im Fleisch sein, wie Frau Grütters es eben sagte. Sie stehen aber selbst vor einem Umbruch.

Eine der größten Herausforderungen ist das Handelsabkommen TTIP. Eigentlich sollen Kultur und audiovisuelle Medien ausgenommen sein, aber wer kann da – bei so intransparenten Verhandlungen – so sicher sein? Es ist doch bezeichnend, Frau Grütters, dass Sie TTIP nicht einmal erwähnt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

- (B) Deshalb frage ich Sie: Was ist tatsächlich mit unseren Kulturgütern, die die Amerikaner nur als Wirtschaftsgüter betrachten? Was ist mit der Buchpreisbindung? Was ist mit der Filmförderung? Was ist mit dem Schutz der Urheber? Und was ist mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Wir sagen ganz klar: Europäische Kulturstandards dürfen den Handelsinteressen nicht geopfert werden!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Martin Dörmann [SPD]: Dafür werden wir sorgen!)

Natürlich gibt es Befürchtungen der Kreativen in Deutschland. TTIP soll den Markt liberalisieren und Subventionen und Preisbindungen beseitigen, die den Wettbewerb verzerren könnten. Da wird deutlich, gegen wen wir hier antreten: Das sind Giganten wie Amazon, die ein Interesse daran haben, europäische Standards zu mindern. Amazon hat mit seinem erpresserischen Vorgehen ja sehr deutlich gezeigt, welche Ambitionen es tatsächlich hat. Buchpreisbindung, Urheberrecht, Filmförderung – all dies sind für solche Konzerne europäische Sonderlinge, die dem Profit im Wege stehen. Aber für uns sind Kultur und Medien eben nicht nur Ware. Sie sind elementar für eine vielfältige, für eine innovative, für eine demokratische Gesellschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bieten uns in bewegten Zeiten Halt. Deshalb ist es unsere Aufgabe, sie zu schützen.

Die Staatsministerin ist sehr spät auf den fahrenden Protestzug aufgesprungen. Die französischen Kollegen

- (C) haben sich früher und auch viel engagierter für diese Ausnahmen eingesetzt. Wir fordern die Bundesregierung auf: Ziehen Sie die Notbremse! Binden Sie die Akteure ein, und sorgen Sie für Transparenz!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Martin Dörmann [SPD]: Das wird doch gemacht!)

Auch die Deutsche Welle steht vor bewegten Zeiten. Die Umstrukturierung des Senders bereitet vielen Sorge. Der Intendant will den BBCs und CNNs dieser Welt Konkurrenz machen, muss aber gleichzeitig sparen. Die Inhalte sollen multimedial sein, und zugleich soll das Fernsehprogramm ausgebaut werden. Das ist so, als würde man gleichzeitig vorwärts und rückwärts laufen wollen. Solch ein Laufen ist nicht sinnvoll und kostet vor allen Dingen viel Kraft. Über 200 der 3 000 Mitarbeiter stehen bereits auf der Straße. Ist das sozial verträglich?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mitten in der Umstrukturierung werden viele Mitarbeiter im Regen stehen gelassen. Das können wir so nicht dulden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (D) Noch ein paar Worte zum Film. Die Staatsministerin ist dabei, sowohl das Erbe als auch die Zukunft des deutschen Films zu verspielen.

Unser Filmerbe besteht aus Zehntausenden Filmrollen. Um sie zu bewahren, müssen sie digitalisiert werden. Aber die extra Million, die es 2014 gab und die im Juli schon aufgebraucht war – mit diesem Geld wurden gerade einmal 74 Filme digitalisiert! –, ist im Haushaltsjahr 2015 wieder gestrichen. Es fehlt vor allem ein Konzept, wie das Filmerbe dauerhaft gerettet werden kann. Das muss – wie vieles andere auch – dringend angegangen werden.

Und die Zukunft des Films kürzen Sie sukzessive ein. 2013 gab es 70 Millionen Euro für den Filmförderfonds, dieses Jahr 60 Millionen Euro und für das nächste Jahr sind trotz gegenteiliger Ankündigungen nur noch 50 Millionen Euro eingeplant. Wenn das so weitergeht, dann haben Sie 2020 den Filmförderfonds abgewickelt.

(Marco Wanderwitz [CDU/CSU]: So ein Blödsinn!)

Die Förderung deutscher Produktionen ist nicht nur kulturell von Wert, sondern auch wirtschaftlich. Jeder investierte Euro bringt 6 Euro für die Wirtschaft. Wenn wir dann auch noch offen und ehrlich die Vergabe der Gelder evaluieren würden, hätten wir richtig was für den Filmstandort Deutschland getan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE])



**Tabea Rößner**

- (A) Wir sollten der Kultur und den Medien gute und verlässliche Partner sein. Denn in unruhigen Zeiten zeigt sich, auf wen man sich tatsächlich verlassen kann.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin in der Debatte: Hiltrud Lotze für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

**Hiltrud Lotze (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste auf den Tribünen! Wir haben heute Morgen in einer Gedenkstunde des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren gedacht. Der polnische Staatspräsident Komorowski hat dazu eine beeindruckende europäische Rede gehalten. Sie hat mich an die Worte von Alfred Grosser erinnert, der im Juli auch hier zu uns gesprochen hat, als wir des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren gedacht haben. Das sind zwei historische Ereignisse, die uns eines mehr als deutlich machen, nämlich die Bedeutung Europas als Friedensprojekt. Beide Festredner haben das deutlich betont. Die Europäische Union ist aus den Ruinen zweier Weltkriege entstanden, aus der Sehnsucht der Menschen nach Frieden und Freiheit. Auch Präsident Komorowski hat noch einmal deutlich hervorgehoben, dass wir in Europa die Zukunft nur gemeinsam gestalten können.

(B)

Die Erinnerung an die schmerzliche Vergangenheit des 20. Jahrhunderts läuft aber auch Gefahr, eher trennend als identitätsstiftend für die Europäische Union zu wirken. Gerade in diesen Tagen sehen wir, dass sich jede Nation primär an das je eigene Schicksal erinnert. Die Gedenkveranstaltungen und die Inhalte unterscheiden sich doch sehr. Ein gemeinsames europäisches Geschichtsbewusstsein, ein Wir-Gefühl ist da noch nicht wirklich zu erkennen. Dabei geht es nicht darum, eine Gleichmacherei in der Gedenk- oder Geschichtspolitik zu erreichen, ganz im Gegenteil: Die Verantwortung und Schuld Deutschlands sind unbestritten und dürfen auch nicht vergessen werden.

Es bietet sich hier jedoch die Gelegenheit, eine historische Chance zu ergreifen, nämlich uns mit den europäischen Nachbarn über unsere Vergangenheit auszutauschen, das Trennende nicht zu verschweigen, aber eben auch das Gemeinsame unserer europäischen Geschichte zu betonen, und zwar mit dem einen Ziel, uns besser zu verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem gegenseitigen Verstehen kann dann eine gemeinsame europäische Identität erwachsen, die wir doch dringender brauchen als je zuvor. Auch ich darf Richard von Weizsäcker zitieren:

Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.

- Gemeinsames Gedenken und Erinnern in Europa machen uns gemeinsam stark für die Zukunft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier sind wir Kulturpolitiker gefragt. (C)

Natürlich muss sich dieses Ansinnen – Gedenken und Erinnern – auch im Haushalt, den wir hier debattieren, wiederfinden. Das ist natürlich eine ziemlich große Aufgabe, die wir damit für den doch recht übersichtlichen Etat der Beauftragten der Bundesregierung formulieren, der für das nächste Jahr 1 237 231 000 Euro umfasst. Verglichen mit dem Regierungsentwurf für 2014 steigt das Budget für Kulturpolitik aber immerhin um 2,2 Prozent. Damit, denke ich, sind wir doch recht gut ausgestattet und können die Kulturpolitik auf hohem Niveau fortführen, zumal es uns bislang in den Haushaltsberatungen eigentlich immer gelungen ist, bestimmte Schwerpunkte noch einmal zu verstärken, auch wenn es die Kulturstaatsministerin nicht geschafft hat, die Erhöhungen an allen Stellen fortzuschreiben. Aber gerade wir Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker wissen ja: Wir müssen immer ein bisschen mehr kämpfen als die anderen. Dabei haben uns die Haushaltspolitiker – ich sehe da den Kollegen Kruse – bisher immer unterstützt. Gemeinsam haben wir auch viel für die Kultur erreicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Schauen wir uns den Etat einmal genauer an – ich erlaube mir, auch da symbolisch die erinnerungs- und gedenkpolitische Brille aufzusetzen; zu weiteren Aspekten des Etats wird mein Kollege Burkhard Blienert gleich noch etwas sagen, weil wir ja über den Etat für Kultur und Medien sprechen –: Mit Blick auf die historischen Ereignisse, derer wir 2014 gedenken, wurde im Haushalt 2014 für die historischen Jahrestage eine Summe von 550 000 Euro zur Verfügung gestellt. Im Regierungsentwurf für 2015 ist diese Position leider auf null gesetzt. Das ist ein Punkt, über den wir angesichts der anstehenden Jubiläen in 2015 – ich erinnere an die Wiedervereinigung – noch einmal reden müssen. Die friedliche Revolution war ja nicht am 31. Dezember 1989 beendet, sondern sie setzte sich im darauffolgenden Jahr fort. Wie wichtig dieses Ereignis für Deutschland und für Europa war und wie sehr es unsere Welt verändert hat, hat Herr Komorowski auch heute Morgen betont. Ich denke, hier sollten wir uns doch sehr um ein europäisches Gedenken bemühen.

(D)

Ein wichtiger Akteur, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die europäische Erinnerungskultur zu fördern und ein gemeinsames Geschichtswissen über die Grenzen hinweg zu entwickeln, ist das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität. Deutschland beteiligt sich daran mit 300 000 Euro. Diese Mittel werden auch 2015 wieder zur Verfügung stehen, was ich sehr begrüße. Wir haben übrigens im Koalitionsvertrag die Bedeutung dieses Netzwerkes festgeschrieben. Dem muss natürlich auch der Haushalt der Kulturstaatsministerin Rechnung tragen.

Ebenfalls im Koalitionsvertrag besonders erwähnt ist das Gedenkstättenkonzept des Bundes. Dieses wollen wir weiterentwickeln, auch um der positiven Momente

**Hiltrud Lotze**

- (A) unserer Geschichte – ich nannte eben schon die Wiedervereinigung – zu gedenken. Der Titel erfährt mit 7 670 000 Euro in 2015 eine Steigerung um fast 2 Millionen Euro.

Gedenkstätten – wir haben eben in der Debatte schon etwas darüber gehört – haben ja eine wichtige Funktion. Sie können und sollen das Gedenken lebendig halten und gerade auch jungen Menschen ein authentisches Bild unserer Geschichte vermitteln. Wir leben in einer Zeit, in der es immer weniger Zeitzeugen, die an die Zeit des Nationalsozialismus oder an Flucht und Vertreibung erinnern könnten, gibt. Deswegen ist es so wichtig, die Gedenkstätten weiterhin in die Lage zu versetzen, ihre Aufgabe wahrzunehmen. Sie dürfen sich nicht einfach zu Denkmälern entwickeln, die ich mir angucke, aber von denen keine Impulse und keine Bildung ausgehen.

Gerade das Interesse von Jugendlichen zum Beispiel an Orten der Nazivergangenheit ist groß. Dieses Interesse, das vorhanden ist, dürfen wir nicht verspielen. Aber gerade diese NS-Gedenkstätten – das ist eben schon gesagt worden – klagen über einen Investitionsstau. Schon im Haushalt 2014 wurde ein Sonderinvestitionsprogramm eingestellt, weil die Bundesländer nicht in der Lage waren, mitzufinanzieren. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir hier über andere Möglichkeiten und Wege nachdenken, um den Bundesländern bei dieser wichtigen Aufgabe zu helfen.

- (B) Ich sprach bereits darüber, dass wir aus Geschichte lernen wollen. Dazu will ich noch ganz kurz das zentrale Projekt der nächsten Jahre ansprechen, den Wiederaufbau des Berliner Schlosses, vor allen Dingen aber das darin enthaltene Humboldt-Forum. Jeder, der daran vorbeigeht oder vorbeifährt, merkt, dass da schon ziemlich was zu sehen ist. Soweit wir wissen, läuft da auch alles nach Plan. Was aber unsere höchste Aufmerksamkeit als Kulturpolitiker verdient, ist die inhaltliche Ausgestaltung und das Konzept des Humboldt-Forums. Hier soll sich ja – so ist die Idee – die Welt treffen und über kulturelle Grenzen hinweg die wichtigen Themen der Zeit verhandeln. Insofern ist das eine einmalige und historische Chance.

Ebenfalls wollen wir die Planungen und Bauvorhaben der Stiftung Preußischer Kulturbesitz unterstützen, die ein einzigartiges kulturelles Erbe bewahrt. Dafür sind 25 Millionen Euro zusätzlich für Bauinvestitionen in den Haushaltsentwurf der BKM eingestellt. Das ist eine beträchtliche Summe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Schluss noch einmal betonen, dass wir mit dem Entwurf der Bundesregierung für den Etat der Beauftragten für Kultur und Medien in 2015 eine erfreuliche Arbeitsgrundlage haben. Gemeinsam mit unseren Haushältern, die ebenso wie wir ein großes Herz für die Kultur haben, werden wir uns bemühen, noch einige Akzente zu setzen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Lotze. – Nächster Redner in der Debatte: Rüdiger Kruse für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Rüdiger Kruse (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden schon gelesen oder gehört haben: Die Einbringung eines Haushaltes, der eine schwarze Null hat, ist ein historisches Ereignis. Okay. Warum ist das ein historisches Ereignis? Was macht etwas zu einem geschichtlichen Ereignis? Nicht nur die Tatsache, dass es irgendwann vergangen sein muss, sondern auch, dass daran erinnert wird, das heißt, dass darüber gesprochen wird. Geschichten müssen erzählt werden. Eine Tat allein führt nicht dazu, dass etwas historisch wird. Vergangenheit garantiert nicht die Ewigkeit der Geschichtsschreibung.

Die Frage ist ja auch angesichts der vielen Mühe, die man darauf verwendet, diese schwarze Null zu erreichen: Warum tut das der Bundesfinanzminister? Was ist da sein Antrieb? Hat er jetzt eine besondere Schwäche für Nullen? Wenn ich mir seinen Mitarbeiterstab ansehe, kann ich das nicht unterschreiben. Daran wird es nicht liegen. Eine schwarze Null steht eben für Stabilität. Stabilität ist ein hoher Wert. Das kennen wir von Gebäuden. Wir erwarten, dass sie stabil sind. Aber warum erwarten wir das? Wir erwarten das, weil wir ihre Funktion nutzen wollen. Das heißt, das Gebäude muss einen Sinn machen. Dann macht die Stabilität einen Sinn. Es muss also einen Sinn für all diese Arbeit geben.

Nun ist ja das Ziel der Arbeit, auch wenn man das Wolfgang Schäuble nicht ansieht, die Muße. Und die Muße ist eine Schwester der Freiheit.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie sich all die Bemühungen ansehen, die er und die Bundeskanzlerin auch auf europäischer Ebene unternehmen, glauben Sie denn, dass sie das nur tun, weil Europa wirtschaftspolitisch gut für Deutschland ist? Das ist ja schon eine Geschichte, die wir keinem unserer Wähler dauerhaft so richtig erzählen können, weil es auch viele Beispiele dafür gibt, dass zumindest kurzfristig gewisse Hilfsprogramme nicht das bringen, was vielleicht etwas anderes in Deutschland selbst bringen würde. Da muss also noch etwas anderes zu erzählen sein, es muss sie etwas anderes antreiben.

Wäre Europa ein rein finanzpolitisch zu bewertendes Konstrukt, wäre es quasi eine große Holding, die Beteiligungen in den Ländern hält, dann würden wir alle drei Monate darüber nachdenken, ob wir uns über die Gewinne freuen, ob wir reinvestieren oder ob wir eines dieser Länder abstoßen – das ist nicht die Geschichte, die wir über Europa erzählen. Die Belohnung, diese wenigen Mußestunden all dieser Akteure, die sich um Europa und um Deutschlands Stabilität bemühen, das ist die Vielfalt von freiheitlichen Nationen in Europa; darum geht es.

(C)

(D)

**Rüdiger Kruse**

- (A) Da die Muße die Schwester der Freiheit ist und die Freiheit eine große Familie hat, zu der auch die Sicherheit und eine Tochter, die Kunst, gehören,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

sind wir dann doch endlich bei dem kleinen und schönen Etat von Monika Grütters.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat aber gedauert!)

– Bei acht Minuten Redezeit kann man sich so eine Vorrede erlauben.

Die Frage ist jetzt: Was machen wir mit diesem Etat? Vorhin ist die Deutsche Welle angesprochen worden. Es ist uns gesagt worden, wir hätten da nicht genug getan, nichts getan. Das ist nicht so ganz der Fall. Wir hatten dieses Jahr das Vergnügen, zwei Haushalte aufstellen zu dürfen. Im 2014er-Haushalt haben wir der Deutschen Welle sowohl für Investitionen 3 Millionen Euro bereitgestellt, aber auch, was ich für viel wichtiger halte, für das Programm für die Ukraine 3,5 Millionen Euro. Das heißt, das Parlament hat schnell reagiert und gesagt: Das ist uns wichtig, weil wir einen wesentlichen Beitrag leisten können, indem wir andere Informationen, nämlich die Informationen, die man in einer freien Welt bekommen kann, zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Das wird natürlich auch eine Frage sein, wenn wir über die Kooperation mit den baltischen Ländern sprechen; auch da ist nicht nur die Frage, wie wir die NATO-Versprechen einlösen, sondern vorrangig auch, wie wir jetzt schon unterstützen können. Da ist es natürlich auch wichtig, dass bei all den russischsprachigen Informationen, die durch den Äther gehen, nicht bloß die Putintreuen Informationen durch den Äther gehen. Es war schon immer wichtig, dass Demokratie mit dem Wort für sich kämpft; und das werden wir fördern müssen.

(Martin Dörmann [SPD]: Genau!)

Wenn man sich das Regierungsprogramm bzw. den Koalitionsvertrag anschaut, sieht man: Da stehen viele Maßnahmen drin, die nicht genau beziffert sind – das ist auch in Ordnung –; im Kulturbereich sind das an die 35. Wenn man jetzt ein bisschen schaut, dann muss man sagen: Wir alle wissen nicht, wie lang das Leben ist; aber wir haben eine Vorstellung davon, wie lang eine Legislaturperiode ist. Das heißt, wir haben natürlich die Erwartungshaltung, dass diese Projekte – darunter sind viele ehrgeizige Projekte, und einige, die nicht ganz billig sind – binnen der nächsten Jahre Stück für Stück abgearbeitet werden.

Die Frage ist, ob das unsere einzige kulturpolitische Agenda ist. Die Zusammenarbeit mit den Ländern ist angesprochen worden. Zum Glück sind seit einigen Jahren die Zeiten überwunden, in denen wirklich wie in einem Kulturkampf die Haltung vorherrschte: Kultur ist Ländersache, Bund, halte dich da raus! – Stattdessen ist es zu einem Miteinander gekommen.

(C) Wir haben auch Herausforderungen zu bewältigen, die nur gemeinschaftlich zu bewältigen sind: Wir haben eine kulturelle Infrastruktur geerbt, die im Wesentlichen noch aus der Zeit kommt, als man sich in Deutschland zu Fuß oder mit der Pferdekutsche bewegte. Da das heute nicht mehr so ganz der Fall ist, müssen wir uns überlegen: Welche kulturelle Infrastruktur brauchen wir? Wie reagieren wir auf demografische Entwicklungen? Das kann sich nicht darin erschöpfen, bloß irgendwo Pflaster zu kleben oder Bedauernsschreiben aufzusetzen. Wir müssen vorausschauend sehen, wie wir unsere föderale kulturelle Vielfalt in den kommenden 20, 30 Jahren in dieser Form bewahren und in jener Form ausbauen können; das gilt es in Augenschein zu nehmen.

Dazu gehört auch, dass wir mit den Ländern in einen Dialog eintreten. Es nützt nichts, wenn der Bund seine Mittel erhöht, die Länder ihre Mittel für Kultur jedoch kürzen. Das sollten keine kommunizierenden Röhren sein. Das wäre auch eine schlechte Idee: Wenn die Länder ihre Mittel halbierten, müsste der Bund seinen Beitrag vervierfachen. Ich bin ja gerne im Wettstreit mit anderen um einen höheren Kulturretat; aber ich glaube, dass spätestens dann das Ganze unrealistisch wird – und in der Summe würde das noch nicht einmal etwas bringen.

(D) Wenn wir uns gegenüber den Ländern auf die Schulter klopfen, dass wir den Kulturretat seit zehn Jahren nicht abgesenkt haben, muss man zugleich sehen, dass aus 100 Prozent – einmal unterstellt, dass die Dinge jedes Jahr um 2 Prozent teurer werden – 80 Prozent geworden sind. Das heißt, Sie dünnen das Ganze aus, und dann müssen Sie irgendwann die Entscheidung treffen: entweder in die gleiche Struktur mehr Geld zu geben oder die Struktur zusammenzustreichen. Sie kommen um diese Entscheidung nicht herum; sonst stirbt flächendeckend irgendwann alles. Das darf man nicht wollen. Politik ist auch immer Mut zu Entscheidungen.

Ein weiterer Punkt ist, dass man gemeinsam mit den Ländern darüber reden muss, wie wir die tarifvertraglichen Bedingungen so umsetzen, dass wir uns nicht jedes Jahr aufs Neue damit beschäftigen, wie prekär es den Schauspielern geht, dann aber doch wieder zum normalen Leben umschalten.

Dazu muss es Entscheidungen geben. Das bedeutet: Wenn der Bund die Kommunen mal wieder entlastet, dann müssen wir darauf achten, dass diese Entlastung auch in den Bereichen ankommt, die uns allen nützen. Das ist im Bildungsbereich so und, ich denke, auch im Bereich der Kultur.

Gleichzeitig sollten wir uns auch überlegen, ob es allein Aufgabe der Städte und Kommunen ist, eine kulturelle Infrastruktur aufrechtzuerhalten, die nicht nur für die eigentliche Stadt und für das Umfeld, sondern auch für die gesamte Nation von Bedeutung ist. Bei der Hauptstadt haben wir das selbstverständlich so angenommen. Wir fördern hier und da – fast überall – die Projekte und begründen das selbstverständlich nicht mit unserer Vorliebe für Berlin, sondern damit, dass das unsere deutsche Hauptstadt ist. In Frankreich wäre das ja auch ganz okay. Dort gibt es Paris und la-bas en pro-

**Rüdiger Kruse**

- (A) vince. Das sind nicht wir. Wir sind ein föderalistisches Land und haben diese Vielfalt, weil es ganz viele Subzentren gibt. Es lohnt sich, hier zu überlegen und mit den Ländern in einen konstruktiven Dialog darüber einzusteigen, ob wir analog zu dem vorgehen sollten, was wir bei den Universitäten tun, nämlich die Exzellenz zu fördern und unterstützend tätig zu werden, wenn Länder etwas erbringen, was national und international von Bedeutung ist.

Wir müssen das, was im Koalitionsvertrag steht, abarbeiten und die Dinge in Angriff nehmen, die wir für die nächste Zukunft wirklich lösen müssen. Ich glaube, wenn wir diese Mischung erreicht haben, dann stehen wir am Beginn einer für uns sehr guten Zeit, und das ist dann auch ein Signal dafür, dass es der vielen Mühe wert ist, für Stabilität in diesem Land zu sorgen und die kulturelle Freiheit in einem geordneten Rechtsstaat zu erhalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Nächste Rednerin in der Debatte ist Ulle Schauws für Bündnis 90/Die Grünen.

**Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Kaum ein Thema beschäftigt die Kulturszene im Moment so sehr wie die laufenden TTIP-Verhandlungen. Die Aufregung ist groß, und darum will ich hier jetzt darauf eingehen, weil Staatsministerin Grütters das gerade nicht getan hat.

Die gebetsmühlenartigen Beteuerungen seitens der Bundesregierung, die Kultur sei von den Verhandlungen ausgenommen, kann die Gemüter nicht beruhigen, und ich meine: zu Recht. Meine Damen und Herren von der Bundesregierung, ich frage Sie: Wer würde denn auf die Idee kommen, seine Blankounterschrift auf ein leeres Blatt Papier zu setzen? Wenn es um TTIP geht, erwarten Sie quasi genau das von den Bürgerinnen und Bürgern. Ich sage Ihnen: Ein völlig intransparentes Verfahren mit einem „Wird schon gut gehen“ zu legitimieren, reicht mir nicht, und es reicht mir auch nicht, darüber zu spekulieren, wie eine Ausnahme für die Kultur am Ende wirklich aussehen könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Spekulationen über eine mögliche Ausnahme in der Präambel, unklar, in welchem Kontext, und unklar, mit welcher Wirkung: Das ist keine Information, das ist ein Placebo.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie des Abg. Harald Petzold [Havelland]  
[DIE LINKE])

Kulturelle Güter haben einen Wert, der über das Materielle weit hinausgeht. Deshalb haben wir alle uns hier in Deutschland und in Europa immer für den besonderen

- (C) Schutz der kulturellen Güter ausgesprochen – nicht zuletzt durch eine UNESCO-Konvention. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, sich nicht daran halten, dann verletzen Sie nicht nur die Grundwerte dieser Konvention. Nein, wenn Sie dem kulturellen Ausverkauf durch TTIP Tür und Tor öffnen, dann stellen Sie auch unsere kulturelle Vielfalt zur Disposition und gefährden unsere Daseinsvorsorge auf fundamentale Weise, und das geht nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Marco  
Wanderwitz [CDU/CSU]: Jetzt ist es mal gut!)

Frau Grütters, Sie wollen uns immer glauben machen, dass Sie eine der entschiedensten Gegnerinnen des TTIP-Abkommens sind – zumindest in Bezug auf den kulturellen Bereich. Wenn es Ihnen mit der Kultur und mit den Ausnahmen für die Kultur wirklich so ernst ist, dann fordern Sie keine Generalklausel, deren Wirkung Sie nicht kennen! Sie müssen dann schon konkreter werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir erwarten von Ihnen eine nachhaltige Kulturpolitik, eine Kulturpolitik, die ihre Projekte nicht anfängt und erst dann schaut, wohin die Reise geht – wie jetzt bei TTIP oder wie beim Humboldtforum, um noch ein prominentes Beispiel zu nennen. Mitten in Berlin wächst und wächst der Rohbau des Berliner Schlosses, aber er wächst noch immer ohne inhaltliche Substanz, und das, Frau Grütters, ist keine nachhaltige Kulturpolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(D) Noch ein Thema der Kategorie „Ende offen“ steht auf der Agenda der Kulturpolitik: der Neubau für ein Museum der Kunst des 20. Jahrhunderts hier in Berlin. Seit über einem Jahr reden Sie jetzt über diesen Neubau, Frau Grütters. Bis heute ist aber auch hier nichts Substanzielles passiert: kein Budget, kein Zeitplan. Das Ende ist offen – wie so oft.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Letzter Redner in der Debatte ist Burkhard Blienert für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

**Burkhard Blienert (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor wenigen Tagen habe ich mit Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Kultur und Medien die europäischen Kulturhauptstädte 2014 besucht: Umeå in Schweden und Riga in Lettland. Insbesondere in Lettland begegnete uns ein Thema sehr intensiv, welches heute Vormittag in der Gedenkstunde und auch in den Reden meiner Kollegin

**Burkhard Blienert**

- (A) Hiltrud Lotze und meines Kollegen Kruse eine wichtige Rolle gespielt hat: die Erinnerung an die Zeit der sowjetischen Besatzung und die immense Bedeutung der europäischen Integration für diese Staaten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krise in der Ukraine wurde uns deutlich vermittelt, wie wichtig die mediale Berichterstattung und die Vielfalt der Medien sind. Lettland ist ein kleines Land, kaum groß genug für ein eigenes, vielfältiges und unabhängiges Medienangebot. Unsere Medienlandschaft dient dort als Vorbild für eine neue Struktur. Ich beschreibe dies, weil wir mit der konkreten Erwartung konfrontiert waren, den Aufbau eines unabhängigen und vielfältigen Medienangebotes zu unterstützen.

Dabei fällt mir auf Bundesebene natürlich zuerst die Deutsche Welle ein. Diese bietet auch in dieser Region ein wichtiges Informationsangebot und ermöglicht es Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt, an der Medienakademie das Handwerk des guten Journalismus zu erlernen. Ich spreche diesen Punkt an, weil wir mit der Bereitstellung von Haushaltsmitteln in der Verantwortung sind, die Arbeit der Deutschen Welle so zu finanzieren, dass sie das leisten kann, was von ihr erwartet wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Bund Kunst und Kultur fördert, dann geht es vor allem darum, unser reiches kulturelles Erbe zu sichern und unsere Erinnerungskultur zu pflegen. Es geht darum, neue Impulse zu setzen, das Innovative, das Zeitgenössische zu fördern. Wir wollen die kulturelle Infrastruktur unseres Landes in ihrer ganzen Vielfalt erhalten. Wir wollen den Menschen unabhängig von ihrer sozialen und individuellen Situation kulturelle Teilhabe ermöglichen. Der Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien für das laufende Jahr wird diesen Aufgaben gerecht. Mit dem Haushalt für 2015 wollen wir das konsequent fortführen. Damit setzen wir weiter um, was wir uns mit unserem Koalitionspartner vorgenommen haben.

Lassen Sie mich nun einige Bereiche herausgreifen. Der Erhalt von Denkmälern ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Dabei hat sich das Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes in den vergangenen Jahren als besonders wirksamer Beitrag zur Pflege der kulturellen Infrastruktur in der Fläche bewährt. Beim Tag des offenen Denkmals am kommenden Sonntag können wir uns allerorten davon wieder überzeugen. Deshalb unterstützt der Bund seit Jahren Substanzerhaltung und Restaurierung dieser Baudenkmäler. Auch in diesem Jahr werden wir uns bei den Haushältern dafür starkmachen müssen, dass die dafür notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Unser neues Förderprogramm für die Kinodigitalisierung ist ein weiteres Beispiel dafür, wie erfolgreich der Bund in die Fläche hineinwirkt und für den Erhalt der kulturellen Infrastruktur sorgt; ein Programm übrigens, das wir in Umsetzung des Koalitionsvertrages ebenfalls im letzten Haushaltsverfahren beschlossen haben. Damit sichern wir zugleich das Angebot zu kultureller Teil-

- habe, gerade auch in den kleineren Orten und in den ländlichen Regionen. (C)

Unser kulturelles Erbe umfasst auch ein reiches Film-erbe. Hier stehen wir vor immensen Herausforderungen. Zwei Dinge sind im Wesentlichen zu leisten: Einerseits müssen die Filmträger, seien es Filmrollen oder auch schon digitale Medien, gesichert werden. Viele sind akut vom Verfall bedroht, und es gibt bereits unwiederbringliche Verluste. Wir müssen das Material retten, und wir müssen nach Lösungen suchen, wie wir es langfristig erhalten können.

Andererseits drohen viele Schätze in den Archiven zu verstauben, weil sie die Menschen nicht mehr erreichen. Ich habe eben von der Kinodigitalisierung gesprochen. Das bedeutet, dass die alten Filme auf analoger Rolle logischerweise nicht mehr auf die Leinwand gebracht werden können. Sie müssen erst digitalisiert werden. Das eröffnet natürlich auch neue Möglichkeiten; denn Filme werden heutzutage nicht nur im Kino, sondern immer häufiger über das Internet konsumiert.

Wir stehen also vor der großen Aufgabe, unser Film-erbe zu digitalisieren.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wir brauchen Konzepte!)

Die ersten Schritte dazu sind getan. In den vergangenen Jahren sind für diesen Zweck auch Mittel bereitgestellt worden, die allerdings ebenfalls nicht fortgeschrieben wurden. Unsere Aufgabe ist es jetzt, diesen Prozess gemeinsam mit allen Verantwortlichen auf „Dauer“ zu stellen. Dazu gehört es auch, die Einrichtungen des Kinematheksverbundes – die Stiftung Deutsche Kinemathek, das Deutsche Filminstitut und das Bundesfilmarchiv – weiter zu stärken. (D)

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gilt auch für den Deutschen Filmförderfonds. Unser vorrangiges Ziel ist es, den überaus erfolgreichen Einsatz von Fördermitteln auf „Dauer“ zu stellen – und das auf hohem Niveau.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er wird aber zurückgefahren!)

Im Etatentwurf stehen 50 Millionen Euro für diesen Zweck. Ich werde mich im weiteren Verfahren dafür einsetzen, dass wir die deutsche Filmwirtschaft und den Filmproduktionsstandort Deutschland am Ende wieder mit 60 Millionen Euro fördern können. Die Erfahrung in der Vergangenheit hat gezeigt, dass jeder Förder-Euro aus dem DFFF 6 Euro an Investitionen auslöst. Und das bringt nicht zuletzt auch Beschäftigung für viele Filmschaffende.

(Beifall bei der SPD – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau! Aber dann darf man nicht kürzen!)

Die Debatte über den nächsten Einzelplan schließt insofern nahtlos an dieses Thema an. Denn Filmförderung ist im wahrsten Sinne auch kulturelle Förderung und Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei der SPD)

**Burkhard Blienert**

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einen Posten im Haushalt ansprechen, der mich ganz besonders freut: der neue Preis für unabhängige Buchhandlungen. Denn gerade die „geistigen Tankstellen“, wie Helmut Schmidt die Buchhandlungen einmal bezeichnet hat, bilden die Grundlage für unsere vielfältige Buchkultur. Sie ermöglichen erst literarische Vielfalt und Qualität. Zudem sind sie Orte der Begegnung. Insofern ist das auch ein Preis, der insgesamt zur kulturellen Bildung beitragen sollte.

Abschließend noch ein paar Worte zur sozialen Absicherung der Kulturschaffenden. Wenn wir kulturelle Vielfalt erhalten wollen, müssen wir auch diejenigen im Blick haben, die das Hervorbringen von Kunst und Kultur zu ihrem Erwerb gemacht haben. Oftmals arbeiten sie unter prekären Arbeitsbedingungen. Deshalb haben wir uns als eine der ersten und wichtigsten Maßnahmen die Künstlersozialkasse vorgenommen und auf sichere Beine gestellt. Ende des Jahres läuft aber die Regelung für den Arbeitslosengeldbezug von kurz befristet Beschäftigten aus. Besondere viele Kulturschaffende sind davon betroffen. Hier werden wir uns für eine vernünftige Anschlussregelung einsetzen, so wie wir es im Koalitionsvertrag angekündigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir haben schon einiges erreicht, aber wir müssen in den kommenden Haushaltsberatungen noch vieles umsetzen, was uns wichtig ist. Ich denke, das werden wir gemeinsam mit den Haushaltern und im Ausschuss beraten und dementsprechend auf den Weg bringen.

(B)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Einzelplan 09**.

Ich gebe das Wort an Sigmar Gabriel, den zuständigen Minister.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Sigmar Gabriel**, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschlands Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren als sehr krisenfest und stark erwiesen. Wichtigster Beweis dafür waren steigende Beschäftigung, steigende Löhne und Gehälter und sinkende Arbeitslosenzahlen.

Auch jetzt, wo wir uns – nicht zuletzt aufgrund der internationalen Krisen – in einem schwierigeren Umfeld bewegen, erweisen sich der Arbeitsmarkt und die

Beschäftigung sowie die Entwicklung der deutschen Wirtschaft als robust. Die Exportzahlen im Juli sind auf 100 Milliarden Euro gestiegen. Und der leichte Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung, den wir im zweiten Quartal gesehen haben, hat eher etwas mit Vorzieheffekten in der Bauwirtschaft aufgrund des milden Winters zu tun als mit einem tatsächlichen konjunkturellen Problem. Aber viel wichtiger für die Menschen im Land ist, dass sich diese wirtschaftliche Entwicklung auch am Arbeitsmarkt weiter zeigt.

Wir haben mit über 42 Millionen Beschäftigten ein Rekordniveau bei den Arbeitsplätzen in Deutschland, und – das ist vielleicht noch wichtiger – wir haben mit mehr als 30 Millionen Beschäftigten auch ein Rekordniveau bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen erreicht. Das ist mehr als eine halbe Million zusätzlich gegenüber dem letzten Jahr.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Arbeitslosigkeit sinkt selbst im Vergleich zum Vorjahresmonat noch etwas, und vor allen Dingen steigen die Löhne und Gehälter in Deutschland. Das ist gut für die Binnenkonjunktur, und es ist übrigens das größte Umverteilungsprogramm, das man sich vorstellen kann, viel größer jedenfalls als das, was Änderungen in der Steuerpolitik jemals bewirken könnten. Es ist gut, dass in Deutschland für gute Arbeit auch wieder mehr gute Löhne und Gehälter gezahlt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Die gute wirtschaftliche Entwicklung hilft uns, das zu erreichen, was am heutigen Tag und auch gestern schon mehrfach angesprochen wurde, nämlich zum ersten Mal nach 46 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu bekommen. Mir fällt es immer noch schwer, zu verstehen, warum das in der Öffentlichkeit, aber auch im Parlament gelegentlich kritisiert wird. Denn abgesehen von der Tatsache, dass eine gute und solide Finanzpolitik das Vertrauen in den Investitionsstandort Deutschland stärkt, ist es, finde ich, auch sozialpolitisch richtig, keine Schulden zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer hat denn Interesse an steigender Staatsverschuldung? Das können doch nur Menschen sein, die so reich sind, dass sie eine Bank zu ihrem Eigentum zählen können; denn dort leiht sich der Staat das Geld. Aber die Menschen, die Steuergelder erarbeiten und an den Staat zahlen, wollen, dass in Schulen, Infrastruktur, Umweltschutz und soziale Sicherheit investiert wird, aber nicht mit immer mehr Anteilen von jedem Steuer-Euro in Zinsen, die wir für Staatsschulden zahlen. Insofern kann man, glaube ich, das Ergebnis gar nicht hoch genug loben und schätzen, dass wir es geschafft haben, mit Hilfe der Leistungsfähigkeit der Beschäftigten und ihrer Unternehmen in Deutschland dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)